

Bündnisvereinbarung

zwischen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Köln/GRÜNE-

Fraktion im Kölner Rat

Christlich Demokratische Union (CDU), Kreisverband

Köln/CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Volt Deutschland, Volt Köln/Volt-Fraktion im Rat der Stadt

Köln

für die aktuelle Wahlperiode bis 2025

Gemeinsam für Köln –

ein Bündnis für eine nachhaltige, zukunftsgerichtete und

verlässliche Stadtpolitik

22	PRÄAMBEL.....	5
23	KLIMA- & UMWELTSCHUTZ	8
24	Klimaschutz.....	8
25	Klimafolgenanpassung.....	10
26	Umwelt- & Naturschutz	11
27	Tierschutz	14
28	Kreislaufwirtschaft.....	14
29	FINANZEN & WIRTSCHAFT	16
30	Finanzen	16
31	Kommunale Unternehmen	19
32	Wirtschaft & Arbeit	20
33	STADTENTWICKLUNG, LIEGENSCHAFTEN & BAUEN.....	25
34	Stadtplanung & Stadtentwicklung	25
35	Öffentlicher Raum & Urbanität.....	26
36	Bodenpolitik & städtische Liegenschaften	28
37	Bauen.....	29
38	WOHNEN.....	32
39	Wohnraum	32
40	Wohnungslosigkeit.....	33
41	MOBILITÄT	35
42	Fuß- & Fahrradverkehr	35
43	Öffentlicher Personennahverkehr	37
44	Motorisierter Individualverkehr.....	40
45	Flugverkehr.....	42
46	DIGITALISIERUNG	43
47	Digitale Stadtverwaltung	43
48	Daten als Quelle für Innovation.....	45
49	Digitale Bürger*innenservices.....	46
50	eSport & eHealth.....	46
51	Digitales Umfeld für Start-ups & Unternehmen.....	47
52	Digitale Bildung	48
53	Digitale Barrierefreiheit	49
54	Digitale Infrastruktur.....	49
55	SOZIALES, GESUNDHEIT & SPORT	51

56	Soziales	51
57	Beschäftigung	52
58	Senior*innen	52
59	Gesundheit.....	53
60	Sport	57
61	SCHULE, KINDER & JUGEND.....	59
62	Bildung in Schulen – und darüber hinaus	59
63	Kinder, Jugendliche & junge Erwachsene	61
64	GESELLSCHAFT & INTEGRATION.....	65
65	Bürger*innenbeteiligung.....	65
66	Frauen & Gleichstellung.....	66
67	Weltoffenheit & Toleranz.....	67
68	Inklusion.....	68
69	Migration & Integration.....	69
70	Queer	71
71	VERWALTUNG, SICHERHEIT & VERGABEN	73
72	Stadtverwaltung	73
73	Sicherheit & Sauberkeit im öffentlichen Raum.....	75
74	Vergabe von öffentlichen Plätzen	77
75	Städtische Beschaffung & Vergabe	77
76	KUNST & KULTUR	79
77	Institutionen & Freie Szene.....	80
78	Kulturbauten.....	80
79	Internationalität & Diversität	81
80	Kulturelle Bildung.....	81
81	Kulturverwaltung & Kulturmarketing.....	82
82	Kulturelles Erbe.....	83
83	Kreativräume & Clubkultur	83
84	Kulturbezogene Corona-Maßnahmen.....	84
85	KÖLN IN DER REGION, IN EUROPA & IN DER WELT	85
86	In der Region	85
87	In Europa	85
88	In der Welt.....	86
89	ARBEITSWEISE IM BÜNDNIS	88

90	OPTIMIERUNG DER GESCHÄFTSVERTEILUNG DER DEZERNATE.....	90
91		
92		



93 **Präambel**

94 Köln ist eine wachsende, lebendige Metropole mitten in Europa, eine Stadt der Weltoffenheit,
95 die geprägt ist von den Menschen, die hier leben und für die Köln ihre Stadt ist. Unsere Kunst-
96 und Kulturszene ist bunt, wir haben eine spannende Mischung an Unternehmen – von nach-
97 haltigen Start-ups über die Kreativwirtschaft und klassische Handwerksbetriebe bis hin zu
98 Großunternehmen – und bieten eine Heimat für Familien genauso wie für eine große queere
99 Szene. Köln ist ein Ort der aktiven Bürger*innenbeteiligung und ein attraktives touristisches
100 Ziel.

101 Aus diesen vielfältigen Funktionen leiten wir unseren Auftrag ab, für eine nachhaltige, zu-
102 kunftsgewandte und verlässliche Stadtpolitik zu sorgen, die diese Vielfalt erhält und einen
103 Rahmen für das Zusammenleben gestaltet. Gleichzeitig steht Köln auch vor großen Heraus-
104 forderungen. Die zunehmenden Folgen des Klimawandels, steigende Bevölkerungszahlen
105 und der immer knapper werdende Raum, die Schaffung gerechter Lebensverhältnisse und der
106 Ausgleich sozialer Unterschiede, die Notwendigkeit einer nachhaltigen Mobilitätswende, Me-
107 gatrends wie die Digitalisierung, die wirtschaftlichen wie sozialen Auswirkungen der Corona-
108 Pandemie und die schwieriger werdende kommunale Haushaltslage verlangen gewaltige An-
109 strengungen von uns allen. In der Verbindung mit den Stärken dieser Stadt eröffnen sich aber
110 auch Chancen für die Zukunft und eine stabile Grundlage, neue Wege zu gehen und die nächs-
111 ten Jahre mit innovativen Ideen zu gestalten.

112 „Jede Jeck es anders“ – unser urkölsches Motto darf nicht nur ein Ausdruck von bloßer Tole-
113 ranz sein, sondern muss in ein aktives Bemühen um Akzeptanz münden. Das gilt auch für die
114 Zusammenarbeit in der Politik. GRÜNE, CDU und Volt sind drei sehr unterschiedliche Par-
115 teien, die eigenständige Akzente setzen und eigene, zum Teil noch sehr junge politische Kul-
116 turen pflegen. Gemeinsam sind wir als Bündnis der Überzeugung, dass wir die Verantwortung
117 für die Stadt zusammen schultern und unsere verschiedenen Perspektiven zu neuen Lösun-
118 gen zusammenführen werden.

119 Wir wollen den Herausforderungen, vor denen Köln steht, mit großem Engagement, partner-
120 schaftlich und gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin Henriette Reker begegnen. In der ver-
121 gangenen Ratsperiode hat sie gemeinsam mit dem unterstützenden Gestaltungsbündnis ei-
122 nen sachorientierten Politikstil geprägt. Diesen wollen wir fortsetzen. Wir verfolgen gemeinsam
123 das Ziel, wichtige Vorhaben und Aufgaben mit einer breiten Mehrheit im Rat der Stadt Köln zu
124 beschließen. Deshalb ist der vorliegende Bündnisvertrag auch eine Einladung zur Mitarbeit an
125 alle demokratischen Parteien im Rat. Die kommunale Selbstverwaltung ist die Keimzelle für
126 unsere Demokratie und wir werden nicht nachlassen, uns für den Erhalt und die Stärkung der
127 kommunalen Demokratie einzusetzen. Deshalb schließen wir Mehrheitsbildungen mithilfe
128 rechtspopulistischer und rechtsextremer Stimmen ausdrücklich aus.

Kommunale Politik wird nicht nur in der Zusammenarbeit von ehrenamtlich engagierten Politiker*innen und der Verwaltung gestaltet. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in Köln, den gesellschaftlichen Akteur*innen und der Wirtschaft unsere Stadt gestalten und um ihre Beteiligung werben. Wir verstehen Städte als Möglichkeitsräume für alle Bewohner*innen und gleichzeitig als Orte, an denen unterschiedliche Interessen und Ideen gebündelt, aufeinander abgestimmt und umgesetzt werden. Wir verpflichten uns der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen im Rat der Stadt Köln.

Bei der Umsetzung von Lösungen orientieren wir uns auch an Erfolgsmodellen anderer Städte weltweit. Unsere Politik richten wir aktiv an der Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ aus. Die europäischen und internationalen Werte und Ziele, die als die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) von der UN formuliert wurden, werden in ihrer Anwendung finden.

Gemeinsam für Köln! Das heißt für uns ...

- ... unserer Verantwortung gerecht zu werden, die natürlichen Ökosysteme und die Schöpfung für nachfolgende Generationen zu bewahren und einen lokalen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten. Wir legen deshalb den Fokus auf eine klimaneutrale, umweltgerechte und -bewusste Stadt, für mehr **Natur- und Klimaschutz**, saubere Luft und eine schnelle Energiewende.
- ... eine generationengerechte, nachhaltige und faire **Finanz- und Haushaltspolitik** als solide Basis für den Erhalt kommunaler Aufgaben, die nachhaltige Weiterentwicklung des **Wirtschafts- und Industriestandorts** Köln sowie den zukunftssichernden Ausbau unserer städtischen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. In einer zukünftigen Smart City legen wir Wert auf gut bezahlte und zukunftsfähige Arbeitsplätze und bieten Unternehmen optimale Bedingungen zur weiteren Entwicklung.
- ... die **Stadtentwicklung** an der Stadtstrategie auszurichten und dabei die Belange einer wachsenden Stadt und die Auswirkungen des Klimawandels zu berücksichtigen. Wir wollen beschleunigt mehr und bezahlbaren **Wohnraum** schaffen, dabei die Vielfalt in den Kölner Veedeln erhalten und den urbanen öffentlichen Raum attraktiv und sicher gestalten. Dabei setzen wir auf ein nachhaltiges Management der knapper werdenden Flächen und eine aktive Bodenpolitik.
- ... ein modernes und zukunftsfähiges **Mobilitätsangebot** mit einer Stärkung des Umweltverbundes und einer nachhaltigen Raumaufteilung, das vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt mit knappem Raum zur Erreichung der Klimaneutralität, zur Luftreinhaltung und zur Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität beiträgt. Dabei setzen wir auf eine gleichberechtigte, sichere Teilhabe aller Menschen an Mobilität.

- ... eine ganzheitliche Smart City, in der die **Digitalisierung** die Wirtschaft stärker, unser Leben einfacher und das Klima besser macht. Wir haben sowohl die weitere Digitalisierung der Verwaltung als auch Start-ups, den Gesundheitssektor und eSports im Blick. Daten und der verantwortungsvolle Umgang damit sind für uns eine Quelle an Innovationen.
- ... eine solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft, für die wir Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe aller Kölner*innen verwirklichen sowie die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung stärken wollen. Eine bedarfsgerechte Ausrichtung der **Sozialpolitik** braucht mehr denn je zielgerichtete und differenzierte Unterstützungsangebote.
- ... eine gerechte, vielfältige und Chancen eröffnende **Schul- und Bildungslandschaft** sowie einen schnellen und bedarfsgerechten Ausbau der Kita- und Schulplätze. Wir stehen zu Köln als eine **weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt** – als rheinische Metropole mit Verantwortung sowohl für die Region als auch in der europäischen und internationalen Netzwerkarbeit.
- in allen Bereichen der Kölner **Kultur** Strukturen nachhaltig zu sichern, etablierte Institutionen wie alternative Initiativen weiterhin zu stärken und zusätzlich durch neue Impulse und zielgerichtete, strukturelle Verbesserungen die Kulturmetropole Köln wieder zu einem internationalen Anziehungspunkt zu entwickeln. Kulturpolitik soll unsere starke Vielfalt ermöglichen, erhalten und fördern und umfassende Teilhabe garantieren.
- ... die begonnene Reform der **Verwaltung** positiv zu begleiten und uns für eine erhöhte Geschwindigkeit in der Umsetzung einzusetzen. Wir stehen zu einer modernen, von Diversität geprägten, digitalen, bürger*innennahen und leistungsstarken Stadtverwaltung. Die kommunale **Sicherheit und Ordnung** sowie die **Sauberkeit** in der Stadt wollen wir verbessern. Die Nutzung des öffentlichen Raums soll im moderierten Interessensausgleich aller Beteiligten erfolgen.

Auf Basis unseres gemeinsamen Selbstverständnisses für eine nachhaltige, zukunftsgewandte und verlässliche Stadtpolitik vereinbart das Bündnis die folgenden kommunalpolitischen Zielsetzungen, Schwerpunkte und Vorhaben, die wir in der laufenden Wahlperiode bis 2025 für Köln umsetzen wollen. Angesichts der auch durch die Corona-Pandemie angespannten haushaltspolitischen Lage steht dabei die Umsetzung aller vereinbarten Vorhaben unter Haushaltsvorbehalt.

197 **Klima- & Umweltschutz**

198 **Klimaschutz**

199 Die Stadt Köln steht zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens von 2015 und erkennt die
200 wissenschaftlich erwiesene Notwendigkeit der Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich un-
201 ter 2 °C, möglichst auf 1,5 °C, an. Wir als Bündnis werden alle Möglichkeiten der Stadt aus-
202 schöpfen, um dieses Ziel zu erreichen, wir sind uns jedoch bewusst, dass die Stadt hier in
203 Abhängigkeit der Landes-, Bundes- und Europaebene agieren muss. Wir legen deshalb den
204 Fokus auf eine klimaneutrale, umweltgerechte und -bewusste Stadt – und eine schnelle Ener-
205 giewende.

206 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 207 • Erreichen der gesamtstädtischen Klimaneutralität¹ bis spätestens 2035: Dies impliziert
208 eine konsequente Energiewende in der Stromerzeugung und Wärmebereitstellung so-
209 wie das aktive Wirken auf private THG-Emittent*innen zur Reduktion der energiebe-
210 dingten THG-Emissionen.
- 211 • Einnehmen einer städtischen Vorreiterrolle bei der Energiewende: Die Stadtverwaltung
212 sowie städtische Beteiligungsgesellschaften stellen ambitionierte Zeitpläne und Maß-
213 nahmenkataloge auf, welche die Privatwirtschaft und Einwohner*innen Kölns motivie-
214 ren, ihrerseits ähnlich ambitioniert voranzugehen.
- 215 • Das Fördern der Klimaneutralität endet nicht an den Kölner Stadtgrenzen. Aus diesem
216 Grund setzen wir uns für starke interkommunale Zusammenarbeit ein, z. B. mit beson-
217 derem Blick auf das Rheinische Revier und die Potenziale des Strukturwandels.

218 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 219 • Bis Ende 2021: Erarbeitung eines Maßnahmenplans zur Erreichung der Klimaziele der
220 Stadtverwaltung und Beteiligungsgesellschaften unter Einbezug möglichst vieler wei-
221 terer THG-Emittent*innen auf Kölner Stadtgebiet. Bestehende Konzepte und die Emp-
222 fehlungen des Klimarates als Impulsgeber für Verwaltung und Politik und als Runder
223 Tisch werden berücksichtigt, sektorenspezifische Minderungsziele mit Meilenstei-
224 nen/Zwischenzielen (alle drei Jahre) werden festgelegt und ein geeignetes Steue-
225 rungsinstrument, z. B. CO₂-Bilanzen nach BSKO-Standard, eingesetzt. Der „Maßnah-
226 menplan Klimaneutralität bis 2035“ wird ämterübergreifend erarbeitet und Maßnahmen
227 und Ziele entsprechend verbindlich zugeteilt.

¹ Auf den Bereich Energie bezogen bedeutet dies, dass alle von der Stadt Köln direkt beeinflussbaren THG-Emittent*innen inkl. der Beteiligungsgesellschaften innerhalb und außerhalb des Stadtgebiets nicht mehr Treibhausgase (THG) emittieren als auf natürliche oder künstliche Art und Weise gebunden werden können.

- Einrichtung einer Kontrollinstanz, die in einem jährlichen Transparenzbericht, beginnend mit dem Jahr 2020, über den aktuellen Fortschritt berichtet: Für die Erstellung dieses Berichts ist die Verwaltung verantwortlich, er dient der Bewertung unter Einbezug der Expertise des Klimarates. Dazu wird dieser, falls notwendig, mit zusätzlichem Personal ausgestattet. Auch die Beteiligungsunternehmen sind Rechenschaft schuldig.
- Parallel zum Fortschrittsbericht zur Erreichung der Klimaziele werden die Energieverbräuche und Energieproduktion der Stadt Köln und ihrer Beteiligungsbetriebe jährlich dargestellt.
- Alle städtischen Aktivitäten und Ratsvorlagen sollen auf die Klimawirksamkeit aller CO₂-Emissionen im Lebenszyklus hin geprüft werden.
- Klimawirksamkeit in Ratsvorlagen wird transparent dargestellt.
- Wir werden integrierte Energiekonzepte in neuen Quartiersentwicklungen und in Sanierungsgebieten (Nutzung von Immobilien- und Standortgemeinschaften) anwenden, um dezentrale Energieerzeugung und -bereitstellung zu fordern und zu fördern.

Klimaneutrale Stromversorgung

- Wir wollen die Co-Finanzierungsprogramm der Kommune für Photovoltaik auf Gebäuden in privater Hand und die Ausstattung stadteigener Gebäude bzw. solcher, auf die die Stadt Einfluss nehmen kann, realisieren. Für die städtischen Gebäude wird ein Entwicklungsplan aufgestellt. Es wird aktiv auf große Bestandshalter zugegangen, um den Ausbau von Photovoltaik auch im privaten Bereich voranzutreiben.
- Bestehende Förderprogramme werden evaluiert und weiterentwickelt. Die Verwaltung erhält den Auftrag, zu prüfen, warum die bestehenden Angebote nicht ausreichend genutzt werden.
- Außerdem soll ein Geschäftsmodell zur Verpachtung von Dachflächen zur Stromerzeugung mit Photovoltaik an die RheinEnergie geprüft werden.
- Der städtische Fuhrpark wird sukzessiv auf emissionsfreie Antriebe umgestellt. Es sind also bei künftige Beschaffungsprozessen keine fossilen Antriebe mehr zulässig. Ausgenommen sind Spezialfahrzeuge, die nicht mit alternativem Antrieb verfügbar sind.

Klimaneutrale Wärmeversorgung

- Wir werden das Förderprogramm für Altbausanierung ausbauen.
- Die Stadt Köln wird als Vorreiterrolle bei eigenen Liegenschaften eine Sanierungsrate von vier Prozent erreichen und unterstützt den privaten Sektor dabei, ebenfalls eine entsprechende Sanierungsrate zu erreichen, mindestens aber die Zielvorgabe der Bundesregierung. Dies kann u. a. über stärkere Beratungsangebote geschehen, die

auf günstigere Sanierungsmodelle ausgerichtet sind, durch Angebote wie z. B. *Innovation City Bottrop*.

- Wir werden alternative Energieformen wie grünen Wasserstoff durch gezielte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und Weiterentwicklung Kölns als innovativer Technologie- und Forschungs-/Wissenschaftsstandort für moderne Energien voranbringen.
- In enger Zusammenarbeit mit dem Land NRW werden die ersten Maßnahmen der „Wasserstoff-Roadmap“ für NRW zeitnah umgesetzt.
- Wir werden eine langfristige und regenerative gesamtstädtische kommunale Wärmeplanung inklusive eines Wärmekatasters umsetzen. Dieses beinhaltet die konsequentere Abwärmenutzung von Industrie, Gewerbe und von öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Sportstätten und Schwimmbädern; die Suche nach weiteren Pilotprojekten beginnt hier bereits 2021. Des Weiteren wird eine Prüfung innovativer Lösungen wie z. B. Abwasserwärme und die Förderung und der Ausbau des Fernwärmenetzes als ein Element zukünftig klimaneutraler Wärmeversorgung genannt; die Stadt fördert auch im Bestand den Ausbau von Fernwärmeanschlüssen. Wir richten ein „Klimastadtbüro“ zu Beratung und Unterstützung der Stadtgesellschaft auf dem gemeinsamen Weg zur Klimaneutralität ein. Dies bündelt die verschiedenen bereits bestehenden Angebote bezüglich Förderung, Information und Transparenz.

Klimafolgenanpassung

Wir als Bündnis haben das Ziel, dass Köln sich kontinuierlich zur klimaresilienten Stadt entwickelt und dazu beiträgt, die Verwundbarkeit zu reduzieren, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen. Durch eine integrierte klimagerechte Planung und Stadtentwicklung soll sie ihre Anpassungsfähigkeit erhöhen und die Vorsorge vor Extremwetterereignissen optimieren.

Daher verfolgen wir folgende Ziele:

- Schutz vor Überwärmung, um Gesundheit und Wohlbefinden sicherzustellen
- Förderung von Klimaoasen und Vermehrung von Grün, Sicherung der Belüftung der Stadt
- Anpassung der Stadt an die Trockenheit
- Auswirkungen von Starkregen und Überflutung minimieren
- Minimierung von Sturmschäden

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Wir streben die Erarbeitung und Umsetzung eines städtischen Klimaanpassungskonzeptes zur optimalen Anpassung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Stadt Köln an die Folgen des Klimawandels an: Es sollen Maßnahmen bereits kurzfristig mit Blick auf den Sommer 2021 umgesetzt werden.

- Wir werden Verwaltungsstrukturen schaffen, die berücksichtigen, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung als Querschnittsthemen bearbeitet werden müssen.
- Schottergärten sollen zukünftig dauerhaft vermieden und zudem geprüft werden, wie bestehende zurückgebaut werden können.
- Parkplätze haben einen negativen Effekt auf den Wasserhaushalt und das Mikroklima. Daher sollten sie soweit wie möglich wasserdurchlässig angelegt oder umgestaltet werden.
- Das Programm „Grünhoch3“ wird evaluiert und weiterentwickelt.
- Passive Schutzmaßnahmen für Kühlung und gegen Wärmebelastung wie Außenjalousien und vorgehängte Fassaden sollen bei größeren Baukörpern vorgeschrieben werden.
- Innovative Projekte zur Verbesserung der Verschattung, z. B. durch Sonnensegel, der Ausweitung von erlebbaren Wasserflächen und der besseren Durchlüftung von Straßenzügen, werden initiiert.
- Wir fördern die Errichtung von weiteren Trinkbrunnen und Refill-Möglichkeiten an zentralen Orten mit hohem Publikumsverkehr, in öffentlichen Einrichtungen und Schulen.
- Durch mobile Benetzungsverfahren für Straßen und Plätze werden wir zusätzliche Verdunstungsmöglichkeiten zur Abkühlung an Hitzetagen schaffen.
- Wir streben an, die Zahl der aktiven städtischen Brunnen zu erhöhen.
- Für die Reduzierung der Folgen von Starkregen werden die Ideen der Schwammstadt herangezogen. Die Maßnahmen der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) im Bereich der Regenwasserbewirtschaftung und der Beratung sollen fortgeführt und ausgeweitet werden.

Umwelt- & Naturschutz

Köln trägt eine große Verantwortung, die natürlichen Ökosysteme und die Schöpfung für nachfolgende Generationen zu bewahren und einen lokalen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt und die Pflege von Naturräumen als „grüne Lunge“ und somit auch als Schutz vor den Folgen des Klimawandels sowie zum Erhalt der Artenvielfalt als (natürliche) Kohlenstoffspeicher wie auch als natürliche Lebensgrundlage und als Erholungsraum der Menschen in der Stadt ein.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Erarbeiten und Umsetzen einer Gesamtstrategie für Biodiversität und städtisches Grün
- Schutz, Weiterentwicklung und ökologische Aufwertung der Kölner Grün- und Wasserflächen
- Sicherung des städtischen Waldbestandes in Fläche und Qualität
- ein bewusstes und nachhaltiges Flächenmanagement

Unsere Ziele werden wir mit folgenden Maßnahmen umsetzen:

Grünflächen

- Der linksrheinische innere Grüngürtel bis zum Rhein und der rechtsrheinische Grüngürtel werden für die Kölner Bevölkerung ausgebaut.
- Über ein Moratorium zur Bebauung der Gleueler Wiese, d. h. der Aussetzung weiterer Rats- und Ausschussbeschlüsse, insbesondere des Abschlusses von Pacht- und Nutzungsverträgen für die Flächen im Eigentum der Stadt, wird erreicht, dass für alle Beteiligten angesichts wahrscheinlicher Klageverfahren eine rechts- und planungssichere Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Wir als Bündnis streben gemeinsame Gespräche mit dem 1. FC Köln an, um auch aufgrund des erheblichen öffentlichen Interesses eine Einigung über die Nutzung eines Alternativstandortes, z. B. des „Beller Bogens“, zu erzielen.
- Zur Steigerung der Biodiversität werden Grünflächen naturnah gepflegt und Blühwiesen in Parks sowie an Straßenrändern mit regionalen Wildblumensaatensorten angelegt.
- Alle 55 kommunalen Friedhöfe werden wir in ihrer Gesamtfläche erhalten und eine ökologische Aufwertung vornehmen.
- Die Kleingartenordnung wird nach ökologischen Kriterien überarbeitet und der Bestand der Kölner Kleingartenanlagen wird garantiert.
- Auch die Waldflächen der städtischen Beteiligungsunternehmen sollen weitestgehend FSC-Standard erlangen.
- Das *Urban Gardening* sowie das Konzept der „Essbaren Stadt“ werden unter starker Einbindung der Einwohner*innen gefördert. Die Stadt sieht Flächen für innovative Gemeinschaftsgartenprojekte vor und fördert notwendige Anfangsinvestitionen. Das gilt auch für Nutzungen mit klarer zeitlicher Begrenzung. In diesem Zuge werden wir auch die Entwicklung weiterer Projekte zur Aufwertung von Grünflächen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der engagierten Bevölkerung anregen.
- Parks werden wir als wichtige nächtliche Rückzugsräume für Tiere vor Lichtemissionen schützen, indem sie weiterhin nur in Ausnahmen beleuchtet sowie auf Ansätze der intelligenten Beleuchtung und tierverträgliche Lichtfarbe zurückgegriffen wird.
- Die endliche Fläche unserer Stadt erfordert ein bewusstes und nachhaltiges Flächenmanagement. Dafür brauchen wir eine verstärkte Reduzierung des Flächenverbrauchs, ohne die Anforderungen einer wachsenden Stadt unberücksichtigt zu lassen. Wir werden Entsiegelungen ausweiten, um entstehender Versiegelung zu begegnen. Dafür wird ein Entsiegelungskataster eingerichtet. Bis zur Einrichtung werden Übergangsweise schnell entsiegelbare kleinteilige Flächen identifiziert; in diesem Zuge werden z. B. das Entsiegelungsprogramm der Stadtentwässerungsbetriebe ausgeweitet, Schulhofentsiegelungen beschleunigt und geprüft, inwiefern Parkplatzentsiegelungen

371 möglich sind. Bei Versiegelung soll ein Ausgleich der Klimaeffekte möglichst ortsnah
372 geschaffen werden.

373 **Bäume**

- 374 • Wir setzen uns für den Erhalt und die Ausweitung der Straßen- und Grünflächenbaum-
375 standorte mit standortgerechten Arten mit angemessenem Wurzelraum ein.
- 376 • Wir setzen da, wo es sinnvoll ist, Baumkübel zum dauerhaften Verbleib am Standort
377 ein.
- 378 • Bei städtebaulichen Entscheidungen wird der Wert der Stadtbäume anerkannt.
- 379 • Es wird ein Stadtbaumkataster angelegt sowie die Baumschutzsatzung aktualisiert.
- 380 • Zur Einbindung der Bevölkerung zur Pflege des Baumbestandes wird ein Konzept ent-
381 wickelt und umgesetzt.
- 382 • Der Verwaltung werden erforderliche Ressourcen zum Schutz der Bäume zur Verfü-
383 gung gestellt.

384 **Naturschutz & Gewässer**

- 385 • Wir fördern Projekte mit dem Ziel der Wiederansiedlung von in Köln ausgestorbenen
386 Arten.
- 387 • Wir fordern die Ausweisung eines weiteren Naturschutzgebietes sowie die Erweiterung
388 des Naturschutzgebietes „Sürther Aue“ um die für den Hafenausbau vorgesehenen
389 Flächen. Zudem muss für die Pflege aller Naturschutzgebiete eine auskömmliche Fi-
390 nanzierung bereitgestellt werden.
- 391 • Zum Schutz der Grünflächen und Naturschutzgebiete werden wir die Präsenz des Ord-
392 nungsamtes zur Ahndung von Verstößen gegen die Stadtordnung (Befahren von Grün-
393 flächen, Müll etc.) erhöhen.
- 394 • Wir fördern die naturnahe Gestaltung von Bach- und Flussufern sowie Gewässern und
395 setzen uns außerdem für deren Erhalt und Renaturierung ein.
- 396 • Durch die Einführung eines stadtweiten Wasserentnahmekatasters werden wir Anreize
397 für einen nachhaltigen Umgang mit Grundwasser schaffen.
- 398 • Für die Entwicklung, Rekultivierung und naturnahe Nutzung der Kölner Baggerseen
399 soll ein umfassendes Konzept erstellt werden.
- 400 • Wir wollen die Untersuchung der Wiedervernässungsmöglichkeiten degradierter Moor-
401 standorte einleiten und bis 2025 ein Projekt dieser Art initiieren.

402 **Umweltbildung**

- 403 • Die außerschulische Umwelt- und Klimabildung wird dauerhaft mit ausreichenden Fi-
404 nanzmitteln ausgestattet sowie um Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung
405 ergänzt, um so die erfolgreiche Arbeit fortzuführen und zusätzliche Angebote des le-
406 benslangen Lernens mit Zugang für alle Kölner*innen zu schaffen.

- 407 • Wir wollen verstärkt Anreize setzen, das Angebot an vegetarischen, veganen, regiona-
408 len, saisonalen und biologischen Gerichten in den städtischen Kantinen und Schulen
409 auszuweiten. Dabei sollen Kooperationen mit regionalen Betrieben unterstützt und
410 ausgebaut werden.

411 **Tierschutz**

412 Wir als Bündnis werden uns für das Wohl von Tieren im Kölner Stadtgebiet einsetzen und
413 dieses Ziel durch folgende Maßnahmen erreichen:

- 414 • Wir setzen uns für die Verminderung von Vogelschlag an Glasfassaden ein.
- 415 • Damit kein Tier im Kölner Karneval zu Schaden kommt, drängen wir auf die Anwen-
416 dung der NRW-Leitlinien zum Umgang mit Pferden im Karneval.
- 417 • Für Tierauffangstationen geschützter Tierarten und Tierheime müssen ausreichende
418 Finanzmittel bereitgestellt werden.
- 419 • Wir werden dem Kölner Zoo einmalige Unterstützung beim Bau von Großraumvolieren
420 gewähren.
- 421 • Zur biologischen und tierschutzkonformen Kontrolle der Population werden wir den
422 Bau weiterer Taubenhäuser vorantreiben.
- 423 • Es soll eine Studie erarbeitet werden, die erforscht, wie die Population von standort-
424 fremden Tierarten tierschutzkonform reduziert werden kann.
- 425 • Wir fördern die Erfassung der Hundesteuer bei Vorlage eines Hundeführerscheins für
426 ein Jahr und die Aufstellung von ausreichend Hundekotbeutelboxen.

427 **Kreislaufwirtschaft**

428 Es wird eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft umgesetzt, in der Materialien und Stoffe so einge-
429 setzt werden, dass sie über einen möglichst langen Zeitraum Nutzen stiften, für zukünftige
430 Produktionsprozesse zurückgewonnen oder energetisch genutzt werden und somit nicht als
431 Abfälle unwiederbringlich verloren gehen. Dazu sollen die Konzepte einer geschlossenen Kreis-
432 laufwirtschaft nach dem *Cradle to Cradle*-Prinzip und dem *Zero-Waste*-Ansatz verstärkt in den
433 gesamtstädtischen Ansätzen eingebunden werden. Die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) und
434 die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) sind in dem Prozess zentrale Ak-
435 teurinnen.

436 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 437 • Verringerung des Plastikverbrauchs auf Kölner Stadtgebiet und Minimierung der Be-
438 lastungen im Ökokreislauf vor allem durch Mikroplastik
- 439 • weitere Reduzierung der Müllmengen in Köln, verstärktes Bewerben von Recycling-
440 quote und Verwendung von Rezyklaten

441 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Wir streben ein professionelles öffentliches städtisches Feuerwerk zu Silvester an, bei dem es in der Kölner Innenstadt, soweit rechtlich möglich, Verbotszonen für privates Feuerwerk gibt.
- Wir werden bis 2025 ein weiteres Wertstoffcenter in Köln bauen.
- Gemeinsam mit dem Handel und der Gastronomie starten wir eine Mehrweg-Initiative.
- Wir forcieren die Stärkung von privaten Initiativen zur Müllvermeidung, Weiterverwendung von Produkten und Ressourceneinsparung. Hierzu gehört auch die erweiterte Verwertung von organischen Abfällen.
- Um der Lebensmittelverschwendung in Köln weiter entgegenzuwirken, stärken wir Initiativen für die Verwendung von nicht verkäuflichen Lebensmitteln. In Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat, dem Einzelhandel und der Zivilgesellschaft entwickeln wir weitere Maßnahmen.
- Die Reinigungsintensität öffentlicher Grünflächen, Parks und des Rheinuferes werden wir steigern.
- Um das Müllaufkommen im Karneval weiter zu reduzieren, werden wir ein städtisches Konzept erarbeiten.

Finanzen & Wirtschaft

Finanzen

Generationengerecht, nachhaltig und fair – ein starker Standort braucht eine solide Finanzpolitik. Dazu bekennen wir uns als Bündnis in der laufenden Ratsperiode. Dabei wird es zwingend notwendig sein, zwei außerordentliche Herausforderungen gemeinsam zu meistern: Einerseits erfordert eine wachsende Stadt wie Köln enorme finanzielle Anstrengungen. Es müssen Schulen gebaut werden, das Angebot an Kinderbetreuung muss erweitert werden, wir müssen in eine zukunftsfähige Infrastruktur investieren, wir müssen unsere Anstrengungen in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheit und soziale Strukturen ausweiten und unsere kulturelle Vielfalt erhalten. Andererseits werden wir erhebliche finanzielle Einbußen durch die Corona-Pandemie verzeichnen. Um diese abzumildern, braucht es unbedingt angemessene und strukturelle Finanzhilfen von Bund und Land. Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe als Rat der Stadt Köln, die städtische Finanz- und Haushaltspolitik so aufzustellen, dass wir unseren Beitrag zur Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderungen leisten. Wir werden daher generationengerecht handeln und zum Ende dieser Ratsperiode einen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Wir werden nachhaltig handeln – das heißt, dass wir Nachhaltigkeitsbelange als einen zentralen Aspekt in unseren Finanzentscheidungen berücksichtigen werden. Wir werden fair, sozial und verlässlich handeln, das heißt, dass wir Haushalte so frühzeitig verabschieden, dass die Menschen in unserer Stadt Planungssicherheit haben. Und wir werden konsequent handeln: Das heißt, dass wir das Leistungsniveau von über fünf Milliarden Euro, das der städtische Haushalt vor der Pandemie erreicht hatte, sichern und aufrechterhalten wollen.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Wir werden die kommunale Finanzpolitik aktiv an der Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ ausrichten. Die europäischen und internationalen Werte und Ziele, die als die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*) formuliert sind, werden in ihrer Anwendung finden.
- Wir werden mit Nachdruck einfordern, dass der Kostenausgleich von Bund und Land im Rahmen des Konnexitätsprinzips weiter umgesetzt und ausgebaut wird, z. B. bei den Kosten der Unterkunft sowie der Aufnahme und Integration von Geflüchteten.
- Wir werden uns im Sinne generationengerechter und nachhaltiger Finanzen dafür einsetzen, das Haushaltsdefizit abzubauen, sodass Aufwand und Ertrag im städtischen Haushalt ausgeglichen sind und der stete Eigenkapitalverzehr gestoppt wird. Die schwerwiegenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt sollen nicht durch eine rigide Sparpolitik aufgefangen werden. Deshalb wird der strukturell ausgeglichene Haushalt, dem wir uns weiterhin verpflichtet fühlen und der bereits

für 2022 vorgesehen war, erst zum Ende der Wahlperiode umsetzbar sein. Es wird weiterhin ein Vermögensaufbau angestrebt.

Unsere Ziele werden wir mit folgenden Maßnahmen umsetzen:

Investitionen & Förderungen der Stadt

- Bestehende städtische Investitionspläne und Investitionen der städtischen Unternehmen werden zur Stabilisierung der Kölner Wirtschaft nicht gekürzt.
- Bestehende und neue Investitionspläne werden hinsichtlich ihres positiven Beitrags zur Bekämpfung der Klimakrise überprüft.
- Den Klimaschutz werden wir durch Investitionen in die Mobilitätswende und in weitere Maßnahmen verstärkt vorantreiben sowie die städtische Infrastruktur erhalten, sanieren und kontinuierlich verbessern.
- Wir legen besonderen Augenmerk darauf, dass unsere Gebührenstruktur (Müll, Abwasser, Straßenreinigung) zukünftig bezahlbar bleibt und streben Gebührenstabilität unter Berücksichtigung des Kostendeckungsgebots durch Effizienzsteigerungen an. Sonderreinigungsprojekte der Stadt zur Verbesserung der Sauberkeit werden weiterhin beauftragt.
- Investitionen und Förderungen der Stadt sollen nach nachhaltigen Kriterien kritisch überprüft werden.
- Der Gewerbesteuerhebesatz wird bis zum Ende der Wahlperiode stabil gehalten, um verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Wir als Bündnis streben an, dass das Grundsteueraufkommen bei einer anstehenden Reform aufkommensneutral gehalten werden soll. Breite (Rats-)Mehrheiten werden hierbei angestrebt.

Fördermittelakquise

- Der erfolgreich eingeschlagene Weg des Ausbaus der Fördermittelakquise und des Fördermittelmanagements auf EU-, Bundes- oder Landesebene für städtische Maßnahmen und Investitionen wird noch mehr Priorität erhalten. Ziel sollte immer eine Ausschöpfung vorhandener Förderquellen sein, um den städtischen Eigenanteil möglichst gering zu halten.
- Es soll eine deutliche Steigerung des Abrufs von Fördermitteln in allen Bereich geben; gerade EU-Förderungen aus dem *Green Deal* sollen nach Köln geholt werden, aber auch regionale Kooperationen mit Nachbarkommunen, im Rheinland und mit Partnerstädten sollen forciert werden. Dazu soll die Fördermittelakquise der Stadt neu organisiert werden.
- Zur Optimierung der Akquise von Fördermitteln für Privatunternehmen bilden wir eine Projektgruppe, die bei der KölnBusiness Wirtschaftsförderung angesiedelt wird und

eng mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) und Handwerkskammer (HWK) zusammenarbeiten soll, um Parallelstrukturen zu vermeiden.

Wirkungsgrad des Haushalts & Controlling

- Wir werden einen wirkungsorientierten Haushalt weiterführen, in dem städtische Zuschüsse auf Basis transparenter Verfahren vor allem mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen und einem entsprechenden Controlling vergeben werden. Außerdem werden wir städtische Fördermaßnahmen in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirksamkeit und damit auf ihre weitere Förderfähigkeit überprüfen.
- Wir werden ein strenges Baukostencontrolling einführen, um städtische Investitionsvorhaben deutlich effektiver zu steuern.
- Durch den Ausbau eines systematischen, strukturierten städtischen Beteiligungs-Controllings werden wir die städtischen Investitionen besser steuern und die Zielerreichung verbessern. Dies beinhaltet auch eine regelmäßige Überprüfung und strategische Beurteilung des bestehenden Beteiligungsportfolios.

Beteiligung lokaler Ebenen & von Bürger*innen

- Wir werden die Bezirke weiterhin finanziell stärken.
- Wir werden zur Stärkung der Bürger*innenbeteiligung und des Demokratieverständnisses die Möglichkeit der Wiedereinführung eines Bürger*innenhaushalt neu evaluieren.
- Außerdem werden wir die Möglichkeiten eines Bürger*innenbudgets und für ein kommunales Bürger*innen-Crowdfunding prüfen, damit Bürger*innen unbürokratisch und niederschwellig finanziell an Vorhaben beteiligt werden können.

Daseinsvorsorge

- Wir bekennen uns klar zur Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Durch gezielte Investitionen wollen wir sie nachhaltig stärken und langfristig sichern. Dabei werden städtische Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt.
- Vorstößen von Institutionen wie z. B. der EU-Kommission, die Grundlagen der Daseinsvorsorge, die Erbringung kommunaler Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und letztlich die kommunale Selbstverwaltung einzuschränken bzw. auszuhöhlen, werden wir entschieden entgegenreten.
- Wir stehen grundsätzlich hinter einer Beibehaltung der aktuellen Services der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Bei neuen Services (oder einem Ausbau bestehender Dienstleistungen) sollte grundsätzlich aber auch die Möglichkeit der Einbindung externer Dienstleistungen geprüft werden. Hierbei sollten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten regionale Anbieter*innen bevorzugt werden.

Grünes Kapital & Finanzierungsalternativen

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Köln die Beschaffung von Kapital zur Reduzierung von Umwelt- und Klimaschäden durch spezielle Finanzierungsinstrumente wie z. B. in Form eines *Green Bonds* berücksichtigt.
- Wir werden für den Haushalt 2022 ein dezidiertes und transparentes Reporting über die gesamtstädtische Finanzvolumen für die Erreichung der Klimaneutralität 2035 und Klimafolgeanpassungen aufstellen. Dieses Volumen soll zukünftig gesichert und sukzessive ausgebaut werden, bei den Haushaltsaufstellungen ab 2023 wollen wir weitere Anstrengungen vornehmen, möglichst zusätzliches Geld für Klimaschutzmaßnahmen einzustellen.
- Wir werden eine Projektausschreibung beauftragen, die überprüfen soll, unter welchen rechtlichen Bedingungen die Einrichtung eines Klimafonds z. B. mit der Verknüpfung eines stadtinterner CO₂-Preise sowie eines Bonus-Malus-Systems für Verwaltung und Beteiligungsunternehmen möglich ist und unter welchen Bedingungen die Kompensations-Zuzahlungen Dritter (z. B. Privatpersonen oder Unternehmen) in einen solchen Fonds möglich sind. Aus diesem Fonds sollen zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden.

Gleichstellung im Haushaltsplan

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Gleichstellung auch im Haushaltsplan als gerechte Verteilung der Mittel gemäß dem fünften Nachhaltigkeitsziel *Gender Equality* der Vereinten Nationen niederschlägt.

Kommunale Unternehmen

In Köln leisten wirtschaftlich starke städtische Unternehmen täglich ihren Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge, indem sie Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen und die Grundversorgung sicherstellen. Dazu gehören insbesondere der öffentliche Nahverkehr, die Wasserversorgung, Energieversorgung und erneuerbare Energieerzeugung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Telekommunikation und digitale Breitbandversorgung sowie die soziale Versorgung mit Wohnungen und Kultur- und Sporteinrichtungen. Daher fordern wir, dass unsere Kölner Unternehmen auch nach hohen ökologischen und sozialen Standards arbeiten und notwendige Investitionen in den Klima- und Umweltschutz priorisieren, diese aufgrund ihrer Vorbildfunktion ständig verbessern und ihre Geschäftspolitik und Investitionen konsequent darauf ausrichten.

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Städtischen Unternehmen wollen wir in ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Handlungsfähigkeit stärken, damit sie ihre Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge effizient wahrnehmen können.

- Als Pilotprojekt sollen zwei kommunale Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz einführen. Zusätzlich wollen wir ein richtungsweisendes Forschungsprojekt initiieren, an welchem sich auch weitere kommunale und privatwirtschaftliche Unternehmen beteiligen können. Ziel ist es, die Effekte eines an Aspekten des Gemeinwohls orientierten Berichtswesens zu ermitteln und damit die informierte Grundlage für ein zukünftiges transparentes Anreizsystem zu liefern. Zielsetzung und Berichtswesen sollen auch als Modell für städtische Betriebe genutzt werden.
- Wir werden Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen nach wie vor Vorrang geben und jeder Investitionsentscheidung eine nachvollziehbare Klima- und Folgekostenbewertung zugrunde legen.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt den Verkauf der RWE-Aktien in ihren Beteiligungen finalisiert oder diese zur Stärkung von Investitionen von Klimaschutzmaßnahmen im Stadtwerkekonzern, wie z. B. im Investitionsprogramm für regenerative Energieerzeugung der RheinEnergie, verwendet werden.
- Die Beteiligungsunternehmen werden aufgefordert, falls noch nicht geschehen, bis Ende 2021 ein entsprechendes Konzept mit Maßnahmenplan für sich zu entwickeln und extern überprüfen zu lassen, inklusive vorzeitiger Erreichung (d. h. deutlich vor 2035) der Ziele im Bereich der klimaneutralen Stromerzeugung.
- Wir unterstützen die RheinEnergie bei der Ausweitung der regenerativen Stromerzeugung. In diesem Zusammenhang wird geprüft, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ob das Kohlekraftwerk Rostock zeitnah verkauft werden kann oder ob eine klimafreundliche Modernisierung möglich ist.
- Wir wollten die heute bestehenden maßgeblichen Kontrollrechte der Stadt Köln an der RheinEnergie nicht reduzieren und unsere Mehrheitsrechte behalten. Jede Veränderung der Beteiligungsquote und unserer Steuerungsmöglichkeit ist an eine dezidiert Ratsentscheidung geknüpft.

Wirtschaft & Arbeit

Als Millionenstadt ist Köln nicht nur als Wohn-, sondern auch als Arbeitsort attraktiv. Welche Branchen, Ansiedlungen und Start-ups wir in unserer Stadt fördern wollen, hängt maßgeblich auch davon ab, welche Unternehmen, Industrien und Arbeitgeber*innen sich als zukunftsfähig erweisen und sinnstiftende Arbeitsplätze in einer digitalisierten Welt bieten. Unsere Politik orientiert sich konsequent an den Anforderungen eines nachhaltigen Wandels und fördert aufstrebende Sektoren wie die nachhaltige Modebranche. Der Branchenmix unserer Stadt macht uns unabhängiger von konjunkturellen Verwerfungen. Unsere Wirtschaftstreibenden sind neben dem erfolgreichen Messestandort die Medien-, Kultur-, Club- und Kreativbranche, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie das Handwerk und der Tourismus. Alteingesessene

Akteur*innen, Industrieproduktionen und bekannte Branchen möchten wir mit ihrer technologischen Innovationsfähigkeit am Standort Köln halten und bei ihrer Transformation in vorwärtsgewandte Unternehmen begleiten. Köln muss als flächeneffiziente Metropole weiterhin ein attraktiver und bedeutender Handels- und Logistikstandort für NRW und Europa bleiben. Wir wollen den Kölner Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken und sozial, ökologisch und wirtschaftlich zukunftsfest machen. Wir legen Wert auf den Umbau unserer Stadt zu einer *Smart City*, auf gut bezahlte und zukunftsfähige Arbeitsplätze und bieten Unternehmen optimale Bedingungen zur weiteren Entwicklung.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele und Maßnahmen:

Standort und Arbeitsplätze

- Köln soll zu einem Standort für herausragende Wirtschafts- und Industrieprojekte vorrangig nachhaltiger Branchen werden.
- Wir werden Angebote an attraktiven Gewerbe- und Industrieflächen schaffen.
- Wir werden ein Stadtentwicklungskonzept zur Identifikation von neuen Gewerbe- und Industrieflächen erarbeiten, z. B. durch Umnutzung bestehender, bereits versiegelter Flächen und durch Nachverdichtung (auch in die Höhe), mit guter ÖPNV-Anbindung sowie smarter Güter- und Citylogistik.
- Die duale Ausbildung mit Ausbau der Kölner Berufskollegs und Eröffnung neuer Optionen zur Qualifizierung von Arbeitskräften für den Kölner Arbeitsmarkt sowie die gezielte Unterstützung für internationale Fachkräfte durch die Errichtung eines „Welcome Desk“, ähnlich wie in Brüssel, soll gestärkt werden.
- Wir setzen uns ein für die Stärkung und Stützung der Popkulturszene, Kultur- und Kreativwirtschaft (z. B. durch die Weiterentwicklung des Kreativhauses, der eSports- und Gaming-Veranstaltungen), Clubs, Bars und Veranstaltungsstätten sowie die Fortsetzung und Ausweitung der Corona-Notfallmaßnahmen für diesen Sektor (kleinere Open Air-Flächen, wo es möglich ist).
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Sonntagsöffnungen aufgrund besonderer Ereignisse positiv unterstützt werden und insbesondere kleinere Unternehmen im Zuge von z. B. Veedelsfesten auch öffnen dürfen.

Vernetzung & Kooperation

- Wir streben einen Ausbau der regionalen und europäischen Zusammenarbeit durch stärkere Vernetzung und Kooperation an.
- Eine Mittelstandsvereinbarung mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln (IHK) und Neuauflage und Vertiefung der Mittelstandsvereinbarung mit der Handwerkskammer zu Köln werden wir erarbeiten.

- Unser Ziel ist der Ausbau der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft durch bessere Vernetzung mit den Hochschulen in Köln (mit Fokus auf die Technische Hochschule), IHK, Start-up-Szene und der Region, insbesondere zur Förderung neuer Technologien und Schaffung innovativer Arbeitsplätze. Zudem wollen wir die städtische Wirtschaftsförderung, die Kölner Wissenschaftsrunde und das Industrieforum zu einem handlungsorientierten neuen Netzwerk zusammenzuführen
- Wir planen eine verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung in der Kölner Region und den Ausbau der Metropolregion Rheinland zu einem starken regionalen und europäischen Player, u. a. durch eine proaktive Begleitung des Strukturwandels im Rheinischen Revier.
- Das Stadtmarketing wird durch eine strategische und finanzielle Bündelung des Vermarktungsetats und durch eine Neuausrichtung der Aktivitäten von KölnTourismus unter Einbeziehung von starken Partner*innen, wie z. B. der Koelnmesse, verbessert, um die Marke Köln international stärker zu etablieren und den Städtetourismus, das Kulturmarketing sowie Messe und Kongressgeschäft stärker auf Basis von qualitativen Zielen auszurichten.

Start-ups und Innovationen

- Köln soll Start-up-Hauptstadt in NRW werden. Wir schaffen optimale Bedingungen für Gründungen und die Ansiedlung von jungen Unternehmen in Köln.
- Wir werden Fachkräftemangel in Wirtschaft und Verwaltung begegnen, u. a. durch Stärkung der Berufsausbildung in Köln.
- Wir werden ein nachhaltiges Gründungs-/Innovationszentrum als Leuchtturm für die Region schaffen. In diesem wollen wir neue gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen fördern und pilotieren, wozu kooperative Gemeinschaften und nachhaltige Genossenschaften sowie die Ansätze der *Commons*, der solidarischen Ökonomie und der Gemeinwohlökonomie gehören, aber auch Gemeinschaftsgüter- und *Share-Economy*-Projekte und sogenannte *Impact*- und *Social Start-ups*, welche die Ziele für nachhaltige Entwicklung umsetzen.
- Wir werden die Nachhaltigkeit der Kölner Wirtschaft durch Wirtschaftsförderung unterstützen, Unternehmensgründungen u. a. durch Stärkung von Gründungs- und Innovationszentren (auch in sozial-ökologischen und gemeinwohlorientierten Bereichen) fördern, die *One-Stop-Agency* ausbauen (und perspektivisch auch für bestehende Unternehmen öffnen) und eine Vernetzung mit *Business Angels* schaffen. Die Wirtschaftsförderung soll auch die Kreislaufwirtschaft unterstützen und Beratung zur Verbesserung von Lieferketten anbieten.
- Wir unterstützen die Kölner Industrie bei ihren Bestrebungen, den Standort hinsichtlich e-Mobilität weiterzuentwickeln.

Selbstständige, Handwerk, KMUs & Mittelstand

- Unser Ziel ist die Stärkung des Handwerks und von kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere die Unterstützung zur Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle und zahlreicher Ausbildungsplätze.
- Neue Corona-Maßnahmenpakete sollen der gezielten, auch finanziellen Unterstützung von besonders betroffenen Branchen wie Einzelhandel, Gastronomie (z. B. Förderung von „Sitzen statt Parken“), Kultur, Eventbranche und Soloselbstständigen unter Berücksichtigung verfügbarer EU- und Bundesmittel dienen.
- Wir werden innovative und nachhaltige gastronomische Konzepte fördern.
- Das Sonderstandortprogramm für Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen, mit dem städtische Gewerbeflächen zu einem fairen Komplettpreis inklusive Erschließungskosten zur Verfügung gestellt werden, wird fortgeführt.
- Wir werden uns für die für eine Verstetigung und weitere Digitalisierung von Werkstattformaten und Gesprächsrunden mit dem Handel/den Verbänden, Träger*innen und Interessengemeinschaften einsetzen, um auch insbesondere inhabergeführten Betrieben eine größere Chance zur Teilhabe an städtischen Beteiligungsformaten zu ermöglichen
- Wir werden uns für die Durchführung und Finanzierung von Projekten zur Nachqualifizierung von Menschen ohne Berufsabschluss einsetzen und die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse auch durch Einführung berufsintegrierter Sprachförderung ermöglichen. Um gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels neue Fachkräfte zu gewinnen, z. B. auch durch die berufliche Integration von Geflüchteten, wollen wir Projekte fördern, die weibliche Jugendliche und Erwachsene für einen Ausbildungsberuf in nach wie vor männlich dominierten Handwerksberufen gewinnen. Ebenfalls sollen klassisch weiblich dominierte Berufsausbildungen für männliche Jugendliche und Erwachsene attraktiver gemacht werden.

Regionale Lebensmittel & Produkte unserer Wochenmärkte

- Wir werden das Angebot von regionalen und biologisch erzeugten Produkten auf unseren Wochenmärkten durch Aufnahme der Nachhaltigkeit in die Vergabekriterien stärken.
- Wir werden dafür sorgen, dass Ackerflächen im Besitz der Stadt Köln bevorzugt an Landwirt*innen verpachtet werden, die die Flächen ökologisch sinnvoll mit vielfältigen Kulturen bestellen und das Gemüse und Obst nach den Richtlinien der zertifizierten Bio-Landwirtschaft anbauen.
- Wir werden Wochenmärkte und andere Marktformate in den Stadtteilen auf Basis neuer Konzepte und Produktangebote pilotieren, insbesondere Biomärkte, *Food Sha-*

ring und Essenspenden-Märkte, Street-Food-Angebote oder z. B. Märkte gegen Konsumgüter- und Lebensmittelverschwendung. Außerdem werden wir Initiativen fördern, die sich für die Vermarktung regional erzeugter Lebensmittel und gute Ernährung in Köln einsetzen und der Verschwendung von Lebensmitteln vorbeugen. Wir wollen die vom Ernährungsrat Köln initiierte Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung konsequent umsetzen.

- Der Großmarkt in Raderthal wird zugunsten der Realisierung der Parkstadt Süd geschlossen. Wir als Bündnis wollen die planerische, betriebliche und bauliche Planung des Großmarktes in Marsdorf unter enger Einbeziehung der Marktakteur*innen voranbringen. Dabei sollen verschiedene Betriebskonzepte und insbesondere Größenmodelle entwickelt werden, unter besonderer Berücksichtigung eines regionalen Warenangebotes. Wenn bei der Entwicklung der unterschiedlichen Betriebs- und Größenmodelle auch andere Standorte geprüft werden, so dürfen diese Prüfungen zu keinen zeitlichen Verzögerungen für eine Umsetzung des Großmarktes in Marsdorf führen. Die bauliche und betriebliche Planung des Großmarktes darf keine unvertretbaren Belastungen für den städtischen Haushalt zur Folge haben und sie muss beihilfekonform sein. Einer möglichen Nutzungsänderung einer neuen Großmarkthalle muss die Stadt Köln vorab zustimmen.

Stadtentwicklung, Liegenschaften & Bauen

Stadtplanung & Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung und Stadtplanung Kölns werden in den kommenden Jahren an den Vorgaben der Stadtstrategie („Kölner Perspektiven 2030+“) ausgerichtet. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Berücksichtigung der Belange einer wachsenden Stadt, des sich abzeichnenden Klimawandels und der Folgenbewältigung des Klimawandels. Wir setzen bei Vorhaben der Stadtentwicklung und Stadtplanung auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Planung und Umsetzung von gemischten Quartieren
- Förderung der Vielfalt an Wohn- und Lebensformen
- Anpassung der Stadtplanung an das gesamtstädtische Ziel der Erreichung der Klimaneutralität
- Erhalt und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards und der Ausgestaltung der städtebaulichen und architektonischen Verfahren

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Auch im Sinne einer effizienten Flächennutzung werden im innerstädtischen Bereich bestehende Traufhöhenbegrenzungen überprüft und Hochhausentwicklungen auf Grundlage bereits beauftragter Studien unterstützt. Für weitere Hochhausplanungen werden zukünftige Anforderungen erarbeitet.
- Wir bekräftigen unseren Plan, den Baubeschluss für die Historische Mitte auf der Grundlage der Wettbewerbsergebnisse bis 2023 zu fassen.
- Die Entwicklung gemischter Quartiere mit Wohnen, Gewerbe und Kultur wie z. B. die Hallen Kalk und das Otto-Langen-Quartier wird, unter Berücksichtigung der Werkstatt-ergebnisse und der Vorschläge der Beteiligten vor Ort, vorangetrieben.
- Zur Entwicklung eines neuen gemischten Viertels soll die A57 ab dem Gürtel bis zur Wöhlerstraße sowie im Bereich der Herkulesstraße ab Lukasstraße überdeckelt werden. Hierbei werden das Gelände des Alten Schlachthofs und das Gleisdreieck einbezogen.
- Bewährte Werkzeuge der Beteiligung wie z. B. das Werkstattverfahren wollen wir beibehalten und weiterentwickeln.
- Wir als Bündnis verpflichten uns zu den bestehenden und zu erweiternden Qualitätsstandards bei Planungen: Dazu gehören Wettbewerbe und Planungswerkstätten, die Sicherung architektonischer Qualität und die Beteiligung der Bevölkerung. Ein entsprechender Beschluss zu Standards in der Kölner Planungskultur wird gefasst.

- Die Entwicklung innovativer Nutzungskonzepte von ungenutzten Büro- und Gewerbeflächen im Kontext der neuen Arbeitswelt werden wir vorantreiben.
- Für den Kalkberg wird eine alternative Nutzung geprüft.
- Wir werden die sozialen Erhaltungssatzungen auf weitere vier Quartiere ausweiten. Grundlage dazu bilden weiterhin sozialräumliche Untersuchungen für jedes neue Gebiet sowie die Berichte der Verwaltung. Bis 2024 werden die Satzungen in der Umsetzung weiter evaluiert und die Ergebnisse in den Gremien des Rates und in einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert und diskutiert. Bei Bedarf werden personelle Kapazitäten ausgeweitet.
- Zum Zweck, die gemeinschaftlichen Wohnbauinitiativen in der Planung und Umsetzung von Wohnprojekten und in ihren Beteiligungsprozessen zu unterstützen, soll die Gründung einer neuen Trägerschaft oder einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft gefördert werden.
- Wir werden eine Strategie entwickeln, die die Auswirkungen und Veränderungen nach Corona im Rahmen der Stadtstrategie berücksichtigt.
- Das Personal beim Bauaufsichtsamt wird aufgestockt, um Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen, Festlegungen in B-Plänen dauerhaft kontrollieren zu können und Nutzungsänderungen schneller möglich zu machen. Zusätzlich wollen wir die Digitalisierung im Amt vorantreiben.

Öffentlicher Raum und Urbanität

Der öffentliche Raum ist eine Voraussetzung städtischen Lebens und dessen Mittelpunkt. Mit einer weitsichtigen und langfristigen Stadtplanung wollen wir die Quartiere, Plätze und Straßen Kölns so gestalten, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger ein attraktiver und sicherer Bewegungs- und Aufenthaltsraum sind und zugleich die Versorgungs- und Mobilitätsfunktionen einer innovativen Metropole gewährleisten.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Attraktivierung zentraler Plätze und Aufwertung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und in den Veedeln
- Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Charakters der Kölner Veedel
- Aufwertung der Aufenthalts- und Begegnungsqualität inklusive der Einkaufsstrassen der Gesamtstadt und insbesondere der Altstadt
- Verbesserung der Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Raumes
- Weiterentwicklung des „Masterplans Innenstadt“ zur stadträumlichen Gestaltung
- Weiterentwicklung der Kölner Grünzüge und Grüngürtel mit dauerhaftem Schutz vor Eingriffen
- Aufwertung der Rheinufer

- Erhalt von Freiräumen für kulturelle und soziale Nutzungen

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Das Platzkonzept „Auf die Plätze“ wird fortgeschrieben. Kreative und nicht-kommerzielle Räume in urbanen Lagen sollen erhalten und auch in neuen Stadtquartieren ermöglicht werden.
- Die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes soll durch Stadtplanung, Stadtmöblierung, Begrünung, öffentliche Veranstaltungen und öffentliche kostenfreie Toiletten in ausreichender Menge sowie Nutzungs- und Zwischennutzungskonzepte erhöht werden.
- In den Stadtbezirken mit bisher weniger gut ausgebauten Freizeit- und Kulturangeboten, insbesondere in den Vororten und auf der rechten Rheinseite, sollen Zwischennutzungsangebote vermehrt gefördert und somit die Attraktivität dieser Stadtbezirke erhöhen werden.
- Wir werden zentrale Plätze in der Innenstadt auf Basis bereits beauftragter Machbarkeitsstudien und Wettbewerbe umgestalten. Insbesondere der Barbarossaplatz soll eine Aufwertung durch eine grundlegende Neuordnung der Verkehrsflüsse erfahren, ggf. durch eine Tieferlegung der Stadtbahn.
- Zur städtebaulichen Aufwertung des Offenbachplatzes und der angrenzenden Veedel werden die Ergebnisse der bereits beauftragten Machbarkeitsstudie zur Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt zur Grundlage genommen, dabei soll der Nord-Süd-Fahrradverkehr mitbedacht werden.
- Durch kulturelle Zwischennutzungsangebote oder auch Märkte werden öffentliche Plätze in Außenbezirken eine Aufwertung erfahren.
- Wir werden die Erarbeitung und den Erlass von Gestaltungs- bzw. Werbesatzungen vorantreiben.
- In den Stadtteilen werden wir Immobilienstandortgemeinschaften initiiert.
- In städtischen Parkhäusern und Immobilien in der Innenstadt werden eingangsnah Bereiche identifiziert, die zu Fahrradgaragen umgestaltet werden können. Dies gilt insbesondere für stark frequentierte Bereiche wie rund um den Kölner Hauptbahnhof. Für die Ausführung von Fahrradgaragen ist ein Gestaltungs- und Verkehrswegekonzzept zu erarbeiten.
- Es wird eine Neuordnung der Abstellmöglichkeiten von E-Scootern und Leihfahrrädern erarbeitet.
- Wir wollen die Fortschreibung des städtebaulichen „Masterplans Innenstadt“ vorantreiben. Damit schreiben wir auch zukünftig ein Regiebuch mit konkreten Empfehlungen zur kurz- und mittelfristigen sowie perspektivischen Entwicklung des Plangebiets bis 2035.

- Durch die Entwicklung eines „Masterplan Grün“ werden wir die Kölner Grünzüge und Grüngürtel planerisch festsetzen.
- Wir fordern auch Privatpersonen mit Grundstücksbesitz auf, sich dem Ziel des Klimaschutzes zu verpflichten und die Freiflächen auf ihren Grundstücken hochwertig naturnah zu gestalten. Dazu können bepflanzte Vorgärten, Dach- und Fassadenbegrünungen einen wichtigen Beitrag leisten. Für Neubauten sollen diese Ziele in den Bebauungsplan verpflichtend aufgenommen werden.
- Das linksrheinische Rheinufer soll vom Basteiufer bis zum AXA-Hochhaus aufgewertet werden. Beim rechtsrheinischen Rheinufer soll eine Anbindung des Rheinparks nach Norden inklusive der Erschließung eines neuen Ausgehquartiers an der Hafenstraße erfolgen.
- Wir als Bündnis halten an der in der vergangenen Wahlperiode vereinbarten gleichzeitigen Planung der unter- wie oberirdischen Variante der Ost-West-Achse fest. Beim Umbau der Ost-West-Achse steht für uns die Gestaltung des öffentlichen Raums im Vordergrund. Dabei ist insbesondere bereits in der Interimsphase auf die anspruchsvolle Gestaltung der Bahnsteige und Haltestellen Wert zu legen. Bei der dauerhaften Neugestaltung des öffentlichen Raums stehen für uns die Neuaufteilung der Räume für Fußverkehr und Fahrradfahrende sowie eine verbesserte Aufenthaltsqualität im Vordergrund.

Bodenpolitik & städtische Liegenschaften

Die endliche Fläche unserer Stadt erfordert ein bewusstes und nachhaltiges Flächenmanagement. Dafür brauchen wir eine verstärkte Reduzierung des Flächenverbrauchs bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Anforderungen einer wachsenden Stadt. Eine aktive Bodenbevorratung durch gezielte Ankäufe und ein schonender Umgang mit Grund und Boden sind die Voraussetzungen für eine nachhaltige Liegenschaftspolitik und für den Erhalt der städtischen Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- effiziente Ausnutzung von Flächen und verfügbarem Raum
- Erhalt von Gestaltungsfreiräumen im Stadtgebiet für künftige Generationen
- Schaffung eines Angebots an attraktiven Gewerbe- und Industrieflächen
- Stabilisierung der Mietpreise durch entsprechende Liegenschaftspolitik
- kulturelle, sportliche und soziale Nutzungsmöglichkeit von städtischen Immobilien und Grundstücken für die Kölner Bevölkerung

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Das Erbbaurecht wird als grundsätzliches Vergabeinstrument bei städtischen Grundstücken für Wohnen und sozio-kulturelle Nutzung eingesetzt.
- Das Wiederkaufsrecht der Stadt Köln wird bei Gewerbeflächen konsequent festgeschrieben.
- Die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes zur Identifikation von neuen Gewerbe- und Industrieflächen, z. B. durch Umnutzung bestehender, bereits versiegelter Flächen und durch Nachverdichtung, auch in der Höhe, wird beauftragt.
- Städtische Grundstücke für den Wohnungsbau werden in Form von Direktvergaben bevorzugt an Bestandshaltende vergeben, wie z. B. die städtische Wohnungsgesellschaft GAG, die städtische Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK) und Genossenschaften. Dies gilt nach Bedarf auch für Studierendenwohnungen, Mehrgenerationenwohnen und Wohnraum für Familien.
- Konzeptvergaben werden ausgebaut: Gemeinschaftliche Wohnformen sollen verstärkt als Instrument der Stadtentwicklung bei Grundstücksvergaben zum Zuge kommen, da sie einen positiven Einfluss auf die soziale Struktur und die Freiraumqualität in neuen Quartieren und weniger individuellen Wohnraumbedarf haben.
- Zwischennutzungen in Gebäuden in städtischem Besitz werden ermöglicht und optimiert werden.
- Wir fördern nach Wiener Vorbild unter Verwaltung durch die WSK den Ankauf von Wohnungen durch die Stadt Köln für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt sowie der städtischen Unternehmen.

Bauen

Der Stadt kommt beim Bau und der Bewirtschaftung ihrer eigenen Gebäude eine besondere Verantwortung zu. Im Hinblick auf die Ansprüche an zukunftsfähige und gut gestaltete Gebäude und ihre effiziente Unterhaltung soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und eine Vorreiterrolle übernehmen.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Weiterentwicklung des Gebäudebestands der Stadt Köln im Hinblick auf den Klimaschutz und die Klimafolgeanpassung
- Neubau von Gebäuden der Stadt mindestens im Passivhaus-Standard, Sanierung bereits bestehender Gebäude für einen bestmöglichen klimaneutralen Betrieb
- Beschleunigung der Sanierung und des Neubaus von Schulgebäuden, vielseitige Nutzbarkeit von Schulneubauten
- Erhöhung des Instandhaltungsbudgets von 1,2 Prozent auf bis zu 1,5 Prozent des jeweiligen Objektwiederbeschaffungswertes

Dafür werden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Alle Maßnahmen der Stadtentwicklung und des Bauens werden auf ihre nachhaltige Wirkung hin überprüft und angepasst. Dazu gehören die Berücksichtigung der Frischluftschneisen und die verstärkte Verwendung ökologisch unbedenklicher Rohstoffe, des Holzbaus und recycelter Materialien. Dem Erhalt und der Sanierung von Gebäuden soll grundsätzlich der Vorzug vor Abriss gegeben werden.
- Die Energieleitlinien werden hinsichtlich der städtischen Zielsetzung „Klimaneutralität 2035“ weiter angepasst und um die notwendige Betrachtung der Energieerzeugung erweitert. Hierfür werden ambitionierte Zeitpläne zur Umsetzung entwickelt.
- Die Energieleitlinien werden weiterentwickelt Richtung Plus-Energie-Häuser.
- Bis 2030 werden alle Gebäude der Stadt über Solaranlagen verfügen, sofern dies sinnvoll und gestalterisch vertretbar ist, mit dem Denkmalschutz vereinbar ist oder die Gebäude saniert werden. Sofern technisch umsetzbar, werden städtische Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausgestattet.
- Bei allen Neubauten und Sanierungen städtischer Gebäude wird Fassaden- und/oder Dachbegrünung vorgesehen, soweit dies technisch möglich ist.
- Ebenso werden Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter nach dem aktuellen technischen Stand der Möglichkeiten berücksichtigt sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag ergriffen.
- Die Gebäudewirtschaft erarbeitet eine Checkliste für nachhaltiges Bauen in Anlehnung an z. B. das DGNB-Zertifizierungssystem als Ergänzung der Baubeschlussvorlagen, in der die berücksichtigten Nachhaltigkeitsüberlegungen dargestellt werden. Es soll geprüft werden, inwiefern eine Quote für nachhaltige Baustoffe eingeführt werden kann.
- Es wird ein Konzept zur Einbindung von kreislaufgerechtem Bauen (*Cradle to Cradle*) entwickelt.
- Um die Energieeffizienz im Bestand zu fördern, möchten wir prüfen, inwiefern die Steigerung des städtischen Ziels von jährlich zwei Prozent Bestandssanierung auf z. B. vier Prozent möglich ist.
- Die Wertgrenzen der Rahmenverträge der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen werden vergabekonform angehoben, so dass der Instandhaltungsstau auch mit Hilfe der Rahmenverträge abgearbeitet werden kann.
- Die Gebäudewirtschaft nimmt analog zu Programmen der Sachverständigenausbildung für Barrierefreiheit und Brandschutz die Ausbildung zu Sachverständigen für nachhaltiges Bauen und Artenschutz in ihr Schulungs- und Ausbildungsprogramm auf.
- Es werden Kapazitäten und Kompetenzen bei der städtischen Gebäudewirtschaft mit dem Ziel der Entwicklung eines Maßnahmenplans zur Dachbegrünung städtischer Gebäude und zur Gewährleistung der Umsetzung geschaffen.

- 980
- 981
- 982
- 983
- 984
- 985
- Es soll geprüft werden, ob durch weitere Investitionsmodelle, die Schaffung einer Schulbaugesellschaft oder durch mehr Inhouse-Vergabe an städtische Töchter die Deckung der Schulbedarfe beschleunigt werden kann.
 - Die Gebäudewirtschaft wird zu einer serviceorientierten Einrichtung für Schulen und andere Mietparteien.



Wohnen

Wohnraum

Köln ist attraktiv für viele Menschen, die hier gerne leben und arbeiten wollen, doch das Wohnraumangebot hält nicht Schritt mit dem Bevölkerungswachstum. Insbesondere die Nachfrage nach öffentlich geförderten und bezahlbaren Wohnungen kann schon seit vielen Jahren nicht gedeckt werden. Wir sehen die Schaffung von Wohnraum als eine unserer wichtigsten Aufgaben an.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Beschleunigung der Schaffung von mehr und insbesondere bezahlbarem Wohnraum
- Schutz und Ausbau von gefördertem Wohnraum
- Förderung von alternativen Wohnformen
- Weiterentwicklung und Förderung der Konzepte des preisgedämpften Wohnungsbaus

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Das „Stadtentwicklungskonzept Wohnen“ („SteK Wohnen“) mit seinen Handlungsfeldern sozialorientierte Wohnungspolitik, altengerechtes und barrierefreies Wohnen und Quartiersentwicklung ist weiterhin Grundlage für unsere Wohnungs(bau)politik. Gleichzeitig muss das Konzept aktualisiert, fortgeschrieben und ggf. um neue Handlungsfelder ergänzt werden.
- Wir legen Priorität auf die Umsetzung der Beschlüsse zum „SteK Wohnen“, insbesondere bezogen auf Kreuzfeld, und auf eine nachhaltige Entwicklung neuer gemischter Quartiere für alle Generationen und Wohnformen sowie der dazugehörigen Infrastruktur.
- Wir setzen uns dafür ein, dass deutlich mehr öffentlich geförderte Wohnungen gebaut werden.
- Im Kooperativen Baulandmodell werden wir zusätzlich zum sozialgebundenen Wohnraum auch preisgedämpften Wohnraum verpflichtend im Umfang von 20 Prozent der Wohneinheiten aufnehmen. Zusätzlich verfolgen wir bei städtischen Grundstücken das Ziel, den geförderten Wohnungsbau weiter zu stärken.
- Wir werden den Bau preisgedämpften Wohnungsbaus beschleunigen, indem wir ein kommunales Förderprogramm auflegen, das insbesondere Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften begünstigt.
- Vorhandene Mietwohnungen, vor allem geförderten Wohnungen, werden wir schützen: In den kommenden Jahren werden viele öffentlich geförderte Wohnungen aus der Belegungsbindung fallen. Wir werden uns für eine Verlängerung und den Aufkauf von Belegungsbindungen für Mietparteien mit Wohnberechtigungsschein einsetzen.

- Wir werden konsequent alle verfügbaren Instrumente der Wohnraumschutzsatzung (WSS) im Kampf gegen Zweckentfremdung von Wohnraum vor allem durch illegale Ferienvermietungen anwenden und uns gegenüber der nordrhein-westfälischen Landesregierung für eine Verschärfung des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW (WAG NRW) einsetzen.
- Wir wollen eine Informationskampagne zum Thema Wohngeld durchführen, damit mehr Menschen, die zum Kreis der Berechtigten gehören, davon profitieren.
- Wir werden einen „Qualifizierten Mietspiegel“ initiieren.
- Auf Grundlage der Vereinbarung der Oberbürgermeisterin mit der Wohnungswirtschaft und der aktuellen Neubaubedarfsanalysen werden wir uns als Bündnis zeitnah auf gemeinsame quantitative und qualitative Zielsetzungen für die Schaffung neuer Wohnungen verständigen. Dabei setzen wir auf einen Dialog mit allen Beteiligten.
- Das kooperative Baulandmodell wird ergänzt um die Entwicklung eines kommunalen Fördermodells für den preisgedämpften Wohnungsbau, insbesondere gerichtet an Genossenschaften, die GAG Immobilien sowie die Wohnungsbaugesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK). So sollen zusätzlich 20 Prozent preisgedämpfter Wohnungsbau erzielt werden. Zusätzlich verfolgen wir bei städtischen Grundstücken das Ziel, den geförderten Wohnungsbau weiter zu stärken.
- Die Beratungsstelle „Gemeinschaftliche Wohnformen“ soll als echte Wegweiserin durch die Verfahren ausgebaut werden.

Wohnungslosigkeit

Ein Leben auf der Straße ist mit der Gefahr physischer und psychischer Erkrankungen verbunden und macht die Betroffenen zu einer besonders gefährdeten Personengruppe. Wir verfolgen deshalb zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit folgende Ziele und Maßnahmen:

- Im Kampf gegen Wohnungslosigkeit werden wir die Präventionsarbeit stärken.
- Wohnungsverlust muss schon im Vorfeld verhindert werden.
- Wir werden eine Ausweitung und Verstetigung des *Housing First*-Programms vorantreiben, damit mehr Menschen von der Straße direkt in regulären Wohnraum vermittelt werden.
- Die bestehenden „Humanitären Hilfen für Menschen aus Ländern der EU-Osterweiterung“ werden wir verstetigen.
- Für die Schaffung von Notschlafplätzen im Rechtsrheinischen für obdachlose Frauen werden wir uns ebenso einsetzen wie für zusätzliche Angebote stadtweit für obdachlose LGBTIQ-Menschen, Paare in jeglicher Konstellation und Menschen mit Tieren.
- Die Wohnungslosigkeit von Jugendlichen, insbesondere von queeren Jugendlichen, muss untersucht und daraus ein spezifisches Hilfsprogramm entwickelt werden.

1057

- Wir wollen die aufsuchende Streetwork bedarfsgerecht erhöhen.

1058

1059



Mobilität

Fuß- und Fahrradverkehr

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt mit knappem Raum setzen wir uns für ein modernes und zukunftsfähiges Mobilitätsangebot mit einer nachhaltigen Raumaufteilung ein. Dabei wollen wir Klimaschutz, Luftreinhaltung und eine Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität verbinden. Als Grundlage einer gleichberechtigten, sicheren Teilhabe an Mobilität sollen sich Radfahrende sowie Fußgängerinnen und Fußgänger sicher und bequem durch die Stadt bewegen können.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Schaffen einer Stadt der kurzen Wege und Gewährleistung der Durchlässigkeit der Veedel
- Herstellung von Barrierefreiheit auf Gehwegen
- Etablierung des Fahrrads als eines der Verkehrsmittel der Zukunft
- Ausbau der Fahrradinfrastruktur
- Schaffung von mindestens 25.000 neuen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenräder bis 2025
- pro Jahr 50 Kilometer neue Radwege und Anbindung des Umlands mit regionalen Rad-schnellwegen

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Der Fußverkehr soll durch adäquat längere Grünphasen an den Ampeln und die Möglichkeit des diagonalen Kreuzens beschleunigt werden. Fußgänger*innen-Inseln an Kreuzungen sollen auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werden. Wir werden außerdem das Programm zum Abbau von Lichtsignalanlagen fortführen, beschleunigen und durch andere Konzepte wie *Shared Spaces* ergänzen.
- Um die Durchlässigkeit der Veedel für Fußgängerinnen und Fußgänger zu gewährleisten und die Stadt der kurzen Wege zu schaffen, werden nachhaltige Parkraumkonzepte wie z. B. in Ulm oder Karlsruhe erarbeitet und umgesetzt.
- Durch ein verbessertes Parkraummanagement, durch die Öffnung privater und öffentlicher Parkplatzflächen sowie den Ausbau von Quartiersgaragen möchten wir auf allen Wegen Barrierefreiheit und den nötigen Platz schaffen, um den Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren, Familien mit Kindern und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gerecht zu werden. Hierbei soll ein Interessensausgleich mit der Außengastronomie angestrebt werden und das Konzept „Sitzen statt Parken“ angewendet und ausgebaut werden. Halte- und Parkverstöße werden auf Grundlage eines einheitlichen Kriterienkataloges konsequent geahndet.

- 1095 • Wir werden den Verkehrsraum in der Innenstadt und den Quartierszentren zugunsten
1096 des Fuß- und Radverkehrs neu aufteilen. Als Sofortmaßnahme und Einstieg in weitere
1097 derartige Maßnahmen werden die Ehrenstraße, die Apostelnstraße, die Breite Straße,
1098 der Brüsseler Platz sowie die Severinstraße autofrei. Für die Anwohnerschaft, Hand-
1099 werkerinnen und Handwerker, Mitarbeitende von Liefer-, Pflege- und Gesundheits-
1100 diensten und andere Gruppen, die auf das Auto angewiesen sind, soll die Erreichbar-
1101 keit mit dem Fahrzeug weiterhin gewährleistet werden.
- 1102 • Fußgänger*innen-Zonen sollen dort, wo es möglich ist, für den Radverkehr freigeben
1103 werden, ohne den Fußverkehr zu gefährden.
- 1104 • Wir forcieren die Umsetzung der bisher erarbeiteten Radverkehrskonzepten, begrüßen
1105 die aktuell laufenden Planungen und erwarten Radverkehrskonzepte für alle Kölner
1106 Stadtteile. Die vorliegenden und sich in Planung befindlichen Radverkehrskonzepte
1107 sollen durch personelle Zusetzungen schneller umgesetzt bzw. erweitert werden.
- 1108 • Es sind insbesondere durchgehende Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen für den
1109 Radverkehr (links- und rechtsrheinisch) über das zentrale Straßennetz auf Grundlage
1110 der Radverkehrskonzepte zu schaffen. Dabei ist auf eine bauliche Trennung, eine Min-
1111 destbreite von zwei Metern und die Errichtung von Fahrradstraßen zu achten.
- 1112 • Durch vorgezogene Sofortmaßnahmen erreichen wir schnell nach den politischen Ent-
1113 scheidungen die notwendigen Verbesserungen im Radverkehr.
- 1114 • Zusätzlich zur umfangreichen Bereitstellung neuer Radinfrastruktur werden wir auch
1115 bestehende Radwege zügig instandsetzen oder sanieren. Durch entsprechende Am-
1116 pelschaltungen werden wir die Radverkehrsführung so flüssig wie möglich gestalten.
1117 Neben den kurzfristigen Verbesserungen der Radwegführung auf den Rampen der
1118 existierenden Brücken werden wir mittelfristig durch die Umsetzung der geplanten Fuß-
1119 und Radwegbrücken neue Maßstäbe bei den Rheinquerungen setzen.
- 1120 • Des Weiteren werden wir uns viel stärker um die benötigten Fahrradstellplätze küm-
1121 mern, indem wir bei der Umgestaltung des öffentlichen Raums mehr Radabstellanla-
1122 gen schaffen. Darüber hinaus werden wir die Verwirklichung von sicheren Radabstell-
1123 plätzen vorantreiben, indem wir z. B. Fahrradparkhäuser einführen oder Flächen in
1124 existierenden Parkhäusern für den Radverkehr umwidmen. Auch für das steigende
1125 Aufkommen von Lastenrädern werden wir Abstellplätze anbieten.
- 1126 • Wir werden auf die Ausweitung des KVB-Leihradsystems in die Region drängen und
1127 den Zeitraum der kostenlosen Nutzung sowie die Gruppe der Anspruchsberechtigten
1128 vergrößern. Die Leihradflotte soll weiter modernisiert und mit eBikes sowie Lastenrä-
1129 dern ergänzt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Um den ÖPNV noch weiter als Alternative zur Individualmobilität zu stärken, ist eine Erhöhung der Attraktivität der Nutzung essenziell und umfasst im Wesentlichen die Aspekte Erreichbarkeit, Taktung und Frequenz sowie Qualität, Service und Bezahlbarkeit. Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Ausbau des ÖPNV
- Schaffung eines vereinfachten, flexiblen und preisgünstigeren Ticketangebots
- Verstärkung von Taktfrequenzen und Betriebszeiten auf den existierenden Linien, insbesondere in Abendstunden und an Wochenenden
- bis 2035 sollen alle Kölnerinnen und Kölner je nach Besiedlungsdichte in maximal 300 oder 600 Metern Entfernung ein ÖPNV-Angebot erreichen
- eine bessere Vernetzung der Veedel untereinander
- Qualitätsoffensive bei der KVB

Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Der bereits beauftragte „Nachhaltige urbane Mobilitätsplan“ ist mit Priorität und unter Beteiligung aller Interessensgruppen zu planen und umzusetzen.
- Zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Außenbezirke sowie der Verbindung der einzelnen Stadtbezirke untereinander soll der „3. Nahverkehrsplan“ (bzw. die „ÖPNV-Roadmap“) zügiger umgesetzt werden.
- Die Planungen für den S-Bahnhaltepunkt Bocklemünd sollen zügig abgeschlossen werden und es braucht dringend eine Entscheidung über die Variante der Stadtbahn-anbindung für Widdersdorf inkl. des Planungsbeginns einer Straßenbahnverlängerung.
- Die Region wollen wir vor allem über die S-Bahn noch besser an Köln anbinden.
- Die Ausweitung und Modernisierung von *Park & Ride*-Flächen – insbesondere in Außenbezirken – durch eine verbindliche Integration von Sharing-Angeboten und einer ins ÖPNV-Tarifsystem integrierten *Park & Ride*-Bepreisung wollen wir umsetzen. Bei der Ausweisung und Bebauung dieser Flächen ist auf eine flexible Nutzung z. B. mit Wohnen und Gewerbe zu achten.
- Wir unterstützen weiterhin die Ausbaumaßnahmen im Rahmen des „Bahnknoten Köln“ und insbesondere den Ausbau der Stammstrecke auf einen 2,5-Minuten-Takt, die verbesserte Verknüpfung des Deutzer Bahnhofs mit dem Hauptbahnhof mit dem Ziel, einen Bahnhof mit zwei Terminals zu haben, sowie den zweigleisigen Ausbau der Strecke nach Bergisch Gladbach unter Berücksichtigung aller Belange des Naturschutzes.
- Um die unmittelbare Anbindung von Neubaugebieten an den ÖPNV sicherzustellen, muss die Parkstadt Süd über eine neue S-Bahnquerung in den vordringlichen Bedarf

2021/22 aufgenommen werden. Darüber hinaus wird die Anbindung des Stadtteils Kreuzfeld im Zuge der Bebauungsplanung berücksichtigt.

- Zur Gewährleistung der gleichberechtigten Nutzungsmöglichkeit der ÖPNV-Angebote sind bedarfsorientiert ergänzende Zubringerdienste für mobilitätseingeschränkte Personen zu ÖPNV-Haltestellen zu verstärken bzw. einzuführen.
- Zur verbesserten Vernetzung der Veedel untereinander soll das Stadtbahnnetz flexibilisiert werden, z. B. durch die Erweiterung des ÖPNV-Netzes um weitere Stadtbahnlinien auf neuen und bestehenden Schienen. Zudem sollen eine Schnellbuslinie zwischen Porz und Rodenkirchen eingeführt, die Planung und Machbarkeitsstudie zum Ringschluss der Linie 13 – unter Berücksichtigung des Erhalts des Baumbestands und des Klettenberg-Marktes – verfolgt sowie der S-Bahnring ausgebaut werden.
- Zur Stärkung der rechtsrheinischen Anbindung wird die Planung für die Stadtbahnlinie auf der Frankfurter Straße und der Ausbau der Gleisdreiecke Deutzer Freiheit und Poststraße vorangetrieben. Ergänzend soll die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zu einem rechtsrheinischen Stadtbahnring von Stammheim über Kalk bis Zündorf erfolgen; die Trassen für mögliche neue Rheinquerungen, etwa in Poll oder Niehl, sollen freigehalten werden und in die Planung der ÖPNV-Erweiterung miteinfließen.
- Neben den stadtentwicklungspolitischen Zielen steht für uns die verkehrliche Weiterentwicklung zugunsten des Umweltverbunds im Vordergrund. Hierfür werden entsprechende Maßnahmen, die zu einer Verbesserung auf der Ost-West-Achse führen und die Förderfähigkeit beider Varianten nicht gefährden, vorab umgesetzt. Um hinsichtlich des weitergehenden Ausbaus Planungssicherheit zu haben, warten wir für die finale Variantenentscheidung die Ergebnisse der in der vergangenen Wahlperiode vereinbarten Planungen ab. Eine zügige Umsetzung der Interimslösungen werden wir forcieren.
- Zur kurzfristigen Stärkung des ÖPNV soll die Ausweisung neuer und Ausweitung bestehender Buslinien erfolgen. Dabei werden Vorrangefädelspuren an großen Ampelkreuzungen und eine Vorzugsbehandlung von emissionsarmen Schnellbussen auf möglichst eigenen Spuren geprüft. Wir betrachten Buslinien auch als Zwischenlösung für noch zu bauende Straßenbahnlinien, z. B. bei der Verlängerung der Linie 7.
- Die geplanten Fuß-, ÖPNV- und Radwegbrücken über den Rhein sollen mit Priorität umgesetzt werden.
- Wir erhöhen die Kapazität für die Züge auf der Ost-West-Achse, schaffen unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange der KVB ein umfassendes Nachtverkehrsangebot der KVB auch in den Außenbezirken und weiten den ÖPNV-Vorrang an Ampelschaltungen bis 2022 großzügig aus.
- Sollte das Pilotprojekt „Isi“ erfolgreich abschließen, wollen wir das *On-Demand*-Angebot zügig in den Außenbezirken und insbesondere im Rechtsrheinischen ausbauen.

- Zur KVB-Qualitätsoffensive soll das W-LAN an Haltestellen und in Fahrzeugen ausgebaut und Schwerpunkte auf eine stärkere Digitalisierung und die Schaffung intelligenter Lösungen gesetzt werden. Darunter fallen z. B. eine KI-gesteuerte vorbeugende Instandhaltung, die Bereitstellung nicht personenbezogener Daten als *Open Source* sowie der Ausbau von Informationssystemen zu Echtzeit-Auskünften.
- Lift- und Rolltreppenanlagen sollen verbesserte Instandsetzungsintervalle bekommen. Die Herstellung von Barrierefreiheit an Haltestellen soll zügiger fortgesetzt werden, auch wenn dies mit erhöhten Kosten einhergeht.
- Mehrsprachige Ansagen in den Zügen sollen Gästen bei der Orientierung helfen und unser Bekenntnis zu einem multikulturellen Köln untermauern.
- Der Ausbau von gesicherten Fahrradstellplätzen und der Einsatz von mehr Servicepersonal sollen für mehr Sicherheit sorgen.
- Durch eine Verbesserung der Sauberkeit sowie die sukzessive Erhöhung klimatisierter Stadtbahnen machen wir das Fahrgefühl angenehmer.
- Wir möchten ein vereinfachtes, flexibleres sowie sozialverträgliches (e-)Ticket- bzw. Bepreisungssystem prüfen lassen und schrittweise einführen. Denkbar sind Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder ein Einwohner*innenticket. Dazu sollen unterschiedliche Finanzierungsmodelle geprüft werden, da wir eine Erhöhung der Preise im ÖPNV vermeiden wollen, wohlwissend, dass der Ausbau des ÖPNV Priorität hat. Wir streben jedoch eine deutliche Reduzierung der VRS-Ticketpreise an, insbesondere auch die Abschaffung von Tarifsprüngen. Außerdem werben wir um finanzielle Unterstützung von Land und Bund.
- Gleichzeitig wollen wir digitale Lösungen vorantreiben, welche die Vernetzung unterschiedlicher Mobilitätsangebote (sogenanntes *Mobility as a Service*-Konzept) fördern und setzen dabei auf ein (e-)Ticket, das alle Formen des Umweltverbundes integriert.
- Um den Ausbau des ÖPNV weiter zu systematisieren, halten wir die Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle für Großprojekte für sinnvoll. Diese soll als Ansprechpartnerin für die verschiedenen ÖPNV-Trägerschaften – Stadtbahn, S-Bahn, DB-Regio und DB Fernverkehr – die Abstimmungen bündeln und auf Landes- sowie Bundesebene für finanzielle Unterstützung durch Investitionsförderprogramme werben.
- Bestehende Angebote wollen wir bedarfsorientiert durch innovative und klimafreundliche Lösungen ergänzen. Dazu prüfen wir z. B. aufbauend auf der Machbarkeitsstudie die Umsetzung eines in das ÖPNV-Angebot des „Nahverkehr Rheinland“ integrierten regionalen Wasserbusliniensystems mit alternativen Antriebsformen auf dem Rhein, welches Linienverbindungen innerhalb Kölns sowie mit Leverkusen und dem Rhein-Sieg-Kreis umfasst.

- 1238 • Wir prüfen die Umsetzung smarter alternativer Logistikkonzepten für die sogenannte
1239 „Letzte Meile“, wie geteilte Abholstationen, Mikrodepots sowie e- und Radlogistik sowie
1240 einem schienengebundenen Güterverkehr innerhalb Kölns nach dem Vorbild von Wien
1241 oder Leipzig.
- 1242 • Ansätze zu Seilbahntrassen, selbstfahrendem ÖPNV, der „Klüttenbahntrasse“ oder
1243 Optimierung der Busrouten mittels Künstlicher Intelligenz sollen weiterverfolgt werden.
- 1244 • Wir stehen zu einer ergänzenden Wasserstoff-Strategie für den ÖPNV unter Berück-
1245 sichtigung bereits vorhandener, nicht elektrifizierter Schienenstrecken sowie der Ab-
1246 schaffung aller Busse mit Verbrennungsmotor auf dem Kölner Stadtgebiet bis 2030.

1247 **Motorisierter Individualverkehr**

1248 Durch ein kluges Verkehrswegemanagement sollen Kölner Stadtteile und Straßenzüge ent-
1249 lastet und die Interessen der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden in Einklang gebracht wer-
1250 den. Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 1251 • Untersuchung aller Straßen auf ihren künftigen Nutzen hin mit dem Ziel, die Aufent-
1252 haltsqualität zu steigern und den Straßenraum für den Vorrang anderer Mobilitätsarten,
1253 wie ÖPNV, Fahrrad- oder Fußverkehr, anzupassen
- 1254 • Verkehrsströme sollen möglichst aus Stadtteilen herausgehalten werden
- 1255 • keine Erschließung Kreuzfelds zulasten umliegender Stadtteile
- 1256 • Umsetzung der geplanten Umgehungsstraße im Porzer Süden
- 1257 • Verkehrsplanung im Einklang mit *Vision Zero*
- 1258 • Reduzierung des Parkens im öffentlichen Raum im innerstädtischen Bereich
- 1259 • Regelung für Bustourismus, die zwar den touristisch notwendigen Zufahrtsverkehr wei-
1260 terhin ermöglicht, jedoch ein ungehindertes Einfahren in die Innenstadt sowie ein
1261 Durchqueren der Altstadt unterbindet
- 1262 • Ausbau der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebsformen

1263 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1264 • Der vorhandene Verkehrsraum soll neu aufgeteilt werden. Dazu wird im Rahmen einer
1265 Netzbetrachtung eine Anpassung an das bestehende Netz vorgenommen. Der stadt-
1266 weite Anteil des Umweltverbundes soll bis 2035 auf 75 Prozent und innerhalb der In-
1267 nenstadt von über 80 Prozent auf bis zu 90 Prozent erhöht werden.
- 1268 • Für den motorisierten Individualverkehr wird ein neues Grundnetz von Straßen für Lie-
1269 fer-, Wirtschafts-, Ansässigen-, Ziel- und Quellverkehre formuliert. Mit verkehrslenken-
1270 den Maßnahmen soll die Möglichkeit für Durchgangsverkehr in der Innenstadt reduziert
1271 werden.

- 1272 • Die Erreichbarkeit der Innenstadt für Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, wie
1273 z. B. Anwohnende, Handwerkerinnen und Handwerker, Lieferverkehre, Pflege- und
1274 Gesundheitsdienste bleibt erhalten.
- 1275 • Im Rahmen eines Verkehrsversuchs wollen wir prüfen, ob in Köln verkehrsarme Zonen
1276 nach dem Vorbild Barcelona und Gent realisierbar sind.
- 1277 • Straßen mit geringem Anteil an MIV sollen entsprechend den Richtlinien in Fahr-
1278 radstraßen oder als Fahrradzone umgewandelt werden; der MIV kann dort wo er noch
1279 benötigt wird untergeordnet den Straßenraum mitnutzen. Als erster Schritt werden vor-
1280 handene Tempo-30-Zonen zu Fahrradzonen ausgewiesen.
- 1281 • Geeignete Kreuzungen, Straßen und Kreisel sollen vermehrt als *Shared Spaces* aus-
1282 gebaut werden. Maßgeblich für den Ausbau ist das Gestaltungshandbuch. Für den
1283 künftigen Umbau von Kreuzungen werden verbindliche Planungsgrundsätze festge-
1284 legt. Freilaufende Rechtsabbieger sollen verstärkt zurückgebaut werden.
- 1285 • Wir wollen prüfen, ob mit einem geeigneten Steuerungsinstrument nach dem Vorbild
1286 anderer europäischer Städte die Zufahrt in die Innenstadt geregelt werden kann. Die
1287 ggf. entstehenden Einnahmen werden wir zur Verbesserung des ÖPNV nutzen. Dazu
1288 wird eine Kommission aus Verwaltung, Politik, Anliegenden und Körperschaften gebil-
1289 det, um die Evaluierung und Übertragbarkeit bereits bestehender Steuerungselemente
1290 zu vorzunehmen.
- 1291 • Beim Bau neuer (Entlastungs-)Straßen sollen gleichzeitig die zu entlastenden Straßen
1292 entsprechend zurückgebaut werden. Bestehende Straßenzüge werden instandgehal-
1293 ten bzw. zugunsten anderer Mobilitätsarten umgestaltet.
- 1294 • Durch weitere Digitalisierung und die Freigabe der Daten städtischer Signalanlagen als
1295 *Open Data* sollen Verkehre besser fließen.
- 1296 • Das Bündnis vertritt unterschiedliche Haltungen zur derzeit von der Autobahn GmbH
1297 geplanten Rheinspange A553. Sofern der Kölner Stadtrat hierzu Beschlüsse fassen
1298 wird, werden abweichende Voten durch die Kooperationsvereinbarung nicht ausge-
1299 schlossen.
- 1300 • Durch gezielte, der Örtlichkeit angepasste Maßnahmen wie verbesserte Verkehrsfüh-
1301 rung, digitale Leitsysteme, Verlagerung in Parkhäuser sowie durch eine intelligente Be-
1302 preisung des Parkraums und des „Anwohnerparkens“ sollen Flächen für eine zukunfts-
1303 fähige Stadtentwicklung mit Aufenthaltsqualität gewonnen werden.
- 1304 • Die Parkraumbewirtschaftung wird nach Wiener Vorbild auf die gesamte Stadt ausge-
1305 weitet. So wird auch die Gebühr für das „Anwohnerparken“ auf das Niveau europäi-
1306 scher Metropolen angeglichen. Nach einem Stichtag werden keine neuen Parkaus-
1307 weise mehr ausgegeben. Bei Umzug, Tod oder Abbestellung werden diese nicht neu
1308 vergeben.

- 1309 • Die Kölner Service-App „Sag’s uns“ wird um die Möglichkeit der Meldung von uner-
1310 laubten Parkplätzen erweitert. Das Parken in den Mittelalleen soll wenn möglich suk-
1311 zessiv unterbunden werden.
- 1312 • Vor allem Rundfahrten oder das Zubringen und Abholen von Besichtigungen oder
1313 Rundgängen sollen durch Bepreisung in Anlehnung an z. B. Rom stark eingeschränkt
1314 werden. Für diese Gruppen sollen klar definierte Aus- und Einsteigestellen eingerichtet
1315 werden. Zur Erarbeitung eines Konzeptes in Anlehnung anderer Europäischer Städte
1316 sind der Ring Deutscher Autobusunternehmen (RDA) und der Bundesverband Deut-
1317 scher Omnibusunternehmer (bdo) sowie KölnTourismus einzubinden.
- 1318 • Die Ladeinfrastruktur für alternative Antriebsformen und den Landstrom entlang des
1319 Rheins wird weiterhin ausgebaut.
- 1320 • Die Infrastruktur für Elektromobilität wird sowohl in den Außenbezirken als auch in
1321 Parkhäusern ausgebaut.

1322 **Flugverkehr**

1323 Wir als Bündnis unterstützen für eine breite Akzeptanz des regionalwirtschaftlich bedeutsamen
1324 Flughafens Köln/Bonn in der Bevölkerung einen tragfähigen Interessensausgleich zwischen
1325 der wirtschaftlichen Entwicklung auf der einen und dem Gesundheits- und Umweltschutz auf
1326 der anderen Seite. Hierfür setzen wir auf einen weiteren Ausbau des aktiven und passiven
1327 Schallschutzes und die Umsetzung einer wirksamen Lärmminderungsstrategie besonders in
1328 der Kernnachtzeit. Hierzu gehören eine signifikante Erhöhung der nächtlichen Start- und Lan-
1329 deentgelte für Passagiermaschinen inkl. einer weiteren Ausdifferenzierung der Lärm-Staffe-
1330 lung in den lärmsensitiven Zeiten sowie eine stärkere Überwachung der Flugrouten und einer
1331 entsprechenden Sanktionierung.

1332 Wir als Bündnis haben bei der Einführung einer nächtlichen Kernruhezeit zwischen 0 und 5
1333 Uhr sowie in Hinsicht auf ein Nachtflugverbot für den Frachtbereich im Rahmen einer EU-
1334 weiten Regelung unterschiedliche Positionen, über die wir aber – soweit der Rat dazu Ent-
1335 scheidungen zu treffen hat – im Dialog bleiben. Dies betrifft auch die Konkretisierung der
1336 nächtlichen Lärmobergrenzen, die Limitierung der absoluten Anzahl der nächtlichen Starts und
1337 Landungen sowie zukünftige Ausbauplanungen für den Flughafen Köln/Bonn. Über eine Ver-
1338 längerung der bis 2030 genehmigten Nachtfluggenehmigung für Frachtmaschinen werden wir
1339 zum gegebenen Zeitpunkt eine Verständigung erzielen.

1340 Zugleich sind weitere Maßnahmen zugunsten des Klimaschutzes einzuleiten, die das Ziel ha-
1341 ben, dass der Flughafen bis 2035 klimaneutral wird.

1342

Digitalisierung

Wir haben ein klares Zielbild: In den kommenden fünf Jahren möchten wir den Weg hin zu einer *Smart City* beschreiten, die die Wirtschaft stärker, unser Leben einfacher und das Klima besser macht. Wir wollen dies erreichen, indem wir gemeinsam mit der Stadtverwaltung einen Wandel der Haltung, einen sogenannten *Mindset-Change* durch Inspiration und das Fördern von Projekten agil begleiten. Damit uns diese digitale Transformation gemeinsam gelingt, möchten wir eng und vertrauensvoll mit der Stadt Köln und ihren Beschäftigten zusammenarbeiten. Dabei stehen für uns die Bürger*innen an erster Stelle. Auf dem Weg dahin setzen wir auf bewährte Verfahren, tauschen uns aktiv mit anderen Städten und ansässigen Unternehmen über *Best Practices* aus und fördern dabei Kooperationen.

In den kommenden fünf Jahren werden wir in der Stadt Köln erkennbar den Weg zu einer ganzheitlichen *Smart City* eingeschlagen. Dafür setzen wir uns folgende Ziele:

- Stärkung von Arbeitnehmer*innen und Unternehmen durch Digitalisierung
- Köln als Zuhause für neue innovative digital ausgerichtete Unternehmen
- Schrittweise Erweiterung des Zugangs zu digitalen Angeboten für Bürgerinnen und Bürger
- Orchestrierung der Chancen der Digitalisierung, sodass sie unserer Umwelt nutzen und einen wesentlichen Beitrag zum städtischen Klimaziel 2035 leisten, bzw. dem nicht entgegenstehen

Die Bereiche Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt greifen gleichberechtigt ineinander. Alle kommenden Maßnahmen sind darauf geprüft, ob sie zu den formulierten Zielbildern beitragen, und wir wollen diejenigen bevorzugen, die alle drei Bereiche umfassen.

Digitale Stadtverwaltung

Die Digitalisierung der Verwaltung muss einen weiteren Schub bekommen. Dafür wollen wir die Verantwortung für Digitalisierungsprozesse in der Stadtverwaltung bündeln und stärken. In der Stadtverwaltung erfolgt die Zusammenführung der mit IT und Digitalisierung beschäftigten Organisationseinheiten an einer Stelle. Sie sind verantwortlich für die Arbeit zur Umsetzung des Zielbildes einer *Smart City* und bilden innerhalb der Stadtverwaltung die zentrale inhaltliche Schnittstelle im Bereich *Smart City*, Digitalisierung und Digitalisierungsprozesse, auch zu den städtischen Beteiligungen und insbesondere dem Stadtwerke-Konzern (SWK). Die Verwaltung soll mit der Prüfung der organisatorischen Ausgestaltung der Digitalisierungseinheiten in Anlehnung an das Konzept eines dezernatsübergreifend wirkenden *Chief Digital Officers* beauftragt werden und einen Vorschlag für eine ggf. erforderliche personelle Zusammensetzung erarbeiten. Ebenso wollen wir das digitale Arbeiten in der Verwaltung in der Breite verbessern. Hierzu wollen wir die derzeit auf verschiedene Einheiten der Stadtverwaltung verteilten Maßnahmen in einer Organisationseinheit bündeln und mit passendem Personal weiter

1379 ausbauen. Die Mitarbeiter*innen der Stadt Köln sind für die aktuellen Aufgaben gut aufgestellt
1380 und wir sorgen auch zukünftig für eine passende Weiterbildung der städtischen Mitarbeiter*in-
1381 nen.

1382 Diese Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1383 • In einem ersten Schritt wird ein „Masterplan Digitalisierung“ für die städtische Digital-
1384 offensive mit transparenter Roadmap und smarten Zielen entwickelt, agil umgesetzt
1385 und mit nachvollziehbaren *Key Performance Indikatoren* (KPI) überprüft, z. B. mit dem
1386 „Smart City Index“.
- 1387 • Ein begleitendes Veränderungsmanagement nimmt die gesamte Verwaltung mit.
1388 Durch den Ausbau bereits vorhandener und den Aufbau neuer Netzwerke wird die In-
1389 nensicht aufgebrochen.
- 1390 • Für die Umsetzung des Prozesses ist die Akquise von Fördermitteln durch ergänzen-
1391 des Fachpersonal wichtig. Deshalb soll von der Organisationseinheit begleitend zum
1392 Masterplan eine Portfolio-Übersicht aller Fördermittel für den Rat, die Verwaltung und
1393 Unternehmen geschaffen werden.
- 1394 • In einer gemeinsamen politischen Offensive setzen wir uns mit der Stadtverwaltung für
1395 die Durchführung digitaler Rats- und Ausschusssitzungen auf Landesebene ein, um so
1396 eine Satzungsänderung der Gemeindeordnung zu erwirken.
- 1397 • Wir wollen, dass die Beschäftigten der Stadtverwaltung in allen digitalen Themen pass-
1398 genau weitergebildet werden, damit sie allen Bürger*innen in Zukunft dabei zur Seite
1399 stehen, in den vollen Genuss der digitalen Chancen zu kommen.
- 1400 • Wir möchten für neue duale IT-Ausbildungsgänge in den Bereichen Wirtschaftsinfor-
1401 matik, Digitalisierung und Informatik sorgen.
- 1402 • Wir erwarten, dass die Stadt darauf hinwirkt, dass die Hochschule für Polizei und öf-
1403 fentliche Verwaltung (HSPV) bereits die Laufbahnanwärter*innen auf die Digitalisie-
1404 rung der Verwaltung vorbereitet. Auch die Auszubildenden der Stadtverwaltung wer-
1405 den zu einer agilen Einstellung befähigt.
- 1406 • Die Verwaltungsmitarbeitenden können dank einer hausinternen *Academy* an über-
1407 greifenden, nicht nur an IT-Fragen orientierten digitalen Schulungen teilnehmen. Dies
1408 richtet sich nach den laufenden Prozessen und nicht nach Hierarchie, um so die digi-
1409 talen und agilen Skills passgenau auf- und auszubauen. Mittelfristiges Ziel ist es, die
1410 Mitarbeiter*innen für das *Citizen Development* fit zu machen.
- 1411 • Zusätzlich unterstützt ein interner Austausch (*Coffee and Learn*) über kreative und in-
1412 spirierende Projekte den Wandel. Ein am Zielbild ausgerichtetes Prämiensystem sorgt
1413 dafür, dass Ideen für neue digitale Prozesse belohnt werden.
- 1414 • Kurze Entscheidungswege sollen es einfacher machen, dass Beschäftigte gut doku-
1415 mentierte Prozesse automatisieren und damit Einsparungspotenziale erschließen.

- 1416 Diese führen zu einer schlanken Verwaltung, in der die Anzahl unbesetzter Stellen re-
1417 duziert wird.
- 1418 • Der Ausbau der digitalen Infrastruktur der Stadtverwaltung schafft die Voraussetzung
1419 für Heimarbeit (*Home Office*), die mit dem Familienleben vereinbar ist.
 - 1420 • Die gegenwärtige Corona-Pandemie soll insbesondere dafür genutzt werden, um die
1421 Prozesse der Gesundheitsämter zu digitalisieren und Fördermittel zu akquirieren, da-
1422 mit die Stadt bei kommenden Pandemien besser vorbereitet ist.

1423 **Daten als Quelle für Innovation**

1424 Wir verstehen die Stadt als offene Plattform für Digitalisierung bis hin zu *Open Data by Default*,
1425 damit Innovation nicht nur von innen (von der Verwaltung), sondern auch von außen (Unter-
1426 nehmen, Organisationen, Bürger*inneninitiativen) entstehen kann. Wir finden, dass datenge-
1427 triebene Ansätze (sog. *Data Centricity* und *Data Driven*) als Quelle für Innovation genutzt wer-
1428 den sollen. Dabei ist für uns ein Dreiklang beim Umgang mit Daten besonders wichtig: Erstens
1429 die persönlichen Daten der Bürger*innen, die sicher und datensparsam zu organisieren und
1430 keinesfalls kommerzialisierbar sind. Zweitens die anonymen Daten der Stadt Köln und ihrer
1431 städtischen Unternehmen, die sich besonders für Innovationen im privaten, Forschungs- oder
1432 Start-up-Sektor eignen und als offene Daten zur Verfügung gestellt werden sollten. Drittens
1433 die anonymen Daten, die sich für eine kommerzielle Weiterverarbeitung eignen. Die für alle
1434 zugänglichen und aufgrund von offenen und diskriminierungsfreien Lizenzen frei wiederver-
1435 wendbaren Daten werden zu einem bedeutenden Teil einer modernen Infrastruktur.

1436 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1437 • Es soll ein städtisches Daten-Ökosystem aufgebaut werden, von dem nicht nur die
1438 Verwaltung, sondern auch die Bürger*innen unserer Stadt und unsere Unterneh-
1439 men sowie Organisationen profitieren. Wir können uns vorstellen, dass in Köln an-
1440 sässige Start-ups einen kostenfreien Zugang erhalten und Kölner Unternehmen ab
1441 bestimmter Größe mit vergünstigten Lizenzen mit den Daten arbeiten dürfen.
- 1442 • Wir möchten zudem erreichen, dass www.offenedaten-koeln.de durch eine Öff-
1443 nung für nicht städtische Akteur*innen weiterentwickelt wird.
- 1444 • Darüber soll in der IT der Stadt Köln verstärkt auf *Open Source* und *Public Code*
1445 gesetzt werden. Hierbei wird *Public Money – Public Code* zum tragenden Prinzip:
1446 Software, die durch Steuergelder finanziert wurde, soll unter Einhaltung der Daten-
1447 sicherheit als freie Software zur Verfügung gestellt werden.
- 1448 • Da selbstlernende Software und Künstliche Intelligenz zu einem erheblichen Teil
1449 auf der Nutzung von Daten basieren, wollen wir gemeinsam dafür sorgen, dass
1450 dafür ethische Kriterien gelten. Dies erfordert eine regelmäßige Überprüfung, wobei

1451 auf den Vorrang von menschlichem Handeln und Aufsicht sowie Transparenz und
1452 Diskriminierungsfreiheit geachtet werden soll.

1453 **Digitale Bürger*innenservices**

1454 Den Ausweis vom Sofa aus beantragen, den Wohnort per Mausklick ummelden, das Auto
1455 online anmelden – so stellen wir uns digitale Bürger*innenservices mit Mehrwert vor. Kurz
1456 gesagt: Die Digitalisierung soll das Leben der Menschen in Köln einfacher machen.

1457 Dieses Ziel möchten wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1458 • Die digitalen *Self-Service*-Angebote der Verwaltung und der städtischen Unternehmen
1459 werden ausgebaut und häufige Dienstleistungen in Bürger*innen-Büros digital, inklusiv
1460 und diskriminierungsfrei verfügbar gemacht.
- 1461 • Mit einer Köln-App sollen digitale Services deutlich ausgeweitet werden.
- 1462 • Ein Bürger*innen-Konto soll dazu beitragen, dass die Registrierungs- und Authentifi-
1463 zierungsfunktionen gegenüber der Kommune vereinfacht werden und zudem die volle
1464 Kontrolle über Daten und deren Nutzung ermöglicht wird. Der elektronische Identitäts-
1465 ausweis (eID) soll ein Baustein der städtischen Online-Services sein.
- 1466 • Der Ansatz *digital first* soll gelten, wenn neue Dienstleistungsservices der Verwaltung
1467 umgesetzt werden, damit die städtischen Prozesse effizienter sowie transparenter wer-
1468 den und zu unserem Zielbild beitragen.
- 1469 • Bei der Entwicklung der Services nutzen wir die Innovationskraft der Wirtschaft, der
1470 Stadtgesellschaft und anderer Städte, indem wir Kooperationen eingehen und Funkti-
1471 onierendes wiederverwenden.

1472 **eSport & eHealth**

1473 Köln hat unbestritten zahlreiche Stärken. Zwei davon werden eine besondere Rolle für die
1474 Zukunft unserer Stadt spielen: Erstens schlägt in Köln das Herz des Gaming und zweitens ist
1475 unsere Stadt ein Schwergewicht im Gesundheitssektor. Wir möchten, dass „Sport“ und
1476 „Health“ in Köln vorne auch mit e geschrieben werden.

1477 Dieses Ziel wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1478 • Mit der gamescom setzt die Koelnmesse weltweit Maßstäbe für erfolgreiche eSports-
1479 und Gaming-Veranstaltungen. Uns liegt eine inklusive Gamingkultur besonders am
1480 Herzen, die Bedeutung der Kultur für Menschen aller Altersschichten ist uns bewusst.
1481 Daher möchten wir Veranstaltungen und Events rund um eSports und Gaming beson-
1482 ders unterstützen.
- 1483 • Gleichzeitig müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Spieleentwick-
1484 lung und Unternehmen aus der Branche in Köln ansiedeln. Dabei legen wir einen star-
1485 ken Fokus auf zukunftssträchtige Technologien wie *Augmented* und *Virtual Reality*.

- Wir möchten, dass ein Jugendzentrum für eSport gegründet wird. Hier sollen sich talentierte Jugendliche einerseits vernetzen und in ihrem Sport professionell weiterentwickeln können. Andererseits sollen die Jugendlichen von pädagogisch geschultem Personal bei der Entwicklung einer ausgewogenen Balance zwischen Schule, Gaming und anderen extracurricularen Aktivitäten unterstützt werden.
- Auch im Gesundheitssektor schreitet die Digitalisierung unaufhaltsam voran. Künftige Generationen werden medizinische Dienstleistungen in Anspruch nehmen können, die noch in den Kinderschuhen stecken oder heute noch gar nicht erdacht sind. Damit aber Innovationen im Bereich der Fernmedizin oder der medizinischen Robotik entstehen können oder damit Künstliche Intelligenz dabei helfen kann, Leben zu retten, braucht es bereits heute den konsequenten Ausbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur mit Glasfaser und 5G-Technologie. Dafür setzen wir uns ein, damit der Kölner Medizinsektor seinen Standortvorteil in der Region nicht nur behält, sondern weiter ausbaut und zukunftsfähige sowie hoch qualifizierte Arbeitsplätze entstehen.

1500 **Digitales Umfeld für Start-ups & Unternehmen**

1501 Wir möchten, dass sowohl Start-ups als auch etablierte sowie kleinere und mittlere Unternehmen in unserer Stadt ein digitales Spielfeld vorfinden, damit zukunftsfähige Jobs entstehen
1502 können. Mithilfe von Informationssystemen und Technologien sollen zur digitalen Nachhaltigkeit in Köln Güter und immaterielle Produkte wie Apps, Software oder digitale Informations-
1503 quellen entwickelt werden, die nachhaltige, barriere- und diskriminierungsfreie Ansätze verfolgen.

1507 Dieses Ziel wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Wir schaffen eigens für Start-ups einen mit ausreichend Personal versehenen „Welcome Desk“ z. B. mit einem oder einer Start-up-Beauftragten, das beste Rahmenbedingungen insbesondere für die oben genannten Projekte und Start-ups schafft, Potenziale prüft, Gründungen begünstigt, Markteintritte ermöglicht und internationale Fachkräfte mit digitalen Fähigkeiten gezielt anwirbt und unterstützt.
- Dies wird durch Start-up-freundliche Ausschreibungen der Stadt flankiert. Dazu gehört auch die intensive Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung, die diesen neuen Schwerpunkt z. B. durch Hilfe bei der Suche nach vorhandenen Büroflächen sowie Grundstücken mit der notwendigen IT-Infrastruktur fördert und unterstützt.
- Dem Kölner Einzelhandel in unseren Veedeln, dem Handwerk sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir den Weg in die digitale Welt ebnen. Deshalb ist zu prüfen, wie der elektronische Handel z. B. durch Veedels-Plattformen, eine Köln-App oder digitale Gutscheine unterstützt werden kann.

- 1521 • Die Stadt unterstützt dabei, Digitalisierungsgutscheine der Landesregierung abzurufen, mit denen der Digitalisierungsgrad überprüft und erhöht werden kann, und unterstützt bei der Recherche und Abrufung weiterer Fördermittel.
- 1522
- 1523
- 1524 • Ebenso sehen wir eine Stärke Kölns im Versicherungssektor. Über das „InsurLab“ haben wir das Ziel verfolgt, innovative Lösungen durch die enge Vernetzung von Startups und Hochschulen mit etablierten Versicherungen, führenden Dienstleistungsunternehmen und Branchenexpert*innen zu entwickeln. Diesen Ansatz wollen wir fördern und weiterentwickeln.
- 1525
- 1526
- 1527
- 1528

1529 **Digitale Bildung**

1530 Durch die Pandemie sind Kölns Schülerinnen und Schüler, unsere Lehrerinnen und Lehrer und auch die Eltern unverhofft in digitale Lernwelten eingetaucht. Dabei sind Defizite in der digitalen Bildung und Ausstattung zutage getreten. Wir nehmen das als Anlass und Ansporn, der digitalste Schulstandort unter den deutschen Großstädten zu werden. Gemeinsam mit der städtischen NetCologne haben wir dafür eine gute Ausgangslage. Die Bildung der Kölnerinnen und Kölner muss uns aber auch außerhalb der Schule interessieren. In einer Welt, in der digitale Fähigkeiten immer wichtiger werden, darf kein Mensch von der Digitalisierung abgehängt werden. Wir möchten allen die Chance anbieten, die eigene Medien- und Digitalkompetenz aus- und weiterzubilden, sei es an den weiterführenden Schulen, an den Hochschulen oder an der Volkshochschule. Ziel ist, einen mündigen und kritischen Blick auf die neuen Technologien zu ermöglichen.

1531

1532

1533

1534

1535

1536

1537

1538

1539

1540

1541 Diese Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen.

- 1542 • Wir wollen die Umsetzung der Digitalisierung und eine zeitgemäße digitale Ausstattung aller Schulen beschleunigen sowie für eine unterrichtsfähige Ausstattung und flächendeckende, stabile WLAN-Verbindungen sorgen.
- 1543
- 1544
- 1545 • Um das Interesse für IT zu wecken, sollten Schulen kostenfreien Zugang zu offenen Daten der Stadt und ihrer städtischen Unternehmen erhalten, wenn datengestützte Projekte umgesetzt oder Facharbeiten geschrieben werden.
- 1546
- 1547
- 1548 • Zudem möchten wir die digitale Teilhabe sicherstellen. Dabei setzen wir einerseits auf private Endgeräte, wie Laptops, Smartphones oder Tablets. Wir sorgen aber andererseits auch dafür, dass Schüler*innen ohne ausreichende eigene Ausstattung (z. B. mobile Endgeräte, WLAN) für digitalen Präsenzunterricht oder Homeschooling bedarfsgerecht ausgestattet werden.
- 1549
- 1550
- 1551
- 1552
- 1553 • Wir streben an, allen schulpflichtigen Kindern den Zugang zum Internet zu ermöglichen, wenn dies nicht durch das häusliche Umfeld gewährleistet werden kann.
- 1554

- Zudem möchten wir, dass an jeder Schule Personal für IT-Support und Systemadministration die Schulen und das Lehrpersonal gezielt bei der Anwendung und dem Ausbau der Digitalisierung an Schulen unterstützt und die notwendige Verfügbarkeit von Hard- und Software sicherstellt. Es geht darum, ein digitales Mindset und digitale Skills der Lehrer*innen zu entwickeln und darum, eine zentrale stadtweite Plattform für digitalen Unterricht zu etablieren.
- Wir wollen die duale Ausbildung an den Kölner Berufskollegs stärken, indem wir neue Optionen zur Qualifizierung von Arbeitskräften für den Kölner Arbeitsmarkt eröffnen.
- An den Hochschulen wollen wir städtischerseits die Voraussetzung schaffen, dass die MINT-Fächer und damit die für die Digitalisierung relevanten Unterrichts- und Studienfächern gestärkt werden sowie geeignete Voraussetzungen finden.
- Mit einem Hochschulverbund von privaten und öffentlichen Hochschulen zum Thema Digitalisierung unter Beteiligung der städtischen Betriebe und der RWTH initiieren wir eine Innovationsregion, die auch ein Ort für eine *Coding University* sein soll.
- Über ein geeignetes Lizenzmodell soll die Stadt datenbezogene Forschungsprojekte von Hochschulen und Start-ups mit datengetriebenen Geschäftsmodellen besonders fördern.
- Die Volkshochschule soll ihr Profil als Anbieterin für digitale Schulungen auf Basis der oben beschriebenen Anforderungen auf- und ausbauen.

Digitale Barrierefreiheit

Wir wollen den Zugang und die Nutzung von digitalen Ressourcen für alle fördern. Deshalb kümmern wir uns besonders um wirtschaftlich und sozial benachteiligte Personen.

Dieses Ziel wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Die Stadt fördert die individuelle Beschaffung von Hard- und Software zur Nutzung digitaler Medien, die der Inklusion und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit kognitiven Einschränkungen dienen und leistet bei der Beantragung durch Dritte Hilfe.
- *Ambient Assisted Living*, also digitale Assistenzlösungen für ein selbstbestimmtes Leben, ermöglicht immer mehr Menschen mit Behinderung, aber auch Senior*innen weitergehende Selbstständigkeit im eigenen Haushalt. Dieser Bereich wird gefördert und *Gateway*-Lösungen in den öffentlichen Raum unterstützt. *Ambient Assisted Living* wird in Richtung *Ambient Assisted Working* erweitert.
- Wir werden ferner darauf achten, dass durch die fortschreitende Digitalisierung niemand abgehängt wird und weiterhin analoge Ausweichmöglichkeiten vorhalten.

Digitale Infrastruktur

Die physische Infrastruktur soll für die Digitalisierung weiter fit gemacht werden und somit dazu beitragen, dass digital vernetzte Verkehre weniger Emissionen produzieren. Wir wollen den

1591 stadtweit lückenlosen Ausbau leistungsstarker und technologieoffener Funknetze vorantrei-
1592 ben.

1593 Diese Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1594 • Durch digitale Technologien wird ein Energiemanagement in Abhängigkeit der Echt-
1595 zeit-Nachfrage möglich und die Verkehre sowie Lichtquellen können so ausgewertet
1596 und smart gelenkt werden, dass Emissionen reduziert werden.
- 1597 • Wir lassen prüfen, welche Teststrecken für Mobilität und Automotive geschaffen wer-
1598 den können, um z. B. autonomes Fahren von Kleinbussen im ÖPNV und smarte Lo-
1599 gistik zu ermöglichen: Wir wollen Erfahrungen sammeln in den Bereichen Datentrans-
1600 fer, Micro-Hubs mit e-Ladesäulen für Lastkraftfahrzeuge und Induktionsstationen und
1601 unterstützen so die Mobilitätswende.
- 1602 • Mit der Erweiterung des Netzes auf das *Internet of Things* (IOT) können Dekarbonisie-
1603 rungsprojekte für die Stadt und die städtischen Betriebe vorangetrieben werden.
- 1604 • Wir wollen eine Organisationsstruktur prüfen, die den Ausbau des Netzes vorantreiben
1605 kann. Diese soll für lokale, technologieoffene Strukturen ein stadtweit lückenloses, leis-
1606 tungsstarkes Netzwerk auf Basis von Glasfaser, 5G, WLAN, LoRaWAN oder Sensoren
1607 schaffen. WLAN ist in der gesamten Stadt kostenfrei zugänglich.
- 1608 • Wir prüfen neue Technologien wie z. B. *Starlink*, um den Standortvorteil weiter auszu-
1609 bauen, sowie ggf. Kosten zu sparen und Lücken in der Versorgung zu schließen.

1610

1611 **Soziales, Gesundheit & Sport**

1612 **Soziales**

1613 Wir als Bündnis verfolgen mit unserer Sozialpolitik für Köln das Ziel einer solidarischen und
1614 vielfältigen Stadtgesellschaft. Wir wollen Chancengleichheit und Teilhabe aller Menschen am
1615 gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben vorantreiben sowie die Eigenstän-
1616 digkeit und Selbstbestimmung der Kölnerinnen und Kölner stärken. Eine bedarfsgerechte Aus-
1617 richtung der Sozialpolitik braucht im Hinblick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie
1618 mehr denn je zielgerichtete Unterstützungsangebote durch das breite soziale Hilfesystem,
1619 Präventionsarbeit sowie Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen das breite Netzwerk der sozialen Hil-
1620 fen sowie die differenzierten Angebote im gesundheitlichen Bereich erhalten und bedarfsge-
1621 recht weiterentwickeln.

1622 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 1623 • Ausbau und Förderung der sozialen Hilfen und der Sozialarbeit
- 1624 • Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivität
- 1625 • effektive Bekämpfung sozialer Ungleichheit

1626 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1627 • Mit uns wird es keine Kürzungen im Sozialbereich geben. Stattdessen werden wir die
1628 sozialen Angebote unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Pandemie bedarfs-
1629 gerecht und wirkungsorientiert ausbauen.
- 1630 • Die niedrigschwellige Sozialarbeit, die sogenannte Gemeinwesenarbeit (GWA) und
1631 das Programm „Lebenswerte Veedel“ werden wir weiter ausbauen, um die Lebensbe-
1632 dingungen in den benachteiligten Quartieren zu verbessern.
- 1633 • In diesem Frühjahr 2021 erwarten wir den von uns beauftragten ersten Lebenslagen-
1634 bericht (LLB), sogenannten Armuts- und Reichtumsbericht, für Köln. Die Auswertung
1635 soll uns kommunale Möglichkeiten aufzeigen, Armut zu bekämpfen. Wir werden be-
1636 darfsgerechte und zielgerichtete Handlungsoptionen und Maßnahmen daraus ableiten
1637 und umsetzen sowie vorhandene soziale Angebote und Programme wirkungsorientiert
1638 miteinander verzahnen.
- 1639 • Die sozialen Hilfen müssen leicht auffindbar und barrierefrei auf der Webseite der Stadt
1640 Köln aufgelistet werden.
- 1641 • Über die Förderung der bestehenden Bürger*innenhäuser und Bürger*innenzentren
1642 hinaus werden zivilgesellschaftliche Initiativen insbesondere durch die Bereitstellung
1643 oder Finanzierung von Räumlichkeiten unterstützt.

1644 **Beschäftigung**

1645 Arbeit und existenzsichernde Löhne sind Voraussetzung für ein von Hilfeleistungen unabhängiges Leben. Dafür setzen wir uns folgende Ziele:

- 1647 • gezielte Förderung der Beschäftigung in Köln
- 1648 • Erweiterung und Ausbau der Beratungsstellen
- 1649 • Erhalt und Ausbau sozialer Standards auf dem Arbeitsmarkt

1650 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1651 • Wir werden das „Kommunale Beschäftigungsförderungsprogramms“ („KomProArbeit“) evaluieren und Maßnahmen ableiten, um insbesondere langzeitarbeitslose Menschen wieder in Beschäftigung und Arbeit zu bringen.
- 1652
- 1653
- 1654 • Darüber hinaus werden wir die seit vielen Jahren bewährten städtischen Teilprogramme „Win-Win für Köln“ und „Wir im Quartier“ erhalten und ggf. ausweiten.
- 1655
- 1656 • Kommunale Strukturen der unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren werden wir fortentwickeln.
- 1657
- 1658 • Die Stadt Köln wird als gute Arbeitgeberin weiterhin Vorbild für soziale Standards sein
- 1659 und beschäftigtenfreundliche Arbeit in Köln stärken.

1660 **Senior*innen**

1661 Ältere Menschen sollen möglichst lange ihr Leben selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 1663 • Sicherung eines selbstständigen und selbstbestimmten Lebens bis ins hohe
- 1664 Alter
- 1665 • Sicherung der sozialen Teilhabe für ältere Menschen
- 1666 • Minderung von Altersarmut

1667 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 1668 • Wir werden dafür sorgen, dass Angebote des alltäglichen Bedarfs ebenso wie ambulante und hauswirtschaftliche Dienstleistungen fußläufig und bedarfsgerecht in allen
- 1669
- 1670
- 1671
- 1672
- 1673 • Das Programm der präventiven Hausbesuche für Menschen ab 75 Jahre wollen wir evaluieren und die Besuchshäufigkeit und das dafür notwendige Personal ggf. bedarfsgerecht anpassen.
- 1674
- 1675
- 1676 • Gesundheitserhaltende und -fördernde Sportangebote sowie Selbstbehauptungskurse
- 1677 für ältere Menschen sollen ausgebaut werden.

- 1678 • Wir werden mehr Aufklärung zum Anspruch auf Grundsicherung im Alter und über
1679 Maßnahmen gegen Altersarmut schaffen.
- 1680 • Wir sorgen für die Förderung von innovativen Wohnformen, u. a. Mehrgenerationen-
1681 Wohnen und Wohnangebote für queere Seniorinnen und Senioren und Menschen mit
1682 Behinderung.
- 1683 • Wir werden mehr barrierefreien und generationenübergreifenden Wohnraum in den
1684 Kölner Stadtteilen schaffen, damit ältere Menschen und auch Menschen mit körperli-
1685 chen und kognitiven Einschränkungen in ihren angestammten Vierteln bleiben können.
1686 Um dies zu ermöglichen, möchten wir zudem die Möglichkeiten von Wohnungstausch
1687 und Ersatzwohnraum im Umfeld stärken.

1688 **Gesundheit**

1689 Die demografische Entwicklung erzwingt den Ausbau der pflegerischen und pflegeergänzen-
1690 den Versorgung. Vorrangiges Ziel ist dabei die Sicherung des Lebens zu Hause. Daher steht
1691 der Ausbau der ambulanten, teilstationären, wohnungsbezogenen und niedrigschwelligen Hil-
1692 fen im Vordergrund.

1693 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 1694 • Erhalt und Ausbau der Beratungsangebote
- 1695 • Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in Pflegeberufen
- 1696 • Ausbau des Angebots an vorstationären Pflegemöglichkeiten
- 1697 • Stärkung des Gesundheitssektors
- 1698 • Verbesserung des Präventions- und Unterstützungsangebot für Sucht- und
1699 psychisch Kranke
- 1700 • Sicherstellen einer durchgängigen zuverlässigen medizinischen Versorgung in
1701 allen Veedeln

1702 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

1703 **Alter und Pflege**

- 1704 • Wir werden den Trägerschaften der ambulanten und stationären Angebote Anregun-
1705 gen zur Angebotsentwicklung geben und Planungsgrundlagen zur Verfügung stellen.
- 1706 • Wir werden die bestehenden Beratungsstellen zum Thema Pflege für Angehörige und
1707 Betroffene in den Stadtbezirken erhalten. Die Angebote zur Unterstützung im Alltag
1708 müssen ausgebaut werden. Insbesondere für Demenzkranke und ihre Angehörigen
1709 sind Unterstützungs-, Beratungs- und Entlastungsangebote wesentlich, dazu gehört
1710 u. a. Information und Sensibilisierung der Bevölkerung für die Demenz-Krankheit z. B.
1711 durch Demenzlotsen.

- 1712 • Die Sicherung und Verbesserung der Situation des Fachkräftemarktes benötigt neben
1713 Anwerbung von Fachkräften und Berufsrückkehrenden, Stundenaufstockungen, Um-
1714 schulungen und ausbildungsbegleitenden Hilfen einen erheblichen Ausbau der Ausbil-
1715 dungskapazitäten. Ein wesentlicher Beitrag werden die Bereitstellung von preiswertem
1716 Wohnraum für Auszubildende durch städtische bzw. stadtnahe Wohnungsträgerschaf-
1717 ten, kostenloser Zugang zum ÖPNV und Kinderbetreuungsmöglichkeiten sein.
- 1718 • Plätze in der Tagespflege und in der Kurzzeitpflege müssen im gesamten Stadtgebiet
1719 ausgebaut werden.
- 1720 • Das Angebot an Servicewohnen und Pflege-Wohngemeinschaften ist als zentrales
1721 Element des vorstationären Bereichs auszubauen. Die Betreuungsangebote sollten ein
1722 gutes Servicespektrum umfassen, transparent und individuell gestaltbar und zugleich
1723 für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sein.
- 1724 • Der Ratsbeschluss, dass bei allen Planungen von Baugebieten Grundstücke für den
1725 Pflegeheimbau vorgesehen werden sollen, wird umgesetzt. Darüber hinaus soll bei al-
1726 len Grundstücksverkäufen, Erbbaurechtsbestellungen und in Fällen der Nutzung des
1727 Vorkaufsrechts die Eignung der Grundstücke für den Pflegeheimbau geprüft und die
1728 Flächen von der Stadt zwecks Übertragung an geeignete Trägerschaften gesichert
1729 werden.
- 1730 • Bei allen Angeboten ist auf Kultursensibilität und spezifische Angebote, z. B. für queere
1731 Menschen, zu achten. Auch sollen Möglichkeiten geschaffen werden, generationsüber-
1732 greifende Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und stationärem Wohnen für
1733 ältere Menschen zu verbinden.
- 1734 • Wir werden die die Prüfung eines entsprechenden Finanzierungsrahmens für die Wie-
1735 dereinführung der Familienpflege umsetzen, um der Vereinbarkeit von Familie und Be-
1736 ruf gleichermaßen Rechnung zu tragen.

1737 **Krankenhausversorgung**

- 1738 • Wir wollen den Verbund aus den Kliniken der Stadt Köln und dem Universitätsklinikum
1739 Köln auf der Grundlage des Ratsbeschlusses 3050/2019 umsetzen. Angebote der
1740 Hochleistungsmedizin sollen sowohl links- als auch rechtsrheinisch sichergestellt wer-
1741 den; das schließt damit verbundene Angebote medizinischer, insbesondere neurologi-
1742 scher Rehabilitation ein. Die Wahrung der Arbeitnehmer*innenrechte ist uns dabei un-
1743 verzichtbares Ziel. Die Sanierung der Kliniken der Stadt Köln bleibt unabhängig davon
1744 vorrangige Aufgabe. Eine Veräußerung der Kliniken der Stadt Köln, auch von Teilen,
1745 an Dritte schließen wir aus.
- 1746 • Wir setzen uns für die wirtschaftliche und medizinische Weiterentwicklung des Gesund-
1747 heitsstandortes ein.

- 1748 • Die Engpässe in der Geburtshilfe werden wir in der Kommunalen Gesundheitskonferenz thematisieren und an die Bezirksregierung herantragen. Neben einem weiteren
1749 Geburtshaus werden wir die Errichtung mindestens eines von Hebammen und Ge-
1750 burtshelfern betriebenen Kreißsaales unterstützen.
1751
1752 • In der Kommunalen Gesundheitskonferenz thematisieren wir notwendige Verbesse-
1753 rungen im Umgang mit Menschen mit Unterstützungsbedarf und werden diese gegen-
1754 über LVR und Bezirksregierung kommunizieren.

1755 **Prävention**

- 1756 • Die personelle und sächliche Ausstattung des Gesundheitsamts wird so gestärkt, dass
1757 sowohl die gesetzlichen Pflichtaufgaben als auch die Beschlüsse des Rates der Stadt
1758 Köln sachgerecht und zeitnah umgesetzt werden können; die Besetzung von Planstel-
1759 len ist so schnell wie möglich über marktorientierte Vergütung zu sichern.
1760 • Zur Gefahrenabwehr zukünftiger Pandemien werden wir dafür sorgen, dass in ausrei-
1761 chendem Maß Schutzausrüstungen vorgehalten werden.
1762 • Die Stadt Köln wird ihre digitale Gesundheitsplattform optimieren.
1763 • Besonders in unterversorgten Stadtbezirken werden wir weiterhin auf den Betrieb von
1764 Notfallpraxen und auf die fachärztliche Versorgung (z. B. Kinder- und Jugendheil-
1765 kunde) durch die Kassenärztliche Vereinigungen drängen.
1766 • Die städtische Förderung der Sozialpsychiatrischen Zentren und des Sozialpsychiatri-
1767 schen Dienstes wird so ausgeweitet, dass in allen Stadtbezirken gleiche Angebots-
1768 strukturen erreicht und gesichert werden.
1769 • Die Stadt Köln wird weiterhin Mittel für gesundheitsfördernde bzw. gesundheitsstabilisierende Selbsthilfegruppen zur Verfügung stellen und dabei insbesondere Vorhaben,
1770 krankheitsspezifische Selbsthilfegruppen für psychische Erkrankungen zu gründen,
1771 unterstützen.
1772
1773 • Wir werden neue Angebote für die psychosoziale Unterstützung von Angehörigen
1774 chronisch kranker Menschen und besonders für Kinder und Jugendliche anregen. Die
1775 Jugendhilfe werden wir auffordern, hier neue Zugänge z. B. über soziale Medien zu
1776 erproben.
1777 • Wir werden mit wissenschaftlicher Unterstützung die Entwicklung und Erprobung wirk-
1778 samer Interventionen zum Thema Adipositas bei Kindern in Auftrag geben. Die Ge-
1779 sundheitsförderung wird durch frühkindliche Bildungs- und Beratungsangeboten in
1780 Kitas und Schulen intensiviert (Lebensstil, Ernährung, Sport etc.).
1781 • Der Bedarf an Nothilfen für Menschen ohne Papiere wird überprüft, ggf. werden die
1782 Hilfen ausgeweitet. Wir unterstützen gesetzgeberische Initiativen, ihren Zugang zum
1783 Gesundheitssystem zu regeln genauso wie kommunales Handeln für diese Menschen

- 1784 („anonymer Krankenschein“). Ähnliche Angebote sollen auch für Menschen, die be-
1785 rufsbedingt Synonyme verwenden, vorgehalten werden.
- 1786 • Wir werden Maßnahmen finanziell fördern, um präventive Angebote für Menschen mit
1787 Behinderungen barrierefrei bis zur Behandlung zu ermöglichen.
- 1788 • Wir wollen die Hospizplätze und die palliative Versorgung ausbauen sowie die Vernet-
1789 zung von bestehenden Einrichtungen, Leistungsträger*innen und Organisationen
1790 durch die Palliativnetzwerke fördern. Dies gilt auch für die Palliativ-Versorgung von
1791 Kindern.
- 1792 • Die Angebote für suchtkranke Menschen werden auf beiden Rheinseiten durch den
1793 Aufbau weiterer qualifizierter Drogenkonsumräume erweitert (mind. einer auf jeder
1794 Rheinseite). Weiterhin wird das Angebot an Streetwork und die Überlebenshilfen aus-
1795 geweitet. Die Standorte werden mit Hilfe eines evidenzbasierten Vorgehens zunächst
1796 mit unseren Drogenkonsum-Mobilen getestet. Diese werden frei, sobald wir den festen
1797 Drogenkonsumraum im Gesundheitsamt am Neumarkt in Betrieb genommen haben.
1798 Zur Weiterentwicklung der Drogenhilfeangebote werden wir die Ergebnisse der von
1799 uns beauftragten gesamtstädtischen Studie zum Drogenkonsum auswerten.
- 1800 • Wir unterstützen eine Erweiterung der Präventionsmaßnahmen an Schulen und die
1801 Schaffung niedrigschwelliger Angebote für Suchtkranke. Die Suchtprävention wird u. a.
1802 in Bezug auf Alkohol- und Spielsucht und weitere nicht-stoffgebundene Abhängigkeiten
1803 ausgebaut.
- 1804 • Für die Freiwilligen Feuerwehren werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um deren
1805 räumliche und sächliche Ausstattung auf einem den aktuellen Anforderungen entspre-
1806 chenden Niveau zu garantieren.
- 1807 • Wir wollen eine dauerhafte und regelgerechte Hubschrauberbetriebsstation bis Mitte
1808 der Wahlperiode errichten und unterhalten. Wir werden eine zeitnahe Klärung zur dau-
1809 erhaften Nutzung der Interims-Station herbeiführen. Beim derzeitigen Provisorium am
1810 Flughafen Köln/Bonn muss kurzfristig der Arbeitsschutz verbessert und dem Infekti-
1811 onsschutz auch unter Pandemiebedingungen Rechnung getragen werden. Den Zu-
1812 gang der Crews zum Flughafengelände werden wir in Abstimmung mit den Sicherheits-
1813 behörden vereinfachen und erleichtern.
- 1814
- 1815
- 1816
- 1817

1818 **Sport**

1819 Sport bewegt, fördert die Gesundheit, bringt Menschen zusammen und stärkt den sozialen
1820 Zusammenhalt.

1821 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 1822 • Sanierung und Ausbau von Sportanlagen
- 1823 • barrierefreier Zugang zu Kölner Sportstätten
- 1824 • Ausbau des Beratungs- und Informationsangebots für alle Generationen
- 1825 • Verbesserung der Nutzungsauslastung der vorhandenen Sportstätten
- 1826 • Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Sportvereinen und -initiativen

1827 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen umsetzen:

- 1828 • Wir werden die in der vergangenen Periode beschlossenen Erhöhungen des Sporte-
1829 tats beibehalten und entsprechend dem Bedarf, der sich aus dem Sportentwicklungs-
1830 plan ergibt, ggf. aufstocken.
- 1831 • Die nachhaltige Sanierung und Modernisierung der Kölner Sportanlagen wird konse-
1832 quent und schneller als bisher umgesetzt und dort, wo Bedarf besteht, neue Anlagen
1833 geschaffen. Wir wollen ein Sportanlagenkataster durch die Stadt Köln implementieren,
1834 um eine zeitnahe Sanierung von Sportanlagen mit Mängeln zu gewährleisten.
- 1835 • Durch eine innovative Stadtplanung werden wir weitere kostenlose, frei zugängliche
1836 Sport- und Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen, z. B. durch Sport-
1837 flächen auf Gebäudedächern.
- 1838 • Die Barrierefreiheit wird möglichst schnell in allen Kölner Sportstätten gewährleistet
1839 sein.
- 1840 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein inklusiver Sportpark in Köln entsteht.
- 1841 • Die Ausweitung der Schwimmflächen in Köln und der Neubau von jeweils links- und
1842 rechtsrheinisch einem zusätzlichen Schwimmbad ist notwendig. Hierbei soll eine örtli-
1843 che Nähe zu Schulneubaten angestrebt werden. Das Programm „Sicher Schwimmen!“
1844 für Grundschulkinder soll fortgesetzt werden.
- 1845 • Wir als Bündnis werden die Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen, Schulen
1846 und Angeboten der Jugendhilfe stärken; dabei sollen die Schulhöfe und Schulsportan-
1847 lagen für die Menschen im Viertel geöffnet und alle für den Vereinssport genutzten
1848 städtischen Sporthallen auch während der Schulferien für die Sportvereine nutzbar ge-
1849 macht werden.
- 1850 • Zur Förderung des Breiten- und Vereinssports werden weiter alle Schulturnhallen mög-
1851 lichst als Mehrfachturnhallen gebaut werden.

- 1852 • Durch die Einführung eines digitalen Verfügbarkeits- und Buchungsmanagement durch
1853 die Stadt, das die Mitarbeitenden der Stadt Köln entlastet und größtmögliche Auslas-
1854 tung gewähren soll, kann eine möglichst effiziente Ausnutzung bereits vorhandener
1855 Sportstätten gewährleistet werden.
- 1856 • Die Stadt Köln-App wird um Informationen zu Sportangeboten im gesamten Kölner
1857 Stadtgebiet erweitert.
- 1858 • Das generationenspezifische Bewegungs- und Sportangebote für Kinder und Jugend-
1859 liche sowie Ältere soll ausgebaut werden.
- 1860 • Wir werden auch Kölnerinnen und Kölnern mit geringem Einkommen den besseren
1861 Zugang zu Sportangeboten ermöglichen.
- 1862 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass weitere Sport-KIOSKE, gleichmäßig und be-
1863 darfsgerecht verteilt im Stadtgebiet, errichtet werden.
- 1864 • Das Programm „Kölle Aktiv“ soll in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund um wei-
1865 tere Zeiträume ausgeweitet werden.
- 1866 • Bei einem Jugendzentrum werden wir das Angebot für eSport (kompetitives Gaming)
1867 unter pädagogischer Leitung als Modellprojekt realisieren und weitere Kooperationen
1868 prüfen.
- 1869 • Die Angebote von Mitternachtssport sollen weiter gefördert werden.
- 1870 • Vereine, die vorbildliche Antidiskriminierungsarbeit leisten, werden wir besonders un-
1871 terstützen.
- 1872 • Wir setzen uns für die Förderung der Nachhaltigkeit im Sport ein: durch die Einführung
1873 von Nachhaltigkeitsstandards bei sportlichen Großveranstaltungen, die Aufnahme von
1874 Kriterien der Nachhaltigkeit in die Sportförderrichtlinien und die Einführung einer För-
1875 derung für Naturrasen in bestehende Sportplatz-Förderprogramme.
- 1876

1877 **Schule, Kinder & Jugend**

1878 **Bildung in Schulen – und darüber hinaus**

1879 Wir setzen uns ein für ein gerechtes, vielfältiges und Chancen eröffnendes Schulwesen, das
1880 die Kinder und Jugendlichen auf bestmögliche Weise fördert und soziale Bildungsbenachteiligungen abbaut, sowie für die Schaffung von ausreichenden und gut ausgestatteten Schulplätzen und eine wohnortnahe Versorgung. Wir bekennen uns ausdrücklich zur UN-Behindertenrechtskonvention und wollen das Recht auf eine reale Umsetzung der Teilhabe, die sich am Kindeswohl orientiert, in Köln geltend machen. Dazu verfolgen wir die im Folgenden ausgeführten Zielsetzungen und Vorhaben.

1886 **Schulneubau, Instandhaltung & Sanierung & Schulerweiterung**

- 1887 • Wir werden eine zügige Umsetzung der geplanten Schulbauprojekte und zusätzlicher
1888 Gebäude für nachgefragte Schulplätze erreichen. Dazu werden wir den Schulbau beschleunigen, z. B. durch ein weiteres Schulbaupaket, und darauf achten, dass Grundstücksflächen für den Schulbau gesichert werden. Beschleunigte Interims-Lösungen
1889 sollen ebenfalls zur Entlastung der beengten Raumsituation beitragen.
- 1892 • Beim Neubau von Schulen wird das Raumprogramm für verschiedene pädagogische
1893 Konzepte ausgelegt, um inklusiven Unterricht zu ermöglichen.
- 1894 • Zudem sollen Schulgärten vorgesehen werden. Um mögliche zusätzliche Flächenpotenziale auf den Schulgrundstücken und in den Schulgebäuden zu identifizieren, soll
1895 die Verwaltung ein Flächenkataster erstellen.
- 1897 • In neuen Baugebieten muss die Bildungsinfrastruktur zwingend parallel zum Wohnungsbau entstehen.
- 1899 • Wir wollen das durch die Corona-Pandemie deutlich gewordene notwendige Umdenken von Schule im Hinblick auf Infrastruktur (z. B. Raumaufteilung, Ausstattung, digitaler Unterricht) unterstützen. Hierbei werden wir erweiterte Konzepte der Schulen
1900 durch die Flexibilisierung der Bauweise von Schulen ermöglichen.
- 1903 • Bestehende Mensen sollen eine bedarfsgerechte Ausstattung erhalten. Bei Neubauten
1904 sollen die Mensen direkt mit Kochküchen ausgestattet werden.
- 1905 • Die bedarfsgerechte Sanierung von Schulen werden wir beschleunigen, um die vorhandenen Schulplätze zu sichern.
- 1907 • Die dringend notwendige Sanierung und Instandhaltung von Toilettenanlagen hat weiterhin hohe Priorität.

1909 **Schulumfeld & weitere Strukturen**

- 1910 • Wir setzen uns für die fußläufige Erreichbarkeit von Grundschulen ein und wollen die Schulwegsicherheit für unsere Schülerinnen und Schüler verbessern.

- 1912 • Wir wollen uns für die Aufwertung von Schulhöfen mit mehr Grün durch die Entsiege-
- 1913 lung von Flächen einsetzen und hierfür die entsprechenden Mittel erhöhen.
- 1914 • Mit der Öffnung von Schulhöfen außerhalb der Unterrichtszeiten wollen wir für mehr
- 1915 und attraktivere Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten sorgen.
- 1916 • Wir wollen auch weiterhin Projekte gegen Schulumüdigkeit unterstützen, wie z. B. das
- 1917 Handwerkerinnenhaus Köln.
- 1918 • Wir setzen uns nach wie vor für eine bedarfsgerechte quantitative und qualitative Stär-
- 1919 kung des offenen und des gebundenen Ganztagsangebots ein.
- 1920 • Die Zahl der Schulsozialarbeitenden an Schulen wollen wir zielgenau ausbauen.
- 1921 • Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den Kölner Hochschulen wollen wir aus-
- 1922 bauen (u. a. Berufsorientierung/MINT-Fächer, Begabtenförderung).
- 1923 • Wir wollen für ein gesundes, regionales und ökologischen Standards entsprechendes
- 1924 Schulesen sorgen.
- 1925 • Projekte für eine nachhaltige und vielfältige Schule sollen gestärkt werden (z. B.
- 1926 KLASSE-Projekt, ökologisch orientierte Projekte zur Umwelt- und Nachhaltigkeitsbil-
- 1927 dung, Schule gegen Rassismus/Schule der Vielfalt).
- 1928 • Ebenso unterstützen wir die Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen Lern-
- 1929 orten wie z. B. Museen, Musikschulen, Theatern, Sportstätten, Zoo, Freiluga.
- 1930 • Schulen sollen ein höheres eigenständig verwaltetes Budget mit mehr Spielraum er-
- 1931 halten.
- 1932 • Den europäischen Gedanken wollen wir durch die Unterstützung von pro-europäischen
- 1933 Projekten (z. B. Erasmus-Plus-Programms, *eTwinning*) stärken.
- 1934 **Schulentwicklung**
- 1935 • Wir werden den schnellen und bedarfsgerechten Ausbau neuer Gesamtschul- und
- 1936 Gymnasialplätze vorantreiben und dabei den Elternwillen berücksichtigen.
- 1937 • Wir werden die Entwicklung der Schullandschaft genau beobachten und zur Weiter-
- 1938 entwicklung des vielfältigen Schulsystems die Zahlen der Schüler*innen nach der Er-
- 1939 probungsstufe heranziehen.
- 1940 • Schulen der zweiten Chance wie Tages- und Abendschule, Abendgymnasium und
- 1941 Weiterbildungskollegs wollen wir stärken.
- 1942 • Berufskollegs mit ihren dualen Ausbildungsberufen wollen wir gleichfalls stärken.
- 1943 • Wir wollen längeres gemeinsames und digitales Lernen unterstützen, indem wir z. B.
- 1944 ein weiteres Pilotprojekt einer inklusiven Schule initiieren.
- 1945 • In räumlicher Nähe zur Europaschule Zollstock soll ein Schulneubau in Holzbauweise
- 1946 entstehen, der der Auslagerung der Europaschule zur zeitnahen Sanierung dienen und
- 1947 anschließend als zukünftige Gesamtschule vorgehalten werden soll.

- 1948 • Die Aufteilung einer Schule oder eines Interims auf mehrere Standorte darf nur eine
- 1949 Notlösung sein.

1950 **Inklusion & Integration**

- 1951 • Notwendige Umbau- und Ausstattungsmaßnahmen an Grund- und weiterführenden
- 1952 Schulen – insbesondere zur Ermöglichung und zur weitergehenden Umsetzung der
- 1953 Inklusion – wollen wir verstärken und die Beratung durch die Gebäudewirtschaft sicher-
- 1954 stellen.
- 1955 • Kinder und Jugendliche sollen bei Bedarf sprachlich gefördert werden. Dazu wollen wir
- 1956 u. a. das kommunale Integrationszentrum einbeziehen.
- 1957 • Wir setzen uns für die Öffnung der städtischen Förderschulen für Schülerinnen und
- 1958 Schüler ohne Behinderung im Sinne einer umgekehrten Inklusion ein.

1959 **Rheinische Musikschule (RMS) & Volkshochschule (VHS)**

- 1960 • Wir wollen die Stärkung der RMS auch durch Verbesserung der räumlichen Situation
- 1961 erreichen und Musikschulangebote in allen Bezirken ausbauen.
- 1962 • Wir sorgen für eine gute flächendeckende und breite Versorgung der VHS-Angebote
- 1963 mit niedrighschwelligem Zugang, die alle Bevölkerungsgruppen erreicht.
- 1964 • Wir streben eine strukturelle Verbesserung der Bezahlung der Honorarkräfte an.

1965

1966 **Kinder, Jugendliche & junge Erwachsene**

1967 Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unabhängig von ihrem Ge-
 1968 schlecht, ihrer Herkunft, ihren Handicaps, ihrer Staatsbürgerschaft oder des Status ihrer Eltern
 1969 ihre Talente und Fähigkeiten entwickeln können. Wir wollen, dass sie gesund und frei von
 1970 Gewalt heranwachsen können. Auf diesem Weg möchten wir ihre Familien – in all ihren unter-
 1971 schiedlichen Formen und Ausprägungen – bedarfsgerecht unterstützen. Wir setzen dabei kon-
 1972 sequent auf Prävention. Wir werden ein gutes und bedarfsgerechtes Betreuungs- und Bil-
 1973 dungsangebot für unsere Kinder schaffen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brau-
 1974 chen Freiräume auf den Plätzen unserer Stadt und in den Jugendzentren, zum Spielen, Tref-
 1975 fen und Bewegen, aber auch im übertragenen Sinne als Möglichkeit, die eigenen Rechte zu
 1976 kennen und sie selbstbewusst wahrnehmen zu können oder sich auszuprobieren. Diese
 1977 Räume wollen wir sichern und erweitern. Wir wollen, dass alle Kinder, Jugendlichen und jun-
 1978 gen Erwachsenen sich zu glücklichen, selbstbewussten und verantwortungsbewussten Per-
 1979 sönlichkeiten entwickeln können.

1980 **Partizipation & Raum in der Stadt**

- 1981 • Wir werden die Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in
- 1982 all ihren Lebensbereichen stärken und hierfür gemeinsam mit ihnen Leitlinien erarbei-
- 1983 ten. Bestehende Formen der Beteiligung in den Stadtteilen wollen wir stärken. Ein Ju-
- 1984 gendparlament mit eigenen Kompetenzen und Mitteln kann in diesem Prozess dabei
- 1985 eine Möglichkeit sein, die Interessensvertretung stadtweit auszubauen. Angebote zur
- 1986 außerschulischen politischen Bildung wollen wir intensivieren.
- 1987 • Wir werden den Prozess der „Kinder- und jugendfreundlichen Kommune“ weiter voran-
- 1988 treiben. Hierbei müssen sich alle Dezernate der Stadt aktiv einbringen, da dies eine
- 1989 Querschnittsaufgabe ist. Das Kinder- und Jugendbüro wird weiterhin als zentraler An-
- 1990 laufpunkt für alle Kinder und Jugendlichen gestärkt. Bereits erfolgreich gestartete Pro-
- 1991 jekte wie z. B. „Auf Kölner Nacken“ werden fortgeführt.
- 1992 • Wir werden den Spielplatzbedarfsplan aktualisieren und forciert umsetzen, um für Kin-
- 1993 der jeder Altersstufe mit oder ohne Behinderung attraktive Spiel- und Begegnungsmög-
- 1994 lichkeiten zu schaffen. An der Richtschnur von zwei Quadratmeter Nettospielfläche als
- 1995 Spiel- und Bewegungsfläche halten wir fest. Wir werden auch weiterhin die Spielplatz-
- 1996 patinnen und -paten aktiv bei ihrem Engagement unterstützen.
- 1997 • Die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Hinblick auf Trendsportarten wie z. B.
- 1998 BMX, Skaten, Parcouring oder Fitness werden wir bei der Planung von Sportflächen
- 1999 berücksichtigen. Der ehemals bei den Abenteuerhallen Kalk angesiedelte *Dirt Track*
- 2000 soll an anderer Stelle neu aufgebaut und gesichert werden. Die Kinder, Jugendlichen
- 2001 und jungen Erwachsenen werden wir bei den entsprechenden Planungen aktiv einbin-
- 2002 den.
- 2003 • Wir werden gemeinsam mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowohl im
- 2004 Links- als auch Rechtsrheinischen Treffpunkte für sie im öffentlichen Raum schaffen,
- 2005 die ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechen (gute Verteilung in der Stadt, wet-
- 2006 terfeste Treffpunkte, kostenfreie WLAN-Hotspots etc.). Auch hierbei werden wir die Ju-
- 2007 gendlichen und jungen Erwachsenen bei den entsprechenden Planungen aktiv einbin-
- 2008 den.
- 2009 • Wir stärken die Jugendverbandsarbeit.
- 2010 • Wir wollen uns dafür einsetzen, dass mehr Plätze für (Jugend-)Freiwilligendienste
- 2011 (FSJ, FÖJ, BFD, FPJ) in Einrichtungen seitens der Stadt Köln geschaffen werden.
- 2012 • Wir wollen Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in all ihren Facet-
- 2013 ten stärken (mobile Arbeit, Jugendzentren etc.). Dabei gehen wir den Weg der finansi-
- 2014 ellen Stärkung und eine Verringerung des Verwaltungsaufwands weiter. Wir werden
- 2015 den Jugendhilfeplan weiter umsetzen und die Angebote gerade in Stadtteilen mit ho-

- 2016 hen sozialen Belastungsfaktoren ausbauen. Hierbei sind die Interessen von allen Kin-
2017 dern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit ihren besonderen Bedürfnissen und
2018 Anliegen gezielt in den Blick zu nehmen.
- 2019 • Die Angebote für Mädchen- und Jungenarbeit wollen wir unter der Berücksichtigung
2020 der Gendergerechtigkeit weiterhin stärken. Ebenso werden wir das Angebot für queere
2021 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bedarfsgerecht erweitern. Insbesondere in
2022 den rechtsrheinischen Stadtteilen sehen wir hier einen besonderen Bedarf.
 - 2023 • Wir werden die Arbeit der Streetworkerinnen und Streetworker weiter unterstützen und
2024 ausbauen.
 - 2025 • Wir wollen das ehrenamtliche Engagement junger Menschen durch z. B. Jugendleiter-
2026 karte (Juleica) und Ehrenamtskarte weiterhin unterstützen und gezielt dafür werben,
2027 um noch mehr Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu diesem Engagement zu
2028 motivieren.
 - 2029 • Wir werden dafür sorgen, dass unseren Kindern und Jugendlichen zukünftig eine Fe-
2030 rienfreizeitkarte für die Sommerferien zur Verfügung steht.

2031 **Kita & Betreuung**

- 2032 • Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und Kinder bestmög-
2033 lich fördern. Auch deshalb legen wir Wert auf ein qualitativ hochwertiges und bedarfs-
2034 gerechtes Betreuungsangebot. Wir werden für mindestens 60 Prozent der Kinder unter
2035 drei Jahren und für 100 Prozent der Kinder über drei Jahren einen Betreuungsplatz in
2036 der Kindertagesstätte oder der Kindertagespflege sicherstellen. Wir werden hierfür mit
2037 den Kita-Trägerschaften konkrete Vereinbarungen treffen, um den Ausbau der notwen-
2038 digen Kita-Plätze und die Trägerschaftsvielfalt auch mit kreativen Möglichkeiten in Köln
2039 zu sichern.
- 2040 • Sprachförderung und frühe Hilfen wollen wir ausbauen.
- 2041 • Programme, die Eltern und Kinder besonders unterstützen, wie z. B. „PlusKita“, Stadt-
2042 teil-Eltern oder Rucksack-Kita, werden wir weiterhin anbieten.
- 2043 • Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher
2044 attraktiver wird und die Ausbildungskapazitäten ausgebaut werden.
- 2045 • Wir werden für alle Kinder ein Angebot in der Offenen Ganztagschule (OGS) schaffen.
2046 Wir wollen alle kreativen Möglichkeiten vor Ort nutzen, damit wir diesen Anspruch um-
2047 setzen können. Wir werden ein Ausbauprogramm auflegen, um den Rechtsanspruch
2048 frühzeitig erfüllen zu können und lassen hierbei das Land nicht aus seiner finanziellen
2049 Verantwortung. Dabei werden wir insbesondere Stadtteile mit einer bisher geringen
2050 Versorgungsquote vorrangig in den Fokus nehmen.

- 2051 • Wir werden den Anteil an regionalen bzw. kontrolliert biologisch erzeugten Produkten
2052 in der Kita- und OGS-Verpflegung erhöhen. Bei Neubauten und -planungen sind Kü-
2053 chen zum Frisch-Kochen vorzusehen. Zu prüfen ist, ob „Veedels-Küchen“ eine Mög-
2054 lichkeit sind, Kinder und Jugendliche mit frisch gekochtem Essen zu versorgen.
- 2055 • Die Qualität der Kitas und der Tagespflege sind für uns entscheidend, um Kinder zu
2056 stärken. Die vollständige Beitragsfreiheit können wir nur mit dem Land umsetzen. Den-
2057 noch wollen wir, dass die Beitragssätze sozial gerecht sind. Deshalb werden wir die
2058 Staffelung der Beiträge überprüfen, um insbesondere Eltern mit niedrigem Einkommen
2059 zu entlasten.
- 2060 • Wir werden die Zahl der Familienzentren erhöhen und die Familienhäuser stärken.

2061 **Benachteiligung sowie Kinderarmut verhindern**

- 2062 • Es ist uns ein zentrales Anliegen, die Folgen von Kinderarmut zu begrenzen und Chan-
2063 cengleichheit herzustellen. Wir wollen dabei Kinder, Jugendliche und junge Erwach-
2064 sene mit vielfältigen Maßnahmen fördern, z. B. indem wir ihnen Zugang zu Bildungs-,
2065 Kultur- und Sportangeboten sowie Digitalisierungsangeboten bieten.
- 2066 • Bei allen Angeboten im Kinder- und Jugendbereich soll die Integration von geflüchteten
2067 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonders berücksichtigt werden.
- 2068 • Wir werden die Strategie „Kinder Stärken“ konsequent umsetzen und die Lücken in
2069 den Präventionsketten schließen, um die Folgen von Kinderarmut zu begrenzen.
- 2070 • Wir werden alleinerziehende Eltern verstärkt unterstützen und die Angebotsstruktur er-
2071 weitern. In einem ersten Schritt werden wir z. B. Elterncafés und Gruppenangebote
2072 sowie Betreuungsangebote verstärkt fördern.
- 2073 • Wir werden den Unterstützungsbedarf von Kindern psychisch kranker oder suchtkran-
2074 ker Eltern prüfen und verbessern.
- 2075 • Wir werden das bestehende Beratungsangebot zum Gewaltschutz, zur Intervention
2076 nach Gewaltvorkommnissen und zum Opferschutz weiterentwickeln. Ein Schwerpunkt
2077 liegt dabei auf der Prävention. Hierbei nehmen wir auch die Gefahren, die mit der Di-
2078 gitalisierung verbunden sind, in den Blick.
- 2079 • Weitere Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierung und Antidiskriminierungsar-
2080 beit werden wir weiterentwickeln und Angebote zur politischen Bildung von Kindern,
2081 Jugendlichen und jungen Erwachsenen fördern.

2083 **Gesellschaft & Integration**

2084 **Bürger*innenbeteiligung**

2085 Unser Köln ist eine lebenswerte und weltoffene Stadt, in der sich Bürgerinnen und Bürger in
2086 ihren Veedeln engagieren, oft in Vereinen oder Initiativen. Wir sind davon überzeugt, dass eine
2087 aktive Mitgestaltung durch alle Menschen – unabhängig von Bildung, Alter, Behinderung, se-
2088 xueller Identität, Religion und Weltanschauung, Herkunft oder Einkommen – ein demokrati-
2089 sches und offenes Köln nachhaltig stärkt. In Zeiten der Pandemie erleben wir, wie Familien,
2090 Freundeskreise, Nachbarschaften und Vereine und viele mehr sich gegenseitig unterstützen –
2091 und das oft ohne finanzielle Gegenleistung. Dieser Gemeinsinn macht Köln aus, wir wollen ihn
2092 weiter fördern. Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und der Grundsatz der Subsidiarität
2093 sind Kernelemente der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements durch die Stadt
2094 Köln und bedeuten daher die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe.

2095 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 2096 • Ausweitung der Öffentlichkeitsbeteiligung
- 2097 • Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements und Vereinslebens
- 2098 • Förderung jugendlicher Beteiligung an Politik
- 2099 • Stärkung der Kompetenzen der Bezirksvertretungen

2100 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2101 • Wir werden die Öffentlichkeitsbeteiligung zu politischem und Verwaltungshandeln er-
2102 weitern und dazu ein städtisches Kommunikationskonzept entwickeln. Kinderbetreu-
2103 ungsangebote bei öffentlichen Beteiligungsveranstaltungen sollen etabliert werden.
- 2104 • Der Ratsausschuss „Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“ soll strukturell
2105 weiterentwickelt werden: Wir werden dafür sorgen, dass dieser Ausschuss zeitnah die
2106 für seine Aufgaben erforderlichen Zuständigkeiten erhält.
- 2107 • Zur Stärkung der politischen Teilhabe von Interessengruppen und Vereinen in den Ve-
2108 edeln setzen wir uns für eine Erweiterung des Anhörungs- und Rederechts ein. Ebenso
2109 sollen Bürger*innen-Räte zur projekt- bzw. themenbezogen Beratung der Politik einge-
2110 richtet werden, um zivilgesellschaftliche und Vereinsstrukturen in den Veedeln früh und
2111 transparent in Entscheidungsfindungen den Bezirk betreffend einzubinden.
- 2112 • Die Jugendpartizipation in unserer Stadt wollen wir weiterentwickeln und dabei auch
2113 die Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen.
- 2114 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtverwaltung zivilgesellschaftliches Engagement
2115 vor Ort fördert und unbürokratisch unterstützt, was insbesondere für Bürger*innen-Zen-
2116 tren, neue Projektideen wie das „Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie“,

- 2117 Selbsthilfe, genossenschaftliche Initiativen, etablierte und bewährte Ehrenamtsstruktu-
2118 ren wie Sportvereine, Kirchengemeinden, Freiwillige Feuerwehr und weitere Hilfs-
2119 dienste gilt.
- 2120 • Vereine und Brauchtum sind ein wichtiger Kern unseres sozialen Zusammenlebens.
2121 Wir bieten deshalb zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen Unterstützung bei
2122 der Anmietung von Räumen und – im Falle von Gebrauchsüberlassung – bei deren
2123 Erhalt und den laufenden Kosten.
 - 2124 • Die von der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel für die Selbsthilfeförderung und deren
2125 Koordination sollen auch weiterhin gewährt werden.
 - 2126 • Mit einer Anlaufstelle für ihr Engagement sollen Kirchen-, Synagogen-, Moscheege-
2127 meinden und andere Religionsgemeinschaften von der Stadt unterstützt werden.
 - 2128 • Wir streben eine Weiterentwicklung der „Sag’s uns“-Plattform über die bisherigen Mel-
2129 dekategorien hinaus an. So sollen z. B. Klima- und Umweltthemen berücksichtigt wer-
2130 den.

2131 **Frauen & Gleichstellung**

2132 Wir wollen, dass Frauen und Mädchen in Köln selbstbestimmt, gleichgestellt und gleichbe-
2133 rechtigt leben und bedarfsgerechte Unterstützung und Förderung in allen Lebenslagen und
2134 Notsituationen erhalten. Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 2135 • Unterstützung von frauen- und Mädchenspezifischen Angeboten
- 2136 • Unterstützung von Alleinerziehenden zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Fami-
2137 lie
- 2138 • Schutz vor Gewalt
- 2139 • Verbesserung der Einkommenssituation von Frauen mit der Maßgabe „Gleicher Lohn
2140 für gleiche Arbeit“ und dem Ziel, dass in Zukunft ein *Equal Pay Day* überflüssig wird

2141 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2142 • Wir werden die Finanzierung von Beratungsangeboten für Frauen und Mädchen ver-
2143 stetigen.
- 2144 • Bei Ausschreibungen von Wettbewerben, Stipendien und Förderpreisen soll die För-
2145 derung von Frauen verstärkt berücksichtigt werden.
- 2146 • Anlaufstellen, Wohn- und Betreuungsplätze und Selbsthilfeprojekte für wohnungs- und
2147 obdachlose Frauen werden wir ausbauen und fördern sowie verdeckte Obdachlosig-
2148 keit unter Frauen wissenschaftlich untersuchen.
- 2149 • Für Opfer von häuslicher Gewalt werden wir weitere Frauenhäuser und Schutzwoh-
2150 nungen errichten und dabei auch die Einrichtung eines Männerhauses oder Familien-
2151 hauses in Köln prüfen.

- 2152 • Wohnhäuser und Gemeinschaftswohnungen für Alleinerziehende werden wir unter-
2153 stützen.
- 2154 • Wir richten ein Monitoring zur Umsetzung von Maßnahmen der Istanbul-Konvention
2155 zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen ein und verbessern die Aufklärungs- und Prä-
2156 ventionsarbeit an Schulen in Bezug auf Gewalt an Mädchen und Frauen. Zusätzlich
2157 sollen paritätisch und vielfältig besetzte Anlaufstellen für insbesondere junge Frauen in
2158 allen neun Stadtbezirken beratend tätig werden.

2159 **Weltoffenheit und Toleranz**

2160 Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kultu-
2161 ren, Religionen und sexueller Identitäten sind hier zu Hause. Humanität, Eigenverantwortung
2162 und Solidarität sind Grundwerte unserer Demokratie, sie bilden die Grundlage unseres kom-
2163 munalen Zusammenlebens und Handelns. Wir sind uns einig, dass extremistischen Bestre-
2164 bungen aus allen Bereichen gemeinsam mit allen Teilen der Stadtgesellschaft entgegenzutre-
2165 ten ist. Für uns als Bündnis ist klar: Wir verurteilen jede Art von Extremismus! Der Kölner
2166 Stadtrat hat sich am 01.07.2014 ausdrücklich gegen jede Zusammenarbeit und gegen jegliche
2167 Normalität im Umgang mit Rechtsextremen ausgesprochen. Dieser Grundsatzbeschluss des
2168 Rates wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 07.04.2020 von allen demokratischen
2169 Parteien und Gruppen noch einmal bekräftigt und bildet die gemeinsame Grundlage im Um-
2170 gang mit jeder Form von Extremismus.

2171 Es bleibt dabei:

- 2172 • Grüne, CDU und Volt sprechen sich dafür aus, dass sich der Stadtrat in der Wahlperi-
2173 ode 2020-2025 erneut zu einem Grundsatzbeschluss bekennt. Der Kölner Stadtrat wird
2174 auf dieser Grundlage gemeinsam gegen Rechts handeln. Keine Zusammenarbeit mit
2175 Rechtsextremen!
- 2176 • Wir werden Extremismus jedweder Form keine Bühne bieten oder diese mit ihnen tei-
2177 len. In der Ratsarbeit lehnen wir jede Unterstützung durch und jede Unterstützung von
2178 extremistischen Gruppierungen kategorisch ab.
- 2179 • Wir bekennen uns ausdrücklich zum Fairnessabkommen und verurteilen jegliche An-
2180 griffe und Drohungen gegen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

2181 Diese Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2182 • Initiativen und Vereinigungen, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen, sich für ein
2183 vielfältiges, tolerantes und weltoffenes Köln sowie konstruktiv für die Demokratie und
2184 gegen Extremismus einsetzen, werden von uns unterstützt.
- 2185 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass Rat und Verwaltung weiter entschieden gegen
2186 rechte Strukturen und Parteien und deren Propaganda in Köln vorgehen und sich die
2187 Stadt Köln mit anderen Kommunen zum Umgang dazu austauscht.

- Wir werden das Führungspersonal der Stadtverwaltung zu regelmäßigen Schulungen verpflichten, in denen sie sich mit allen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen. Zudem soll ein ressortübergreifender Arbeitskreis gegen Extremismus und Antidiskriminierung und eine unabhängige Obperson gegen Diskriminierung und Rassismus eingerichtet werden.
- Wir setzen uns für die Realisierung des längst überfälligen Mahnmals in der Keupstraße in Köln-Mülheim zum Gedenken an die Opfer rechter Gewalt ein. Die Realisierung soll in einem partizipativen Prozess erfolgen.
- Antisemitismus-, Antirassismus- und Antidiskriminierungsprojekte werden wir vor allem an Schulen stärker fördern und bestehende Beratungsstrukturen wie die beiden städtisch geförderten Antidiskriminierungsbüros ausbauen.
- Die dauerhafte Regelfinanzierung des NS-Dokumentationszentrums und der angeschlossenen Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus stellen wir sicher und setzen uns für den Erhalt sowie die Schaffung weiterer selbstverwalteter und nicht kommerzieller Räume zivilgesellschaftlichen Engagements in Köln ein.
- Wir wollen schnellstmöglich eine tragfähige Lösung für den Erhalt des Autonomen Zentrums (AZ) an einem anderen, innerstädtischen Standort realisieren, mit dem Ziel, die Planungen für die Parkstadt Süd fortzuführen und dem AZ einen adäquaten Alternativstandort zur Verfügung zu stellen. Soweit es die Planungen für die Parkstadt Süd und die Erweiterung des Grüngürtels zulassen, hat das AZ Bestandschutz an der Luxemburger Straße.
- Wir haben in Köln eine Polizei, die ihre Aufgabe sehr gewissenhaft ausübt und klar auf dem Fundament unserer Verfassung steht. Da wir *Racial Profiling* als eine nicht zu unterschätzende Gefahr ansehen, möchten wir dieses Thema im Polizeibeirat verankern.
- Wir werden einen Kölner Tag für Vielfalt einführen.

Inklusion

Inklusion muss für alle Lebensbereiche ganzheitlich gedacht und angegangen werden. Tagesstrukturierende Maßnahmen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung sind für deren Lebensqualität wichtig. Die chancengleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, des Bundesteilhabegesetzes und des *Diversity Management* leitet uns dabei.

Das wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2221 • Die Selbstvertretung und Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung wollen
2222 wir stärken. Schulung von qualifizierten Schulbegleiter*innen und persönlichen Assis-
2223 tenzen von Kindern und Erwachsenen in Köln werden wir mit dem Ziel einer kompeten-
2224 ten Begleitung für Menschen mit Behinderung stärker in den Fokus nehmen.
- 2225 • Die GAG Immobilien AG wollen wir mit der Schaffung für mehr Wohnraum zur Erfüllung
2226 von speziellem Bedarf in gemischten Quartieren im Wohnraumportfolio beauftragen
2227 und Wohngruppen und Einzelwohnungen für das Ambulant Betreute Wohnen (BeWo)
2228 für Menschen mit körperlichen und kognitiven Einschränkungen schaffen. Wir wollen
2229 darauf hinwirken, dass mehr Menschen mit Behinderung vom „persönlichen Budget“
2230 und BeWo-Angeboten Gebrauch machen.
- 2231 • Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen sowie Inklusionsbetriebe werden
2232 wir fördern und Anreize für reguläre Arbeits- und Ausbildungsplätze in nichtstädtischen
2233 Unternehmen schaffen. Die Kölner Stadtverwaltung und die stadt eigenen Betriebe sol-
2234 len hier mit gutem Beispiel vorangehen.
- 2235 • Wir werden die Position des „Behindertenbeauftragten“ in „Beauftragte*r für Inklusion
2236 und gesellschaftliche Teilhabe“ umbenennen und gemeinsam mit der Stadtarbeitsge-
2237 meinschaft erörtern, ob diese in Adaption den Titel „Stadtarbeitsgemeinschaft für In-
2238 klusion und gesellschaftliche Teilhabe“ übernehmen möchte.
- 2239 • Das „Zentrale Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderungen“ wol-
2240 len wir in der Öffentlichkeit bekannter machen und geeignete Kommunikationsmaß-
2241 nahmen ergreifen.
- 2242 • Für alle städtisch geförderten Institutionen und Projekte soll es bezogen auf Personal,
2243 Programm und Publikum standardisierte Vorlagen von Barrierefreiheitskonzepten ge-
2244 ben.
- 2245 • Bei städtischen Veranstaltungen sollen vermehrt Gebärdensprachdolmetscher*innen
2246 eingesetzt werden.

2247 **Migration und Integration**

2248 Wir als Bündnis unterstützen die Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und gesellschaftliche
2249 Teilhabe von Geflüchteten auf Basis der gefassten Ratsbeschlüsse und der Leitlinien der Stadt
2250 Köln. Wir würdigen und unterstützen die vielfältigen Anstrengungen der Verwaltung, der Wohl-
2251 fahrtsverbände, der freien Trägerschaften, der Kirchen und der ehrenamtlichen Aktivitäten in
2252 der Flüchtlingshilfe und Flüchtlingsarbeit.

2253 Darüber hinaus wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 2254 • Langjährig Geduldete müssen bessere Aufenthaltsperspektiven bekommen. Wir treten
2255 im Sinne eines „Kölner Modells“ für eine Weiterentwicklung und Ausweitung der Blei-
2256 berechte für langzeitgeduldete Menschen in Köln ein.

- 2257 • Neben den Regelangeboten von Integrationskursen sollen bei Bedarf ergänzende
2258 Sprachfördermaßnahmen angeboten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese
2259 Kurse auch für Geduldete geöffnet werden. Projekte, die Eltern qualifizieren, ihre Rolle
2260 – auch in den Bildungseinrichtungen – aktiv wahrzunehmen, unterstützen wir.
- 2261 • Die Stadt Köln wird sich weiterhin über die gesetzliche Aufnahmequote hinaus bereit-
2262 erklären, Geflüchtete aus Seenotrettung und menschenunwürdigen Lagern (z. B. Grie-
2263 chenland und Bosnien-Herzegowina) in Köln aufzunehmen.
- 2264 • Spezielle Wohneinheiten für besonders schutzbedürftige Geflüchtete werden ausge-
2265 weitert. Geflüchtete Menschen, die bisher in städtischen Unterkünften untergebracht
2266 sind, sollen bei ihrer Suche nach privatem Wohnraum unterstützt werden. Das Bündnis
2267 setzt sich daher für eine Verlängerung des Projekts „Auszugsmanagement“ ein. Ge-
2268 meinschaftsunterkünfte mit Gemeinschaftsverpflegung und -sanitäranlagen wollen wir
2269 auflösen.
- 2270 • Durch die Corona-Pandemie hat sich die Arbeitsmarktintegration auch für geflüchtete
2271 Menschen verschlechtert. Diese Verschlechterung darf sich nicht auf die Bleiberechte
2272 von Geflüchteten bzw. geduldeten Menschen auswirken.
- 2273 • Wir werden den Dialog zwischen der Kölner Bevölkerung und geflüchteten Menschen
2274 durch Maßnahmen der gesellschaftlichen Teilhabe stützen. Hierzu könnten z. B. ein
2275 jährliches Begegnungsfest in der nahen Umgebung der Unterkünfte für Geflüchtete,
2276 z. B. in Form eines Straßenfestes, eingeführt oder Besuche von Kölner Künstlerinnen
2277 und Künstlern in den Unterkünften organisiert werden. Dies könnte von schon vorhan-
2278 denen Angeboten begleitet werden.
- 2279 • Wir setzen uns für die Auflösung der menschenunwürdigen und rechtswidrigen Flücht-
2280 lingslager wie z. B. in Griechenland (Moria, Kara Tepe) ein. Gleichzeitig unterstützen
2281 wir in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen eine Initiierung und Koordinierung eines
2282 Projekts der Stadt und der Kölner Zivilgesellschaft, um Menschen in einem Geflüchte-
2283 ten-Camp in einem der besonders betroffenen Erstankunftsländern zu unterstützen.
- 2284 • Die Hilfen für Menschen ohne Papiere werden fortgeführt.
- 2285 • Der Integrationsrat soll als politisches Beteiligungsorgan der Migrant*innen in Köln wei-
2286 ter gestärkt werden. Das „Konzept zur Stärkung der Integrativen Stadtgesellschaft“ soll
2287 weiterentwickelt und durch den Integrationsrat und die Integrationskonferenz begleitet
2288 werden. Die beiden städtischen Antidiskriminierungsbüros sowie die Migrant*innen-
2289 selbstorganisationen wollen wir finanziell und personell stärken und das 2015 be-
2290 schlossene Integrationsbudget bedarfsgemäß anpassen. Wir unterstützen weiterhin
2291 die interkulturellen Zentren und werden sie bei Bedarf stärken.
- 2292 • Interkulturelle Projekte für (spät-)ausgesiedelte Personen und Vertriebene werden wir
2293 unterstützen, um Integrationschancen zu verbessern.

- 2294 • Im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung wird die Stadt Köln ihre aktive Politik
2295 gegen Antiziganismus fortführen. Die Anstrengungen für die Teilhabe der in Köln le-
2296 benden Roma und Sinti werden fortgeführt und sollen bei steigendem Bedarf erweitert
2297 werden, z. B. durch die von der Stadt Köln geförderte Bildungsarbeit Die Siedlung „Auf
2298 dem Ginsterberg“ muss aufgrund ihrer historischen Bedeutung in jedem Fall erhalten
2299 bzw. ertüchtigt werden.
- 2300 • Wir wollen gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin das Amt für Vielfalt und Integration
2301 zu einem Vorzeigeamt für gelungene gesellschaftliche Teilhabe ausbauen. Die Kom-
2302 munale Integrationsarbeit soll mit den involvierten Behörden und sozialen Trägerschaf-
2303 ten gemeinsam und verbindlich unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips gestaltet und
2304 weiterentwickelt werden.
- 2305 • Die Stadtverwaltung soll zum Vorbild für die berufliche Förderung von Menschen mit
2306 Migrationsgeschichte und Diskriminierungserfahrung werden. Hierzu soll ein Leitbild
2307 für interkulturelle Öffnung von der Verwaltung entwickelt werden.
- 2308 • Die Ausländerbehörde soll sich deutlich in ihrer Dienstleistungsorientierung weiterent-
2309 wickeln hin zur „Willkommensbehörde“. Einbürgerungen bei denjenigen, die die Vo-
2310 raussetzungen dafür erfüllen, sollen erhöht und von Seiten der Ausländerbehörde im
2311 Rahmen ihrer Möglichkeiten positiv begleitet werden.

2312 **Queer**

2313 Insgesamt bezeichnen sich knapp elf Prozent der Kölner*innen als lesbisch, schwul, bisexuell,
2314 trans, inter oder queer (LSBTIQ). Das ist ein deutliches Zeichen: Köln ist die Hauptstadt quee-
2315 ren Lebens. Dies werden wir noch offensiver bewerben und Räume der freien Entfaltung der
2316 Community, wie z. B. die Schaafenstraße, wahren. Lesbische Frauen, Trans- und Intersexu-
2317 elle leben in einer höheren Armutsgefährdung, LSBTIQ mit Migrationsgeschichte erleben häu-
2318 fig zusätzliche Benachteiligungen. Darum gilt es, diese Gruppen besonders zu schützen und
2319 zu unterstützen. Die Empfehlungen der Studie „LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln“ dienen
2320 hierbei als Grundlage.

2321 Das wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2322 • Wir wollen die LSBTIQ-Schulaufklärung für alle Schüler*innen der Sekundarstufe I in
2323 Kooperation mit den Trägerschaften weiterentwickeln und hierfür eine städtische Ko-
2324 ordinationsstelle bei der Fachstelle Lesben Schwule Transgender (LST) einrichten. Die
2325 LST soll dazu personell gestärkt werden.
- 2326 • Hasskriminalität wollen wir in Zusammenarbeit mit der Polizei bekämpfen und Antidis-
2327 kriminierungsprojekte unterstützen.

- 2328 • Antidiskriminierungsarbeit für Menschen mit HIV sowie die Aufklärung über neue Be-
2329 handlungsmethoden und Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten werden
2330 wir verbessern.
- 2331 • Das bestehende queere Jugendzentrum werden wir stärken und ein Modellprojekt ei-
2332 nes zweiten Jugendzentrums im Rechtsrheinischen mit einem Fokus auf LSBTIQ mit
2333 Migrationsgeschichte initiieren. Zudem braucht es explizite Schutzräume insbesondere
2334 für Transfrauen.
- 2335 • Schutz vor Diskriminierung und Rassismus bei LSBTIQ sind wichtige Aufgaben insbe-
2336 sondere bei Flüchtlingsunterkünften. Wir unterstützen die Arbeit der bereits tätigen
2337 Ombudspersonen und weitere spezielle Wohneinheiten für LSBTIQ Geflüchtete.
- 2338 • Wir setzen uns für die Verbesserung bei zusätzlichen Toiletten für alle Geschlechter in
2339 allen städtischen Gebäuden, inklusive der Schulen, ein.
- 2340 • Wir werden auf die Umsetzung der Maßnahmen des „Aktionsplans der Stadt Köln zur
2341 Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt drängen“. Bei der Gestaltung von
2342 Projekten und Veranstaltungen sollen verstärkt Frauen und LSBTIQ mit Migrationsge-
2343 schichte einbezogen werden.
- 2344

2345 **Verwaltung, Sicherheit & Vergaben**

2346 **Stadtverwaltung**

2347 Die Kölner Stadtverwaltung ist ein entscheidender Erfolgsfaktor und Motor für die ökologische,
2348 soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadt. Die tiefgreifende Verwaltungsreform
2349 entwickelt und verbessert dabei Prozesse, die Art der Zusammenarbeit sowie die Führungs-
2350 arbeit der kommenden Jahre. Darüber hinaus meistern die Mitarbeiter*innen während der
2351 Corona-Pandemie die großen Herausforderungen der vielfältigen Schutz- und Unterstützungs-
2352 maßnahmen für die Kölner Bevölkerung. Wir als Bündnis bekennen uns zu einer modernen,
2353 digitalen, bevölkerungsnahen und leistungsstarken Stadtverwaltung.

2354 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 2355 • Sicherung und Beschleunigung der bereits begonnenen Verwaltungsreform
- 2356 • Evaluierung und zukünftig effizienter Einsatz der in der Corona-Pandemie ergriffenen
2357 erfolgreichen Maßnahmen
- 2358 • Stärkung von ethnischer und geschlechtlicher Diversität in der Verwaltung
- 2359 • Kompetenzförderung in der Verwaltung
- 2360 • Stärkung der Verwaltung und Sicherung des Nachwuchses

2361 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2362 • Wir werden die begonnene Verwaltungsreform positiv begleiten und uns für eine er-
2363 höhte Geschwindigkeit in der Umsetzung einsetzen. Hierbei soll insbesondere ein Fo-
2364кус auf die Prozessoptimierung (Effektivität der Verwaltung) gelegt und eine Weiter-
2365 entwicklung der Führungskultur etabliert werden. Das Qualitätsmanagement wird im
2366 Hinblick auf seinen Nutzen im Vergleich zu dem erforderlichen Aufwand überprüft und
2367 ggf. angepasst. Das erfolgreiche betriebliche Vorschlagswesen wird hinsichtlich mög-
2368 licher Verbesserungspotenziale weiterentwickelt.
- 2369 • Während der Corona-Pandemie wurden neue mobile und hybride Formen der (Zusam-
2370 men-)Arbeit in der Stadtverwaltung umgesetzt. Die hier gesammelten positiven Erfah-
2371 rungen sollen mit dem Ziel einer dauerhaften Überführung in den Regelbetrieb über-
2372 prüft werden.
- 2373 • Die von der Stadt Köln vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ergriffenen Maß-
2374 nahmen werden wir evaluieren und darauf aufbauend zu einem Pandemieplan für Köln
2375 (insbesondere unter Berücksichtigung und Beteiligung der Krankenhäuser) für die Zu-
2376 kunft fortentwickeln.
- 2377 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass kommunale Gremien, Aufsichtsräte, Vorstände,
2378 Geschäftsführungen und hohe städtische Ämter mindestens zur Hälfte mit Frauen be-

2379 setzt und weitere wirksame Maßnahmen zur Förderung von Frauen ausgebaut wer-
2380 den, inklusive einer Evaluierung des derzeitigen Beurteilungswesens und einer Prü-
2381 fung, ob frauenspezifische Erwerbsbiographien zu Nachteilen in der Beurteilung füh-
2382 ren. Es werden entsprechende Maßnahmen im Gleichstellungsplan der Stadt Köln ver-
2383 einbart.

- 2384 • Wir werden den Tagesordnungspunkt „gleichstellungsrelevante Themen in den Dezer-
2385 naten“ in allen Ausschüssen verankern und umsetzen.
- 2386 • Die begonnene interkulturelle Öffnung der Verwaltung wird gestärkt und fortgeführt, um
2387 die Diversität der Stadt widerspiegeln zu können. Die Verwaltung soll ausdrücklich auf
2388 die Bewerbungen von Menschen mit Migrationsbiografie, mit Behinderung und ohne
2389 akademischen Bildungshintergrund bei Ausschreibungen hinweisen und bei Ausbil-
2390 dung und Neueinstellungen auf allen Ebenen fördern.
- 2391 • Wir werden die interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen der Stadtverwaltung för-
2392 dern. Hierzu werden wir Schulungsangebote und Workshops zum Thema diskriminie-
2393 rungsfreies Handeln und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Qualifizierungs-
2394 angebot der Stadtverwaltung ausbauen und verpflichtend in die Qualifizierungspro-
2395 gramme für Führungskräfte aufnehmen.
- 2396 • Weiterhin werden Schulungsangebote für den Kompetenzaus- und -aufbau im Bereich
2397 Veränderungs- und Projektmanagement verstärkt.
- 2398 • Die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Leben und Beruf werden
2399 fortgeführt und ausgebaut. Insbesondere werden Führungsmodelle in Teilzeit, *JobSha-*
2400 *ring*-Modelle, Heimarbeitsplätze und mobile Arbeit vermehrt eingeführt.
- 2401 • Wir werden das (Online-)Angebot der Stadt von unabhängiger Seite auf seine Barrie-
2402 refreiheit hin untersuchen lassen und entsprechende Maßnahmen einleiten. Hierzu ge-
2403 hört sowohl die Bereitstellung von Veröffentlichungen in mehreren Sprachen sowie, wo
2404 immer möglich, leichte Sprache als Verwaltungsstandard. Wenn erforderlich, haben
2405 alle Kölnerinnen und Kölner Anspruch auf Verwaltungsschreiben in leichter Sprache.
- 2406 • Das öffentliche Informationssystem soll auch in englischer Sprache angeboten werden,
2407 um einen internationalen Zugang zu ermöglichen.
- 2408 • Der derzeit hohe Krankenstand der Kölner Stadtverwaltung erfordert eine Überprüfung
2409 des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Durch einen Maßnahmenmix aus ge-
2410 sundheitsbewusster Führungsarbeit, *Change-Management*-Prozessen sowie einer
2411 Prüfung der Arbeitsbedingungen sollen die Krankheitszahlen gesenkt werden; hierzu
2412 wird bei einem Dezernat ein Supervisionsmodell als Pilotphase eingeführt.
- 2413 • Die hohe Ausbildungsquote von über acht Prozent wird beibehalten und das Angebot
2414 von Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen ausgeweitet. Maßnahmen
2415 zur weiteren Steigerung der Arbeitgebermarke Kölns im Wettbewerb um qualifizierte

- 2416 Nachwuchskräfte u. a. zur dualen Ausbildung werden ausgebaut; während der Ausbil-
2417 dung wird ein starker Fokus auf den Erwerb von digitalen Kompetenzen gelegt und
2418 Praktikums-Programme werden ausgebaut. Um einen diskriminierungsfreieren Zu-
2419 gang zu Ausbildung und Beruf zu unterstützen, soll jede qualifizierte Bewerbung chan-
2420 cengerecht berücksichtigt werden.
- 2421 • Der Stellenplan wird dahingehend überprüft und Stellen zugesetzt, dass die Aufgaben-
2422 bereiche im Ordnungsdienst, der Verkehrsüberwachung, der Digitalisierung der Ver-
2423 waltung und der Mobilitätswende ausgebaut werden.
 - 2424 • Die Kompetenzen der Bezirksvertretungen werden im Rahmen der rechtlichen Mög-
2425 lichkeiten ausgebaut und dezentrale Verwaltungsstrukturen gestärkt.
 - 2426 • Durch eine Evaluation der Rechtsprechung zu den unterschiedlichen gerichtlichen Pro-
2427 zessen und Verwaltungsklagen gegen und von der Stadt Köln werden Verbesserungspo-
2428 tenziale ermittelt.

2429 **Sicherheit & Sauberkeit im öffentlichen Raum**

2430 Die Anforderungen an Sicherheitsmaßnahmen in öffentlichen Räumen, Plätzen, Gebäuden
2431 sowie bei Großveranstaltungen sind in einer Metropole wie Köln vielfältig und wachsend. Die
2432 Umsetzung der kommunalen Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen muss dabei die Sicher-
2433 heitsanforderungen berücksichtigen und die Bürger*innen-Rechte der Kölnerinnen und Kölner
2434 stark in den Blick nehmen. Sowohl der kommunale Ordnungsdienst als auch die vielfältige
2435 Präventionsarbeit leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir als Bündnis wollen zudem auf
2436 verstärkte Maßnahmen zur Erhöhung der Sauberkeit in der Stadt setzen.

2437 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2438 • Ein „Masterplan Sicherheit“ wird durch geeignete Maßnahmen, wie z. B. einen weiteren
2439 Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsamt und Streetwork, entwickelt und
2440 umgesetzt. Zusätzlich werden wir eine gezielte Umgestaltung von Angsträumen initiie-
2441 ren.
- 2442 • Offene Stellen im Ordnungsamt sollen kurzfristig besetzt werden. Mittelfristig werden
2443 weitere Stellen geschaffen und jedem Veedel ein Ordnungsamt-Team zugewiesen. Da-
2444 bei stärken wir einen gut ausgebildeten und bürger*innennahen Ordnungsdienst, der
2445 in Partnerschaft mit Polizei, sozialen Trägerinnen und Trägern und weiteren Beteiligten
2446 wirkungsvolle Präventionsarbeit als Grundlage öffentlicher Sicherheit durchführt.
- 2447 • Basierend auf den Beschlüssen der vergangenen Ratsperiode wird das „Leitbild Ord-
2448 nungsdienst“ weiterentwickelt und dabei die Qualifizierung und Supervision der Mitar-
2449 beiter*innen des Ordnungsdienstes ausgebaut. Teil dieser Weiterentwicklung sind ins-
2450 besondere jährlich stattfindende, aufeinander aufbauende berufsbegleitende Trainings
2451 und Sensibilisierungsmaßnahmen zu diskriminierungsfreiem Handeln im Dienst; diese

dienen dem Ziel, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzubeugen. Zur Unterstützung der weiteren städtischen Mitarbeitenden wird, zusätzlich zu bereits bestehenden Möglichkeiten, eine regelmäßige Supervision eingeführt, die eine Möglichkeit der Reflektion und Aufarbeitung des Arbeitsalltags bietet. Die Diversität im Ordnungsdienst soll weiter verstärkt werden.

- Eine Ausrüstung mit bewaffnungsähnlichen Produkten für den Ordnungsdienst wird über den jetzigen Status quo hinaus nicht erfolgen. In einer Pilotphase wird für begrenzte Gruppen des Ordnungsdiensts der Einsatz von Bodycams erprobt; diese dienen sowohl dem Schutz der Mitarbeiter*innen als auch zur Qualitätssicherung von Einsätzen.
- Ordnungspartnerschaften wie die „Ordnungspartnerschaft Ringe“ (Opari) zwischen Ordnungsdienst, Polizei und Akteur*innen aus der Präventionsarbeit sollen auf weitere Stadtbezirke ausgeweitet werden. Streetwork, Präventionsarbeit und Hilfeangebote werden in den Bezirken gestärkt.
- Wir werden im Polizeibeirat weiterhin in konstruktiver Zusammenarbeit darauf achten, dass die polizeilichen Einsätze in Köln stets diskriminierungsfrei verlaufen.
- Der kriminalpräventive Rat der Stadt Köln wird fortgesetzt.
- Das Zentrale Melde- und Auskunftssystem bei Gefährdungen von Mitarbeitenden (ZeMAG) wird beibehalten und nach drei Jahren auf seinen Nutzen hin ausgewertet. Weiterhin werden Kampagnen für Wertschätzung und gegen eine Verrohung gegenüber Helfenden und Sicherheitskräften unterstützt.
- Wir werden die Sicherheitskonzepte für (Groß-)Veranstaltungen auf Wirksamkeit und Angemessenheit überprüfen und insbesondere auf den Schutz von Frauen, inter- und transsexuelle Personen achten.
- Auf Basis der Beschlüsse der vergangenen Ratsperiode wird die Aufenthaltsqualität von Plätzen mit herausfordernden Sicherheitslagen wie z. B. dem Neumarkt durch eine Mischung aus Prävention, Hilfe und ordnungsrechtlicher Sicherung erhöht.
- Bahnsteige, Tunnel, öffentliche Plätze, Straßen, Schul- und Fahrradwege werden zur Beseitigung von Angsträumen besser ausgeleuchtet. Dabei ist stets auf den Einsatz intelligenter und tierverträglicher Beleuchtung zu achten.
- Zur weiteren Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der objektiven Sicherheit erfolgt eine Prüfung einer Bahnbegleitung in der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB) während der Nachtstunden sowie ein Ausbau von Taxirufen an Haltestellen. Weiterhin soll die Bereitstellung von reservierten Sitzplätzen für Frauen im vorderen Bereich von Bahnen und Bussen der KVB während der späten Abend- und Nachtstunden

den geprüft werden. Die Sicherheits-App „Wayguard“ der Polizei Köln soll in öffentlichen Verkehrsmitteln beworben werden. Das erfolgreich eingeführte Konzept „Edelgard“ wird bei Bedarf besser finanziell ausgestattet.

- Wir werden einen „Masterplan Sauberkeit“ entwickeln und umsetzen, der u. a. auch Mülltrennung im öffentlichen Raum, eine smarte Mülltonnensteuerung, die Berücksichtigung der Schnittstellen zwischen den Beteiligten und eine *Zero-Waste*-Strategie umfasst.
- Es werden größere Abfallkörbe in der Stadt, insbesondere an Grünflächen, aufgestellt und mit einer Nutzung von Sensoren an den Abfallkörben zur bedarfsgerechten Leerung verbunden.

Vergabe von öffentlichen Plätzen

Öffentliche Plätze und Räume erfahren immer mehr eine konkurrierende Nutzung von Veranstaltungen, verändertem Freizeitverhalten oder Anwohner*inneninteressen. Wir als Bündnis setzen uns dafür ein, dass öffentliche Plätze und Räume nicht weitergehend kommerzialisiert werden und dass ein Ausgleich der verschiedenen Interessen moderiert und angestrebt wird.

Unsere Ziele werden wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Alle Platzvergaben für Veranstaltungen sollen nach einem nachvollziehbaren und einheitlichen Kriterienkatalog erfolgen, wobei nicht-kommerzielle Veranstaltungen zu stärken sind.
- Das Vergabekonzept der zentralen Innenstadtplätze wird bis 2025 fortgeführt.
- Es erfolgen weitere Qualitätsverbesserungen bei den Ausschreibungen der zentralen Weihnachtsmärkte, insbesondere bei Bio-Quoten und *Zero-Waste*-Kriterien.
- Die Lebensqualität für die Anwohner*innen der Altstadtquartiere soll verbessert und der „Runde Tisch Altstadt“ unter Einbeziehung der verschiedenen Akteur*innen wieder eingerichtet werden.
- Bei Konflikten in der Platznutzung wird auf Moderationsverfahren gesetzt.
- Die Richtlinie zur Benennung der Kölner Straßennamen wird dahingehend weiterentwickelt, dass eine Förderung von Frauennamen- erfolgt und eine Umbenennung von kolonialen Straßennamen ermöglicht wird. Bei einer Entscheidung zur Umbenennung von kolonialen Straßennamen erfolgt die Einzelfallbetrachtung in Zusammenarbeit mit dem Kölner Namensarchiv.

Städtische Beschaffung & Vergabe

Die Stadt Köln hat ein hohes jährliches Vergabevolumen von über 300 Millionen Euro. Die Kölner Vergabeordnung zur Beschaffung von Material und Dienstleistungen regelt wichtige

2521 Aspekte von sozialen Standards, Mindestlöhnen und Umweltschutz. Die Kriterien Nachhaltig-
2522 keit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit sollen bei der Weiterentwicklung der Vergabeordnung
2523 gestärkt werden.

2524 Unsere Ziele werden wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- 2525 • Bei der „Geschäftsanweisung für die Durchführung von Vergabeverfahren“ wird beson-
2526 ders auf eine Berücksichtigung und Gewichtung von Kriterien des *Fair Trade*, des So-
2527 zialen und der Nachhaltigkeit geachtet. Weiterhin veröffentlicht die Verwaltung jährlich
2528 einen öffentlichen Vergabebericht über die Vergaben der Stadt Köln.
- 2529 • Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen, in deren Folge Subunternehmen die Leis-
2530 tung erbringen, wird auf die Zahlung des Mindestlohns geachtet und dies auch als
2531 Vergabekriterium gewählt.

2532

2533 Kunst & Kultur

2534 Die Kölner Kunst- und Kulturlandschaft und die Kreativwirtschaft gehören zu den lebendigsten,
2535 vielseitigsten und bedeutendsten in ganz Deutschland und strahlen damit weit über die Lan-
2536 desgrenzen hinaus. Kunst und Kultur prägen in ihren vielfältigen Formen das Kölner Stadtbild.
2537 Für die Weiterentwicklung und den Ausbau dieser einzigartigen Kulturlandschaft ist mit der
2538 Kulturentwicklungsplanung bereits ein erfolgreicher, tragfähiger Prozess etabliert worden.
2539 Kulturelle Vielfalt ist ein zentraler Baustein unserer persönlichen, regionalen, nationalen und
2540 europäischen Identität. Kulturpolitik muss diese Vielfalt ermöglichen, erhalten und fördern und
2541 umfassende Teilhabe ermöglichen. Kunst und Kultur unterhält nicht nur und bereitet Vergnü-
2542 gen, sie bildet, fördert eigene Kreativität, kritisches Denken, regt politische Prozesse an und
2543 verstärkt Verständigung, Integration und Inklusion. Diese Bedeutung zeigt sich insbesondere
2544 in Zeiten der Corona-Pandemie. Die tiefgreifenden, oft existenzgefährdenden Einschnitte hier-
2545 durch, insbesondere für die Freie Szene, erfordern entsprechende Maßnahmen in der Kultur-
2546 politik. Auch wenn Kunst und Kultur gerade in Köln ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, sind sie
2547 nicht auf etwaige wirtschaftliche Effizienz zu reduzieren oder zu messen.
2548 Kunst und Kultur brauchen die Autonomie des künstlerischen Schaffens, aber auch eine Kul-
2549 turpolitik, die dieses fördert. Im Einklang mit der Brüsseler Erklärung „Für die Freiheit der
2550 Kunst“ und der „NRW-Erklärung der Vielen“ stehen wir für die Freiheit von Kunst und Kultur
2551 und das Recht auf freie Meinungsäußerung.

2552 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 2553 • nachhaltige Sicherung der Kölner Kulturstrukturen
- 2554 • Stärkung von etablierten Institutionen und Initiativen und zusätzlich Setzen neuer Im-
2555 pulse und zielgerichtete strukturelle Verbesserungen
- 2556 • Weiterentwicklung Kölns zu einem internationalen Anziehungspunkt
- 2557 • Voranbringen der Fortführung und Umsetzung des Kulturentwicklungsplans als parti-
2558 zipativen Prozess
- 2559 • Sicherung und Ermöglichung künstlerischer und kultureller Freiräume sowie kultureller
2560 Infrastruktur und des Lebensunterhalts von Künstler*innen und Soloselbstständigen
2561 durch kommunale Mittel
- 2562 • Ermöglichen und Fördern von partizipativer Kunst im öffentlichen Raum
- 2563 • Etablierung des Kulturmarketings der Stadt Köln als umfassendes Konzept
- 2564 • transparente und inklusive Kulturförderung
- 2565 • gleichberechtigte und inklusive Repräsentation von inner- und außereuropäischen
2566 Identitäten

2567

2568

2569 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

2570 **Institutionen und Freie Szene**

- 2571 • Als Bündnis werden wir den Bestand und die Fortentwicklung der städtischen Kulturin-
2572 stitutionen weiterhin stärken und fördern. Dabei wird die Freie Szene immer mitge-
2573 dacht, denn Freie Szene und Institutionen bilden gleichberechtigte Säulen des kultu-
2574 rellen Lebens in Köln.
- 2575 • Wir werden dafür sorgen, dass die Institutionen zusammen mit der Freien Szene Ko-
2576 operationen erarbeiten, anbieten und umsetzen und auf die Öffnung der Kulturbauten
2577 für andere Kulturschaffende, vor allem die Freie Szene, drängen
- 2578 • Wir beabsichtigen, dass der Kulturetat für die freie Szene ab 2022 jedes Jahr um eine
2579 Million EUR aufwächst.
- 2580 • Das Thema Nachhaltigkeit von Kulturinstitutionen und kulturellen Veranstaltungen wird
2581 auf die Agenda gesetzt.
- 2582 • Die Öffnungszeiten der Museen werden wir erweitern und flexibilisieren – angefangen
2583 mit der Möglichkeit der Montagsöffnung der Museen.
- 2584 • Wir setzen uns für einen weitergehenden freien Eintritt in die Dauerausstellungen ein
2585 und werden dazu ein Pilotprojekt entwickeln.
- 2586 • Wir werden uns für ein Drei-Sparten-Haus einsetzen – der Tanz soll dabei mittelfristig
2587 entsprechend der Actori-Studie aufgewertet werden.
- 2588 • Angebote zur Überwindung der Schwellenangst in den städtischen Kultur Institutionen
2589 sollen ausgebaut werden.
- 2590 • Wir werden alle Synergien für einen Kammermusiksaal in Köln nutzen.
- 2591 • Kunst und Kultur werden in allen Stadtbezirken weiter und vertieft gefördert.
- 2592 • Unter Beachtung der Actori-Studie werden wir darauf achten, dass die künstlerischen
2593 Voraussetzungen für den Wiedereinzug am Offenbachplatz geschaffen werden.
- 2594 • Wir fordern eine Prüfung, ob das vorhandene Stipendiensystem im Dialog mit dem
2595 Land ausgebaut werden kann, um Kölner Künstler*innen in der Corona-Pandemie zu
2596 unterstützen.

2597 **Kulturbauten**

- 2598 • Wir werden den aktuellen Zustand der Kulturbauten durch ein Instandhaltungskatas-
2599 ter präzise ermitteln und dafür sorgen, dass Kulturbauten instandgehalten werden,
2600 neue technische und ökologische Standards aufweisen und somit einen funktionieren-
2601 den Rahmen für unterschiedliche kulturelle Nutzungen bilden.

- 2602 • Wir werden dafür sorgen, dass Bau- und Sanierungsmaßnahmen vorab noch intensi-
- 2603 ver geplant werden, indem Zeit- und Maßnahmenpläne transparent vorgelegt, gesteu-
- 2604 ert und kontrolliert werden – auch, damit keine finanziellen Verdrängungseffekte zulas-
- 2605 ten der Inhalte entstehen.
- 2606 • Historisches Bauerbe wird gewahrt und hierbei ein Ausgleich zwischen den Anliegen
- 2607 einer modernen und ökologischen Stadtentwicklung gefunden.
- 2608 • Die Römermauer werden wir konservieren und erfahrbarer machen.
- 2609 • Das Depot in Mülheim wird als Außenspielstätte des Schauspiels und auch als Stand-
- 2610 ort für die Tanzsparte der Bühnen gesichert sowie zur Nutzung durch die Freie Szene
- 2611 • Das Otto-Langen-Quartier und Raum 13 werden wir erhalten.
- 2612 • Die Hallen Kalk im Sondervermögen der Kulturverwaltung sollen saniert und weiterent-
- 2613 wickelt werden.
- 2614 • Wir werden prüfen, ob das ursprüngliche Rautenstrauch-Joest-Museum erhalten und
- 2615 z. B. als Kunst- und Ausstellungshalle genutzt werden kann.

2616 **Internationalität und Diversität**

- 2617 • Wir streben vermehrt interkulturellen Kooperationen und Ausstellungen an
- 2618 • Wir fordern die nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung interkultureller Einrich-
- 2619 tungen wie der „Akademie der Künste der Welt“.
- 2620 • Wir gewährleisten die Umsetzung des ersten Migrationsmuseums Deutschlands in Zu-
- 2621 sammenarbeit mit DOMiD e.V. als Leuchtturmprojekt in Köln
- 2622 • Wir stehen für die Etablierung eines regionalen interkulturellen Kulturnetzwerks und
- 2623 Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit der unterschiedlichen kulturellen Einrich-
- 2624 tungen.

2625 **Kulturelle Bildung**

- 2626 • Wir als Bündnis wollen die kulturelle Bildung fördern und weiter ausbauen. Ein gesamt-
- 2627 städtisches Konzept „Kulturelle Bildung 2030“ soll allen Kölnerinnen und Kölnern in
- 2628 jedem Alter eine aktive Teilhabe am kulturellen Leben dieser Stadt ermöglichen.
- 2629 • Mit einem Kultur-Fonds sollen Schulen und Kindertagesstätten niederschwellig städti-
- 2630 sche Förderungen erhalten können, um Angebote und Projekte kultureller Bildung
- 2631 auch in diesen Einrichtungen zu verwirklichen.
- 2632 • Die kulturelle Bildung soll stärker an die Kulturverwaltung angebunden werden, auch
- 2633 unter Einbeziehung der AG 78 (Kulturpolitische Fachgruppe). Vorbild ist dabei die
- 2634 Struktur des Museumsdienstes.

- 2635 • Die Verzahnung von Kultur und Schule wird vorangetrieben. Die Ergänzung des Schul-
2636 unterrichts durch kulturelle Jugendförder- und Austauschprogramme, wie etwa Vermitt-
2637 lungs-Veranstaltungen von Theatern und Museen wird für alle Alters- und Bildungsstu-
2638 fen oder flächendeckend eingerichtet.
- 2639 • Gedenkstätten und Einrichtungen der historischen Bildung sind wichtig für die Pflege
2640 eines lebendigen Geschichtsbewusstseins, dies gilt insbesondere auch für Gedenk-
2641 stätten der NS-Verbrechen. Diese Einrichtungen gilt es zu erhalten und mit anschauli-
2642 chem Informationsmaterial der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie bilden einen
2643 essentiellen Teil der kulturellen Bildung kommender Generationen, welchen es zu be-
2644 wahren und wo nötig auszubauen gilt (z. B. durch Förderung und Ausbau des NS-
2645 Dokumentationszentrums in Köln).
- 2646 • Das Konzept der Kinderoper wird erweitert. Nicht nur das eigene Haus am Offenbach-
2647 platz wird bespielt, sondern auch Schulaulen o.ä. sollen genutzt werden für Angebote
2648 in den Bezirken: Kinderoper unterwegs.
- 2649 • Die Bücherbusse bleiben gesichert, die Lernorte bzw. Stadtteilbibliotheken sollen in
2650 jedem Bezirk erhalten und ausgebaut werden.
- 2651 • Wir werden eine Wiederbelebung der früheren Kölner Werkschulen prüfen.

2652 **Kulturverwaltung & Kulturmarketing**

- 2653 • Das Kulturamt der Zukunft soll das vielfältige und lebendige Kulturleben der Stadt Köln
2654 unterstützend begleiten und die notwendige Koordination durch eine effiziente, pro-
2655 zessorientierte Steuerung erleichtern.
- 2656 • Das Stellen von Förderanträgen soll leichter und unbürokratischer erfolgen, u. a. durch
2657 Vereinheitlichung der Anträge. Bewilligungsbescheide müssen zeitnah vergeben wer-
2658 den.
- 2659 • Wir verstehen die Kulturverwaltung als Servicedienstleisterin vor allem für die Freie
2660 Szene, die bei Kulturmarketing, Finanzen/Controlling, Digitalisierung und Vertrieb un-
2661 terstützt.
- 2662 • Ein enges Zusammenwirken von Ordnungsamt, Gesundheitsamt, Bauaufsicht und Kul-
2663 turschaffenden (*Task Force*) soll bzgl. Raumnutzung, Veranstaltungserlaubnissen etc.
2664 schnelle flexible Lösungen ermöglichen. Ziel ist die schnelle Umsetzbarkeit kreativer
2665 Konzepte von Veranstalter*innen und Kreativen, insbesondere an ungewöhnlichen Or-
2666 ten dieser Stadt, auch Open Air und in den städtischen Einrichtungen
- 2667 • Ein entsprechendes Kompetenzteam wird nach Münchener Vorbild die Verwaltung mit
2668 Branchen, Akteur*innen, Hochschulen und politische Entscheidungsträgerinnen und
2669 Entscheidungsträgern effizient verbinden und gezielt nach passenden Lösungen su-

chen. Dies gilt gleichermaßen für lokale Herausforderungen, z. B. der Schaffung geeigneter Räumlichkeiten, die internationale Vernetzung und die Nutzung staatlicher Förderprogramme.

- Im Rahmen der Digitalisierung sollen durch App-basierte Lösungen der Service und die Dienstleistungen verbessert werden. Über eine digitale Ticketbörse sollen Restbestände von Eintrittskarten kurzfristig und vergünstigt angeboten werden. Wir werden die erforderlichen, bedarfsgerechten Finanzmittel für Digitalisierungsmaßnahmen bereitstellen.
- Wir fordern und fördern eine enge Verzahnung zwischen KölnTourismus und Kulturmarketing.
- Die Romanischen Kirchen Kölns und ihre Öffnungszeiten sollen durch die Stadt stärker beworben werden.
- Das Kulturmarketing der Stadt Köln soll als umfassendes Konzept nicht nur die städtischen Kultureinrichtungen begleiten und fördern, sondern auch die Vielfalt der Freien Szene sowie Köln als Medien- und Medienproduktionsstandort bekannt machen.

Kulturelles Erbe

- Wir fördern die weitere intensive Gestaltung der Erinnerungskultur und des „Gedächtnis der Orte“.
- Die Potenziale der preußischen Festungsarchitektur u. a. für die Kultur- und Kreativszene werden ausgelotet.
- Wir werden die Provenienzforschung an allen Häusern zur konsequenten Erforschung der Herkunft von Kunstwerken und anderen Kulturgütern weiterführen und ggf. daraus resultierende Maßnahmen vorantreiben und umsetzen.
- Es soll eine langfristige Perspektive für die Kunst- und Museumsbibliothek entwickelt werden.
- Wir werden den Antrag prüfen, das Otto-Langen-Quartier und die Geschichte des Otto-Motors der Deutz AG als immaterielles Kulturerbe der UNESCO anzumelden und ggf. die Anmeldung des Patents des Gasmotors zu initiieren.

Kreativräume & Clubkultur

- Wir als Bündnis werden Kreativ- und Kulturräume in die Stadtplanung integrieren und kulturelle Räume und Musikclubs schützen, sowie verstärkt partizipative, alternative, nichtkommerzielle Kulturräume – auch Open Air – unter Einbeziehung der Kulturschaffenden ermöglichen und sichern und dafür sorgen, dass bestehende und neu zu schaffende Projekte finanziert und abgesichert werden.

- 2704 • Wir drängen darauf, dass über die schon bestehenden Angebote hinaus und mit der
2705 Möglichkeit eines Betriebs auch nach 22 Uhr eine große Open-Air-Fläche für Konzerte
2706 und Veranstaltungen zur Verfügung steht.
- 2707 • Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass Clubs- und Livemusik-
2708 spielstätten als Kulturorte anerkannt werden
- 2709 • Es werden mehr Probe- und Atelierräume (auch) in städtischen Liegenschaften ge-
2710 schaffen.
- 2711 • Perspektiven von Kunst und Kultur werden in der Stadtplanung stärker einbezogen und
2712 berücksichtigt werden.
- 2713 • Es werden Gebiete ausgewiesen, in denen sich Start-ups und Kultur für Synergieeff-
2714 fekte begegnen können.
- 2715 • Wir werden uns für Zwischennutzungen stark machen.
- 2716 • Für den Erhalt der Simultanhalle werden wir uns einsetzen.

2717 **Kulturbezogene Corona-Maßnahmen**

- 2718 • Wir werden die im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen geforderten und um-
2719 gesetzten Beschlüsse zur Sicherung und Erschließung „corona-konforme(r)“ Räume
2720 für Kultur, Open Air und indoor nachhaltig gestalten und fortführen.
- 2721 • Die mit den Corona-Hilfen begonnen Maßnahmen werden wir passgenau fortsetzen:
2722 Hierzu werden wir die Hilfen für die freie Szene weiterführen, die Unterstützung von
2723 Veranstaltungsbetrieben durch die fortgeführte Auszahlung von Geldern aus dem Kul-
2724 turetat sichern und dafür sorgen, dass das in 2021 übertragene Budget des Kulturetats
2725 keinem Rotstift zum Opfer fällt.

2726

2727 **Köln in der Region, in Europa & in der Welt**

2728 Köln ist das Herz des Rheinlands und eine Metropole, die weltweit einen hervorragenden Ruf
2729 genießt. Das Bündnis wird sich dafür einsetzen, dass unsere Stadt diesem Ruf gerecht wird:
2730 durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Region und in der internationalen Städ-
2731 tediplomatie, als gut vernetzte Partnerin für Städte rund um den Globus und als Leuchtturm
2732 für Toleranz, Menschenrechte und Umweltbewusstsein in der Welt. Mit seiner zentralen Lage
2733 im Herzen Europas sowie Standortvorteilen in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Kultur, Ge-
2734 sundheit und Wissenschaft ist der Großraum Köln die Zukunftsregion in Nordrhein-Westfalen.
2735 Mit 22 internationalen Städtepartnerschaften ist Köln die Stadt in Deutschland mit den meisten
2736 Partnerstädten. Und Köln ist Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt.

2737 Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- 2738 • Stärkung der Metropolregion Rheinland
- 2739 • aktive Teilhabe an europäischer Politik
- 2740 • Nutzung internationaler Netzwerke, um von anderen Städten zu lernen und erfolgrei-
2741 che Konzepte in Köln umzusetzen
- 2742 • Ausrichtung der internationalen Arbeit an den *Sustainable Development Goals* der Ver-
2743 einigten Nationen und dem *European Green Deal*
- 2744 • enge Zusammenarbeit mit den Kölner Vereinen und Institutionen, um unserer globalen
2745 Verantwortung gerecht zu werden

2746 Unsere Ziele wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

2747 **In der Region**

- 2748 • Wir streben die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden des Rheinlandes
2749 an, um eine leistungsstarke Metropolregion Rheinland zu schaffen, die sich im europä-
2750 ischen Wettbewerb behaupten kann.
- 2751 • Durch eine abgestimmte Regionalplanung ist die Metropolregion zu stärken. Diese
2752 muss die Ballungsräume ebenso umfassen wie die Entwicklung des ländlichen Raums.
- 2753 • Die Metropolregion Rheinland e. V. ist zu einer starken Vereinigung der zugehörigen
2754 Kommunen auszubauen. Dazu gehören adäquate Entscheidungskompetenzen und
2755 ausreichende Personal- und Finanzausstattung. Ziel soll u. a. eine proaktive Beglei-
2756 tung des Strukturwandels im Rheinischen Revier sein.

2757 **In Europa**

- 2758 • Verwaltung und Politik sollen sich an europäischen und internationalen Projekten und
2759 Netzwerken beteiligen, um dem Anspruch Kölns als weltoffene Stadt durch internatio-
2760 nale Vernetzung gerecht zu werden. Bei Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge,

- 2761 des Klimaschutzes, des Städtebaus, der Mobilität und der demokratischen Bürger*in-
2762 nenbeteiligung wollen wir auf europäischer Ebene voneinander lernen und gemeinsam
2763 Lösungen entwickeln.
- 2764 • Wir wollen den interkommunalen Austausch über *Best Practices* für eine gezielte kom-
2765 munale Einflussnahme auf die EU-Gesetzgebung und eine verbesserte Entwicklung
2766 und Akquisition von EU-Projekten nutzen. Dazu sollen in den Dezernaten EU-Zustän-
2767 dige geschaffen und ein Co-Finanzierungstopf vorgesehen werden.
 - 2768 • Es soll ein „International Welcome Desk“ in Köln etabliert werden mit dem Ziel, die
2769 Ansiedlung von EU-Bürger*innen und ihren Familien zu erleichtern.

2770 **In der Welt**

- 2771 • Wir wollen den Ausbau der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit z. B. durch
2772 Nachhaltigkeits- und Klimapartnerschaften in Kooperation mit „Engagement Global“
2773 und der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ („SKEW“) bei Klimaschutz-Pro-
2774 jekten fördern.
- 2775 • Eine wesentliche Säule in der Pflege und Weiterentwicklung des bestehenden Städte-
2776 partnerschaftsnetzwerks sind die Städtepartnerschaftsvereine. Die Partnerschaftsver-
2777 eine leisten – auch unter Einbeziehung weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen,
2778 NGOs und des Netzwerks der Wirtschaftsbotschafter*innen – neben dem interkulturel-
2779 len Austausch wichtige Beiträge zum wechselseitigen Lernen, zur Entwicklungszusam-
2780 menarbeit sowie für die kulturelle und wirtschaftliche Vernetzung unserer Stadt. Ihre
2781 Arbeit bei der Einwerbung von Spenden und Drittmitteln soll unterstützt werden. Wir
2782 werden das Konzept zur Städtepartnerschaftsarbeit umsetzen und weiterentwickeln,
2783 vor allem durch die Bereitstellung der finanziellen und personellen Ressourcen inkl.
2784 Klimapartnerschaft Yarinacocha und ggf. weitere vom Rat beschlossene Projektpart-
2785 nerschaften. Städtische Beteiligungsunternehmen sollen in die Städtepartnerschaften
2786 stärker einbezogen werden.
- 2787 • Wir wollen ein Förderprogramm zur Verbesserung des zivilgesellschaftlichen Engage-
2788 ments bei den Städtepartnerschaften und Nachhaltigkeitspartnerschaften durch Ver-
2789 stärkung der Zusammenarbeit mit NGOs und Menschenrechtsgruppen bei den
2790 Südpartnern und Vertiefung der Zusammenarbeit mit Kölner Vereinen und Institutio-
2791 nen, die international aktiv sind.
- 2792 • Den internationalen Austausch mit LGBTIQ-Gruppen innerhalb unseres Städtepartner-
2793 schäftsnetzwerks wollen wir verstärken und auskömmlich finanzieren.
- 2794 • Menschenrechtsverteidiger*innen werden wir in Zusammenarbeit mit anderen europä-
2795 ischen Städten Zufluchtsräume bereitstellen.

- 2796
- 2797
- 2798
- 2799
- 2800
- 2801
- 2802
- 2803
- 2804
- 2805
- Ferner unterstützen wir den internationalen Jugendaustausch und Schulpartnerschaften mit dem Globalen Süden zur Förderung des gegenseitigen Lernens.
 - Im Jahr 2023 wird die größte wissenschaftliche Afrika-Konferenz Europas in Köln stattfinden. Dazu soll die Stadt in Abstimmung mit NGOs und weiteren Organisationen, die sich beteiligen wollen, ein Begleitprogramm bzw. Festival erstellen.
 - In dieser Wahlperiode streben wir eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara in Kooperation mit den afrikanischen Gruppen in Köln an.
 - Das Beschaffungswesen bei der Verwaltung und den stadt eigenen Unternehmen richtet sich an den Kriterien des Fairen Handels aus und wird langfristig etabliert.

2806 **Arbeitsweise im Bündnis**

2807 GRÜNE, CDU und Volt haben diese Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Ratsperi-
2808 ode 2020 bis 2025 in einem partnerschaftlichen Miteinander erarbeitet. In diesem Sinne wer-
2809 den wir als Bündnis in den nächsten fünf Jahren auf der Grundlage dieses Vertrages im Inte-
2810 resse der Stadt in einem fairen Umgang miteinander zusammenarbeiten.

2811 Wir werden für bedeutsame Vorhaben auf weitere demokratischen Parteien und Gruppen zu-
2812 gehen und ihnen die Mitarbeit anbieten. Dies betrifft auch die Verständigung auf die städtische
2813 Haushaltspolitik mit dem Beschluss der Haushaltssatzungen nach Maßgabe der von uns ge-
2814 steckten Ziele.

2815 Das Ziel ist eine sachorientierte Politik, der politische Diskurs auf Augenhöhe und eine kon-
2816 struktive Zusammenarbeit. Als Bündnis verpflichten wir uns, alle in der Vereinbarung festge-
2817 legten Ziele und Vorhaben durch gemeinsame, geeignete Initiativen im Rat, in den Ausschüs-
2818 sen und gegenüber den Gremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften umzusetzen.
2819 Mehrheitsbildungen mithilfe rechtspopulistischer und rechtsextremer Stimmen schließen wir
2820 ausdrücklich aus.

2821 Themen, die nicht in der Bündnisvereinbarung geregelt sind, werden zwischen den Fraktionen
2822 im Vorfeld anstehender Entscheidungen beraten und ein Verhalten abgestimmt. Dies gilt auch
2823 für Anträge und Anfragen.

2824 Das bedeutet, dass sich die Bündnisparteien in der Pflicht sehen, bei allen wichtigen, vor allem
2825 finanzrelevanten Einzelfragen zügig zu einvernehmlichen Entscheidungen zu kommen. Wech-
2826 selnde Mehrheiten sind für die in dieser Vereinbarung beschlossenen Zielsetzungen und Vor-
2827 haben grundsätzlich ausgeschlossen. Dies gilt jedoch nicht für Sachverhalte, für die abwei-
2828 chende oder keine Vereinbarungen getroffen wurden oder werden.

2829 Wir vereinbaren als Bündnis gemeinsame Vorbesprechungen von Sitzungen der Ausschüsse.
2830 Zur Beratung aller Fragen grundsätzlicher Bedeutung kommt der Bündnisausschuss regelmä-
2831 ßig bzw. auf Wunsch einer Bündnispartei zusammen. Ihm gehören jeweils vier Personen aus
2832 dem Kreis der Partei- und Fraktionsführungen sowie Fraktionsgeschäftsführungen an. Dar-
2833 über hinaus beraten wir uns zur regelmäßigen Abstimmung unserer Politik und zu aktuellen
2834 politischen Vorhaben in der Bündnistrunde. An dieser nehmen Fraktionsvorsitzende und Frak-
2835 tionsgeschäftsführende teil. Zu Themen, bei denen in der Bündnistrunde keine Einigung ge-
2836 funden werden konnte, tritt der Bündnisausschuss zusammen.

2837 Wir streben eine periodische Beratung zu relevanten Vorhaben der Verwaltung im Vorfeld von
2838 Entscheidungen mit der Oberbürgermeisterin an.

2839 Die laufende fachliche Politik der Ausschüsse und sonstigen Gremien wird auf der Ebene der
2840 Facharbeitskreise der Fraktionen vorbereitet und abgestimmt. Hierfür tragen die jeweiligen
2841 fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher die Verantwortung.

2842 Das laufende politische Geschäft einschließlich der Vorbereitung der Ratssitzungen wird von
2843 den Fraktionsgeschäftsführenden koordiniert, die sich dabei auf die Arbeit der Facharbeits-
2844 kreise der Fraktionen stützen und sich mit den fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern
2845 abstimmen.
2846



Optimierung der Geschäftsverteilung der Dezernate

Wir stärken den Verwaltungsvorstand, um den gestiegenen Anforderungen in einer wachsenden Millionenstadt mit ihren Herausforderungen gerecht zu werden. Wir werden vor diesem Hintergrund zwei Dezernate neu bilden. Die damit verbundene Neuordnung der Geschäftsbereiche der Dezernate werden GRÜNE, CDU und Volt im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin (§ 73 GO NRW) initiieren.

- **Dezernat I** soll zukünftig „Allgemeine Verwaltung und Ordnung“ heißen. Die Zuständigkeiten für Recht, Vergabe und Versicherungen (30) sowie für die Gleichstellung von Frauen und Männern (II/1) werden ausgegliedert und Dezernat II zugeordnet. Die Stabsstelle Digitalisierung und die Zuständigkeit für Informationsverarbeitung (12) werden ausgegliedert und einem neuen Dezernat (IX) zugeordnet. Es ist beabsichtigt, die*den Beigeordnete*n Dezernat I auch zur*zum Stadtdirektor*in zu bestellen.
- **Dezernat II** soll zukünftig „Finanzen und Recht“ heißen.
- **Dezernat III** soll zukünftig auf den Anteil „Mobilität“ fokussiert sein und entsprechend heißen. Die Zuständigkeit für Liegenschaften, Vermessung und Kataster (23) wird ausgegliedert und einem neuen Dezernat (VIII) zugeordnet. Es ist vorgesehen, das Thema Fuß- und Radverkehr in diesem Dezernat organisatorisch zu stärken.
- **Dezernat V** soll zukünftig auf den Anteil „Soziales, Gesundheit und Wohnen“ fokussiert sein. Die Zuständigkeiten für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB (V/6), die Koordinationsstelle Klimaschutz (V/7) sowie Umwelt- und Verbraucherschutz (57) werden ausgegliedert und einem neuen Dezernat (VIII) zugeordnet.
- **Dezernat VI** wird auf „Planen und Bauen“ ausgerichtet. Die Zuständigkeiten für Wirtschaftsförderung (VI/2) sowie Stadtentwicklung und Statistik (15) werden ausgegliedert und einem neuen Dezernat (IX) zugeordnet. Die Zuständigkeit für Landschaftspflege und Grünflächen (67) wird ausgegliedert und einem neuen Dezernat (VIII) zugeordnet.
- Aus **Dezernat VII** wird die Zuständigkeit für Stadtkonservator*in, Denkmalschutz und Denkmalpflege ausgegliedert und Dezernat VI zugeordnet.
- Es soll ein neues **Dezernat** (Arbeitstitel: VIII) „Umwelt, Klima und Liegenschaften“ gebildet werden, das die o.g. ausgegliederten Zuständigkeiten übernimmt (V/6, 57, 67 und 23 sowie V/7 mit perspektivisch organisatorischem Ausbau).
- Es soll ein neues **Dezernat** (Arbeitstitel: IX) „Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales“ gebildet werden, das die o.g. ausgegliederten Zuständigkeiten übernimmt (VI/2, 15, 12 sowie I/D2 mit perspektivisch organisatorischem Ausbau). Es wird perspektivisch eine neue Stabsstelle für regionale Zusammenarbeit eingerichtet.

2881 Die Neustrukturierung der Dezernate soll parallel zu ihrer Besetzung (Wahl; siehe Vorschlags-
2882 rechte) erfolgen. Der genaue Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neustrukturierung ist im Zuge
2883 des Besetzungsverfahrens durch die Fraktionen und die Oberbürgermeisterin abzustimmen.

2884

2885 **Vorschlagsrechte**

2886 Personelle Vorschlagsrechte für die Dezernate III und VIII übt die Fraktion der GRÜNEN aus.
2887 Für die Dezernate I inklusive der Bestellung zur*zum Stadtdirektor*in, VII und IX übt die Frak-
2888 tion der CDU die personellen Vorschlagsrechte aus. Die Vorschlagsrechte gelten auch für et-
2889 waige Nachbesetzungen innerhalb der laufenden Wahlperiode. GRÜNE und CDU verpflichten
2890 sich, die Fraktion von Volt bevorzugt und ab Beginn in den Prozess der Ausübung ihrer Vor-
2891 schlagsrechte einzubinden.

2892 GRÜNE, CDU und Volt vereinbaren, die jeweiligen Personalvorschläge gemeinsam zu unter-
2893 stützen und dafür im Rat Mehrheiten herzustellen. Der Prozess der Personalvorschläge wird
2894 schnellstmöglich umgesetzt, wobei für die genannten Positionen eine gleichzeitige Wahl er-
2895 folgt bzw. bei Bedarf in zwei Paketen, davon in einem ersten Paket mindestens für die Perso-
2896 nalvorschläge für die Dezernate I und III. Die Gleichzeitigkeit gilt auch für den Fall, dass eine
2897 der Besetzungen über eine Veränderung des Geschäftsbereichs für eine*n vorhandene*n Bei-
2898 geordnete*n erfolgt.

2899 Bei etwaigen Nachbesetzungen aller anderen Dezernate innerhalb der laufenden Wahlperiode
2900 üben die GRÜNEN das Vorschlagsrecht für die Dezernate II und V aus, die CDU für das De-
2901 zernat VI.

2902 Zu allen Nachbesetzungen treten GRÜNE, CDU und Volt frühzeitig in die Abstimmung.

2903 Über eine etwaige Nachbestellung für die Funktion Stadtdirektor*in vor Ablauf der laufenden
2904 Wahlperiode ist im Vorfeld und für die laufende Wahlperiode frühzeitig eine Abstimmung zwi-
2905 schen GRÜNEN, CDU und Volt herzustellen.

2906

2907 Köln, den xx.xx.2021

2908

2909

Für BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN Köln

Für die CDU Köln

Für Volt Köln

Katja Trompeter

Bernd Petelkau

Rebekka Müller

Frank Jablonski

Florian Braun

Tobias Berger

Für die GRÜNE Fraktion
im Kölner Rat

Für CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Köln

Für die Volt-Fraktion im
Rat der Stadt Köln

Christiane Martin

Bernd Petelkau

Jennifer Glashagen

Lino Hammer

Niklas Kienitz

Lucas Sickmüller

2910

2911

2912

2913

2914